

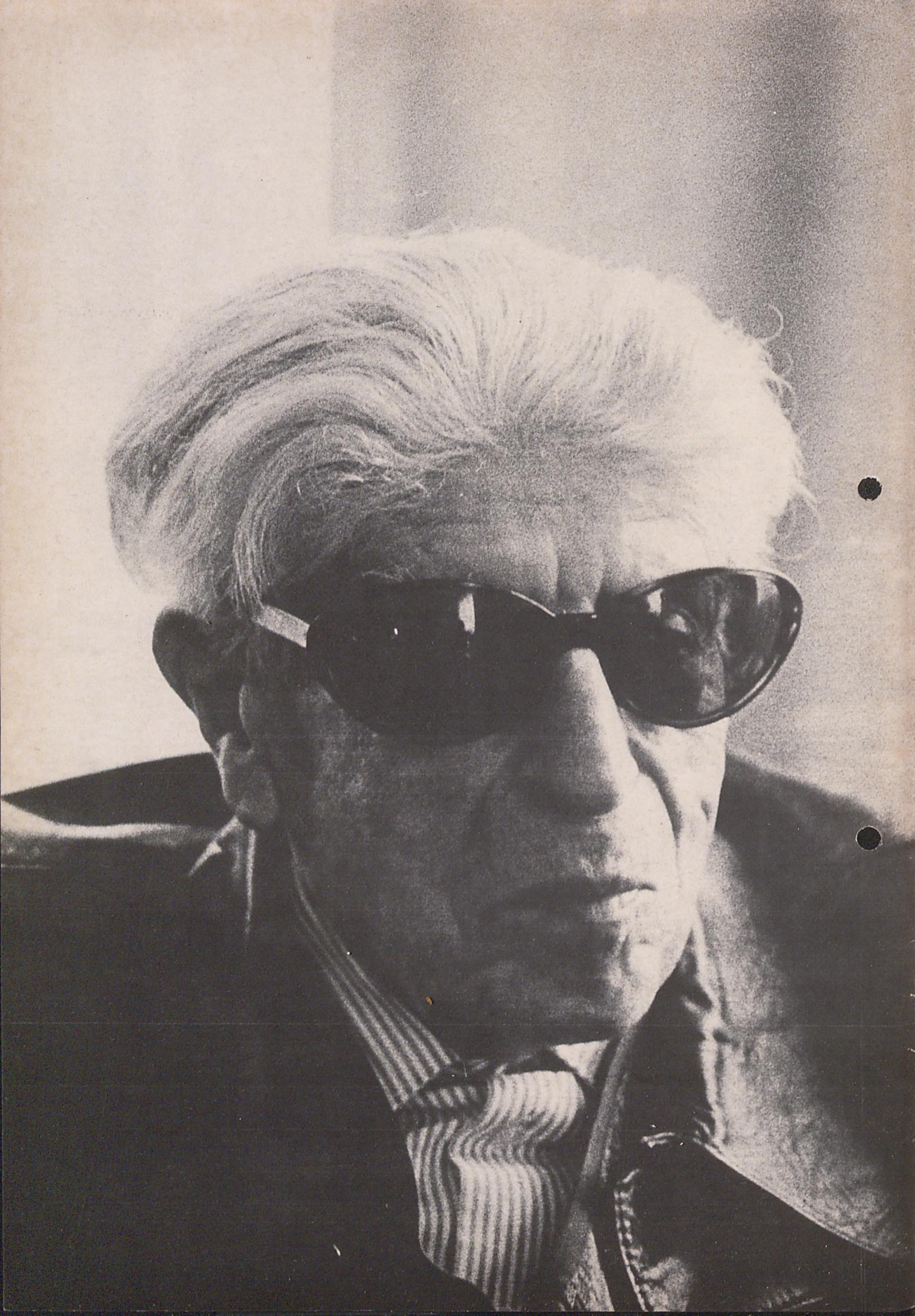
frankfurter
studentenzeitung

25. jahrgang heft 2
26. juni 1975

diskus

2 DM

Die Berufs-
verbote.



Offener Brief zu den Berufs- verboten.

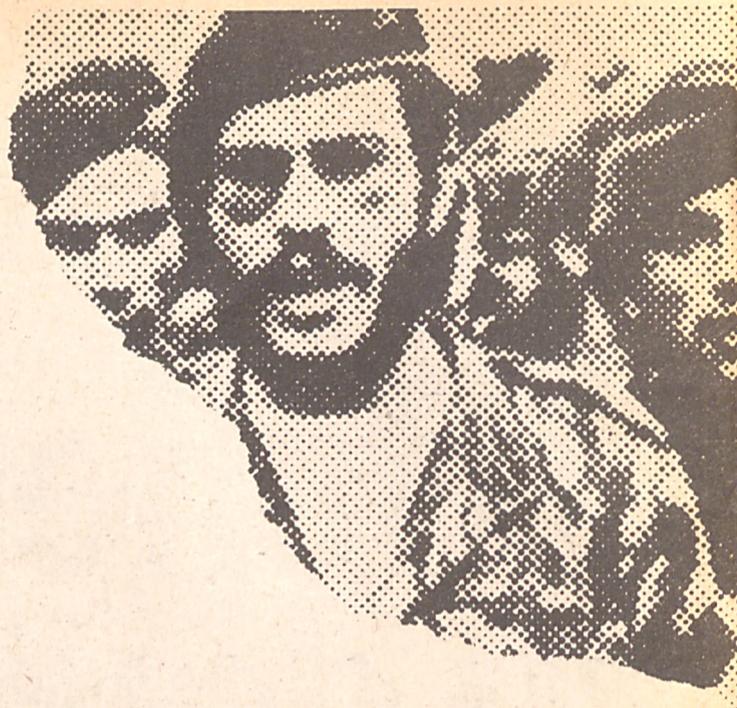
Mir sind Vorfälle und Vorgehensweisen der Hessischen Regierung und des Präsidenten der Frankfurter Universität zu Ohren gekommen, die mich zu äußerster Besorgnis veranlassen. Der sogenannte Radikalen-erlaß beginnt in Hessen mit durchgreifenden Säuberungskampagnen: durch Sonderverhöre und Berufsverbote wird der öffentliche Dienst, insbesondere Hochschulen und Schulen eingewaschen von dem, was die derzeitige Regierung unter radikal und kommunistisch versteht. So wurde mir bekannt, daß im April dieses Jahres, eingeleitet vom Kultusminister des Landes Hessen, Anhörungsverfahren von Tutoren, Hilfskräften und Bediensteten durch den Kanzler der Goethe-Universität durchgeführt wurden. Diese politischen Prüfungen stützen sich auf teilweise jahrelange Bespitzelungen des Verfassungsschutzes. Alle an der Universität Tätigen sollen auf diese Weise auf Anordnung des Kultusministers politisch überprüft werden. Wer zum politisch Verdächtigen gemacht wird, muß selbst seine Verfassungstreue beweisen. Zu den Anhörungen gehören jene Erklärungen mit denen die Protokolle zu schließen pflegen, formale Bekenntnisse also, welche die Verfassungsauffassung des Kultusministers darstellen. Mit erzwungenen Bekenntnissen werden demokratische Grundrechte verdrängt durch anbefohlene Pflichten und dadurch ihres liberalen Rechtscharakters als *facultas agendi* entkleidet. Der Inhalt der Verfassung wird hiermit benutzt und degradiert zur Aufrechterhaltung und Sicherung gebliebener Herrschaftsstrukturen statt zur Verbesserung der Demokratie und zu sinnvollem Fortschritt. Herrschaftssicherung wird damit zur Parole. Hierfür werden Reformansätze an Schule und Hochschule im Ansatz liquidiert.

Im Vergleich zu solchen Vorgängen wirkt es zynisch, wenn der Frankfurter Universitätspräsident sich bemüht fühlt, wenigstens vorerst noch die Gewerkschaften vom Radikalitätsverdacht auszunehmen, indem er sagt „... daß die Mitgliedschaft in Gewerkschaften nicht zu Zweifeln an der Verfassungstreue der Bewerber führt“ (Unireport, 8. Mai 75). Und gar noch die politische Überprüfung umdeutet in einen Schutz der Betroffenen: „Die Anhörung verschafft dem Bewerber das in einem rechtsstaatlichen Verfahren erforderliche Gehör.“ Und weiter der Meinung ist, „daß gerade die Anhörung der Betroffenen in der Universität deren Rechte sichert“ (Unireport, 8. Mai 75). Wie diese Rechte vom Uni-Präsidenten gewährleistet werden, belegt die Behandlung des Lehrauftrages von Brigitte Heinrich.

Während nach 1972 alte Nazis mit dem Stern zum großen Bundesverdienstkreuz geehrt und ihnen Machtbefugnisse übertragen werden, ist man jederzeit bereit, die wissenschaftliche Arbeit von Studenten und jungen Wissenschaftlern zu zerstören, weil sie sich in politischen Auseinandersetzungen etwa über den Vietnamkrieg vor vielen Jahren engagiert haben.

Dieses wirft Licht auf die wirklichen Gefährdungen unserer Demokratie.

Emst Bloch



Die Berufsverbote.

Die Notwendigkeit, einen Schwerpunkt Berufsverbot in den diskus aufzunehmen, bedarf m. E. keiner näheren Begründung. Sollten dennoch Zweifel bestehen, so mögen die von uns abgedruckten Artikel solche beseitigen. Der Beitrag „Rechtsstaat und Berufsverbote“ wurde der SAZ entnommen. Wir veröffentlichen die Teile des Artikels, die wegen des historischen Ansatzes sowie der Erklärungsversuche der jüngeren Entwicklung der BRD vom Verfassungszum Verfassungsschutzstaat eine sinnvolle Ergänzung zur Stoßrichtung der anderen Artikel zu diesem Schwerpunkt bilden. Der Beitrag „Wissenschaft und Berufsverbote“ behandelt, ausgehend von der Frankfurter Situation, die veränderte Lage in Seminaren etc., die sich Lehrenden und Lernenden unter dem Damoklesschwert der Bespitzelung stellt, und zeigt auf, wie sich unter dieser Konstellation Verständnis von Wissenschaft pervertiert. Der Redebeitrag von Jürgen Seifert auf dem Berufsverbot-Teach-In des AStA der Uni Frankfurt skizziert eingangs die veränderte Machtposition, unter der „Widerstand gegen Berufsverbote“ heute vorgetragen werden muß. Auf diesem Hintergrund werden in dem Beitrag Thesen formuliert, die Ebenen des Widerstandes angeben und begründen. In diesem Zusammenhang verweisen wir auch auf den Offenen Brief Ernst Blochs.

Seiten

1, 10, 18, 23, 24

Der lautlose Hieb.

Der Freitod des früheren Gießener AStA-Vorsitzenden Jürgen Dietz ist immer noch – ein Jahr danach – Gegenstand einer gerichtlichen Auseinandersetzung zwischen dem derzeitigen AStA-Vorsitzenden Karl-Heinz Funck und dem Gießener Staatsanwalt Heinrich Klöss. Dem AStA wurde jetzt in einer Entscheidung des Gießener Landgerichtes untersagt, weiter zu behaupten, „Klöss habe in seiner Funktion als Staatsanwalt in dem Strafverfahren gegen Dietz nicht versucht, die Wahrheit über die Vorgänge in der Senatssitzung der Universität vom 12. 12. 1971 (die gesprengt worden war) zu ermitteln, sondern im Gegenteil das Ziel verfolgt, demokratische und sozialistische Studenten exemplarisch einzuschüchtern. Diese Hetzjagd werde nun auch auf die Zeugen ausgedehnt, die sich in jenem Verfahren nicht von der Wahrheit hätten abbringen lassen.“ Der Versuch des Staatsanwalts, den AStA-Vorsitzenden Funck als Privatmann zur Verantwortung zu ziehen, schlug allerdings fehl. Funck muß dem Urteil zufolge kein Schmerzensgeld bezahlen. Beide Parteien haben Berufung gegen das Urteil angekündigt. Erst jetzt ist es uns wegen der Geldersperrung möglich, im diskus einen Nachruf auf unseren Freund Jürgen Dietz abzudrucken. Der Beitrag erschien im Sonderheft Jugend der Zeitschrift „Frankfurter Hefte“ im April 1975. Der Artikel wurde unwesentlich gekürzt.

Seite

30

Die linke Scene.

Der ursprünglich vorgesehene Schwerpunkt „Professionalisierung der studentischen Subkultur“ kann wegen der Aktualität der Berufsverbotediskussion erst in einer späteren Ausgabe des diskus wieder aufgenommen werden. Dennoch bringen wir bereits in diesem Heft mit dem Artikel „Das Dorf – die Scene“ eine Situationsschilderung des linken – immer noch in erster Linie studentischen – Milieus.

Seite

34

diskus-Verlag 6 Frankfurt am Main,
Jügelstraße 1, Studentenhaus,
Telefon 0611/7 98 31 88

Herausgeber Hans-Peter Bach, Lutz Bessel,
Joachim Klein, Max v. Limbacher, Eberhard
Zimmermann

Redaktion

Brigitte Heinrich, Peter Mosler, Eduard Wolczak

Bildredaktion/Gestaltung/Produktion
Lothar Leßmann

Verlagsleiter/Anzeigen/Vertrieb
Uli Single

Druck Max Schimmel
8700 Würzburg 2,
Robert-Koch-Straße 34-36

Satz Satzstudio H. Prinz
6000 Frankfurt,
Wolfgangstraße 53

Auflage 15.000

Erscheinungsweise 8 mal im Jahr



Portugal und die Linke.

Rossana Rossanda ist die führende Theoretikerin der italienischen Gruppe „Il Manifesto“, die wegen Fraktionsbildung als Linksoption im November 1969 aus der KPI ausgeschlossen wurde und zusammen mit anderen Gruppen die neue Partei PDUP per il comunismo bildet. Rossana Rossanda, ehemaliges Mitglied des ZK der PCI, der kommunistischen Partei Italiens, berichtet mittlerweile als ständige Korrespondentin der gleichnamigen Tageszeitung „Il Manifesto“ aus Portugal. Der Artikel „Portugal und die europäische Linke“ aus der

Ausgabe vom 11. Mai 1975 wurde von Burkhart Kroeber, der die Sammelausgabe von Rossanda-Artikeln in der edition suhrkamp besorgt hat, für den diskus übersetzt.

Seite
44

Schwerpunkt des nächsten diskus, Heft 3/75, der zum Beginn des Wintersemesters erscheint, ist: Der Student und seine Hochschule. Redaktionsschluß für Heft 3/75 ist am 20. August.

diskus-Titelcollage.

Die Titelcollage für dieses Heft entstand aus dem Titelfoto der Zeitschrift Rote Robe (2/75) und dem Eigenmonument „Wundgesicht“ von Arnulf Rainer, entnommen dem Katalog der documenta 5, 1972.

Auf der Rückseite ist das wohl bekannteste Plakat der portugiesischen Bewegung der Streitkräfte, der MFA, gezeichnet von João Abel Manta.

Die Aufnahme auf der 3. Umschlagseite zeigt demonstrierende portugiesische Soldaten und stammt aus der Portugal-Sondernummer „die internationale“.

diskus frankfurter studentenzeitung			
Thema	Titel	Verfasser	Foto, Grafik
Nachrichten			
4	nachrichten-magazin	Redaktion	A. Paul Weber
Hochschule, Berufsverbote			
10	Rechtsstaat und Berufsverbote	Sozialistische Assistenten Zelle	Rote Robe
18	Wissenschaft und Berufsverbote	H.S., L.V.	anonym
23	Fragebogen für Lehramtskandidaten	pardon	
24	Widerstand gegen Berufsverbote	Jürgen Seifert	Bradley
Professionalisierung der Linken			
28	Die Scene, das Dorf – das Dorf, die Scene	Peter Mosler	Albrecht Dürer
30	Suche nach Sinn, Versuche sich einzuholen	Walter Freund	Goya
34	Das linke Buch	Peter Mosler	Don Wilson
Internationalismus			
38	Vietnam – ein Lehrstück	Detlef Clausen	Kämpfende Kunst
40	Die Nixon-Doktrin ist tot – es lebe die Nixon-Doktrin	Brigitte Heinrich	Jos. A. Smith
43	Vietnam-Aufruf		
44	Portugal und die europäische Linke	Rossana Rossanda	

StuPa-Wahlen in Frankfurt.

Gruppen	StuPa-Wahl 1975 in %	StuPa-Wahl 1974 in %	Parlamentssitze
SHI	29	26	7
JUSO	19	15,9	5
RCDS	14,3	15,4	3
MSB	9,5	7,4	2
LHV	9,4	—	2
KSB	8,4	10,5	2
ADS	4,2	8,2	1
SHB	2,9	4,8	—
Rote Einheitsliste	1,7	—	—
GIM	1,6	—	—

Dieses Wahlergebnis sichert mindestens von Seiten der Studentenschaft das weitere Erscheinen des diskus.

Das amtliche Wahlergebnis der Wahlen zum Studentenparlament der Uni Frankfurt, veröffentlicht am 23. Juni, bestätigt die SHI-Juso-Koalition im ASTa. Rechtsgruppen und linke Dogmatiker blieben bedeutungslos.

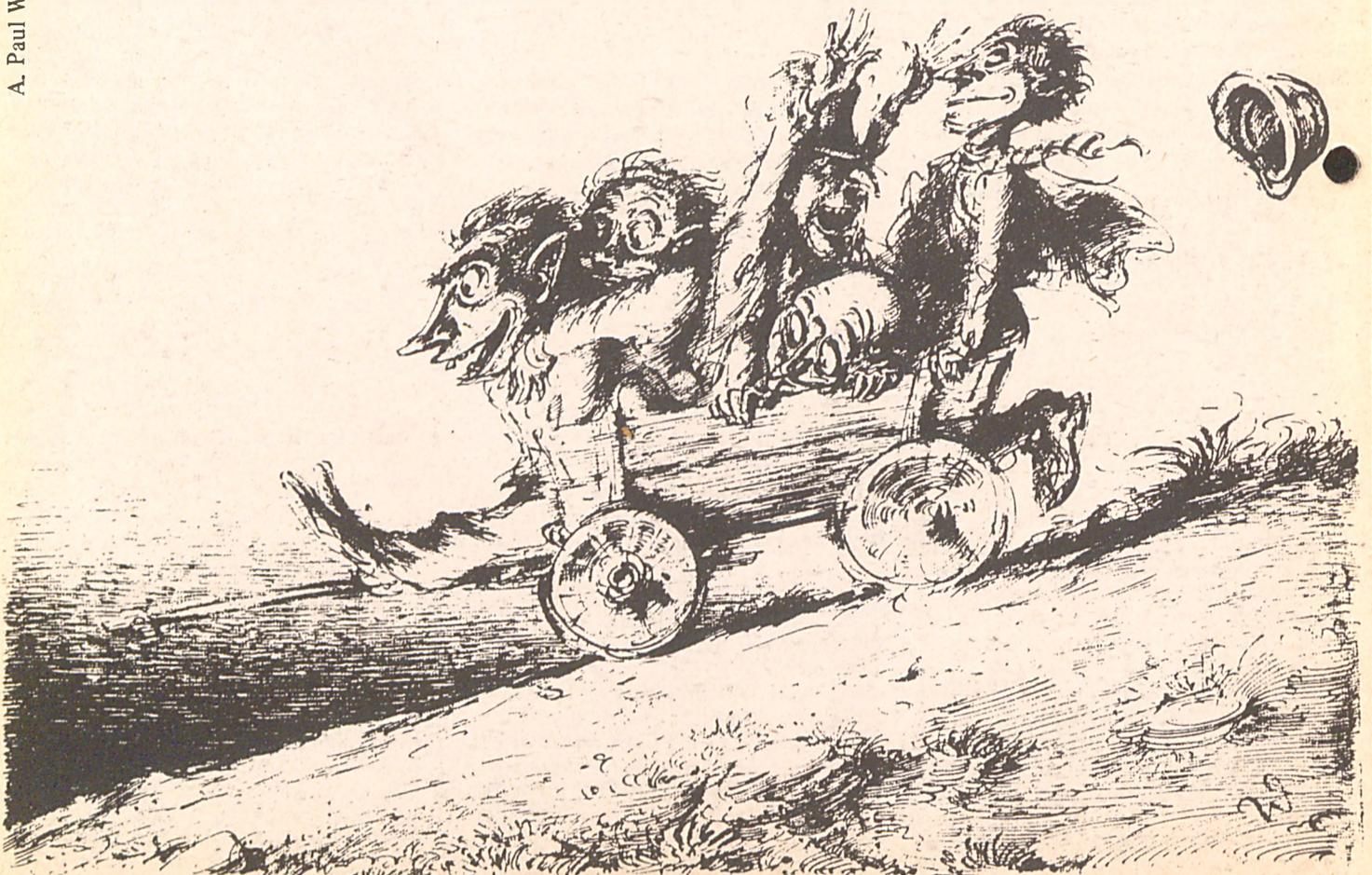
StuPa-Wahlen in Saarbrücken.

Einen überwältigenden Wahlsieg errangen die Jungsozialisten an der Universität Saarbrücken, der „Juso-Hochburg“. Bei den Wahlen zum Studentenparlament erhielt die Juso-Hochschulgruppe von den 30 zu vergebenden Sitzen 21 (im Vorjahr 13). Auf die übrigen Listen entfielen bei einer Wahlbeteiligung von knapp dreißig Prozent auf den Liberalen Hochschulverband zwei Sitze (Vorjahr 3), den RCDS 3 (6), die Fachgruppe Wirtschaftswissenschaft 4 (4). Der Marxistische Studentebund Spartakus errang, wie auch im Vorjahr, keinen Sitz.

„Berufsverbot“ verboten?

Nachdem sich zunehmend – und nicht mehr nur bei den Betroffenen und den notorischen Querulanten – in der Öffentlichkeit Unmut über die Ausmaße der staatlichen Gesinnungsschnüffelei und Verfassungsschutzhysterie zeigt, ist man bemüht, durch staatlich verordnete Begrifflichkeit Abhilfe zu schaffen. So ist es nach Auffassung der Bundesregierung eine Irreführung, den Ausschluß eines Verfassungsfeindes vom öffentlichen Dienst als „Berufsverbot“ zu bezeichnen. Wie Bundesinnenminister Werner Maihofer unlängst erklärte, könne man die Tatsache, daß ein für den öffentlichen Dienst „ungeeigneter“, weil verfassungsfeindlicher, Bewerber sein Berufsziel nicht verwirklichen könne, nicht im entferntesten als „Berufsverbot“ bezeichnen, weil dieser Terminus nur für Maßnahmen mit Strafcharakter zutrefte.

A. Paul Weber



BAFÖG und kein Ende.

Spätestens von 1977 ab soll der bisherige Darlehensanteil von 80 DM bei dem Höchstförderungssatz von 500 DM drastisch erhöht werden. Nach einer Empfehlung der Finanzministerkonferenz soll damit eine schrittweise Umpolung der Ausbildungsförderung von Zuschüssen auf Darlehen eingeleitet werden. Hessens Landesvater Osswald protestierte sich in dieser Frage sogleich als entschiedener Sozialreformer, indem er mit dem Vorschlag aufwartete, künftig die Bezieher höherer Einkommen aus ihrem Akademikerberuf entsprechend mehr zurückzahlen zu lassen. Hinsichtlich der Graduiertenförderung sind nach einer Verlautbarung der Bundesregierung weitere Einsparungen bereits spruchreif: so sprach sie bei der unlängst vom Bundestag beschlossenen Verlängerung des „Finanzierungsschlüssels“ bis 1977 von einer „Reduzierung des quantitativen Umfangs“. Sie begründete dies mit dem deutlichen Rückgang des Bedarfs an Hochschullehrernachwuchs. Berichte, wonach die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Ländern die generelle Kürzung aller Förderungsmaßnahmen für Studenten mit der Begründung eines fehlenden Bedarfs an Hochschulabsolventen vorsieht, blieben bislang undementiert.

Rauchverbot vom Verwaltungsgericht.

Das exekutive und judikative Rollback des Staates macht auch vor einer weiteren Errungenschaft der Revolte, die weitgehend einem elementaren oralen Bedürfnis der modernen Menschheit gegolten hatte, nicht halt: das Oberverwaltungsgericht Berlin hat in einer einstweiligen Anordnung (AZ: OVG V S 13/75), die nach Aussage fachkundiger Juristen mustergültig sein dürfte, verfügt, daß in den Vorlesungen der Fachhochschule Berlin, die der Kläger besucht, nicht geraucht werden darf. Damit wird der Weg zu richterlich verfügbaren Rauchverboten, die einst durch die Auflehnung gegen die Vorlesungs- und Seminarstrukturen selbstgefälliger Ordinarien herrschaft gefallen waren und ggf. längst von den Betroffenen selbst in solidarischer Form, nämlich durch Abstimmung, wiedereingeführt worden waren, frei.

Uni Augsburg: Präsidentschaftswahl mit Probeabstimmungen.

In Zukunft könnte das demokratischen Prinzipien geschuldete unerträgliche und ineffektive Gerangel in den Selbstverwaltungsorganen wesentlich eingeschränkt, wenn nicht sogar vollständig abgeschafft werden. Beispielgebend war die Wahl des Augsburger Unipräsidenten, Franz Knöpfles im Juni 1973. Wie dieser Tage die Anfechtungsklage eines Assistenten vor dem Verwaltungsgericht Augsburg enthüllte, hatte eine Unterkommission des Senats, die nach der Satzung nur mit beratender Stimme ausgestattet war, unter dem Vorsitz des zukünftigen Präsidenten sämtliche Vorentscheide der Einfachheit halber selbst vorgenommen, so etwa die Abweisung von 13 der insgesamt 17 Präsidentschaftskandidaten. Außerdem wurden solange Probeabstimmungen vorgenommen, bis die Wahl Knöpfles feststand. Das Gericht wies aufgrund des Sachverhalts (immerhin wurde ja gewählt) die Klage als unbegründet zurück.

Die Übernahme dieses Verfahrens durch die Uni Ffm. hätte durchaus den Vorteil, daß man endlich auf den allenthalben lediglich mit Naserümpfen quittierten Usus des Stimmenkaufs bei der Präsidentschaftswahl verzichten könnte.

Fachidioten auf dem 40. Geographentag.

In seiner Eröffnungsansprache auf dem 40. Deutschen Geographentag zu Innsbruck hat der langjährige Vorsitzende des Zentralverbandes der Deutschen Geographen, Uhlig, vor einem neuen Superfach Gesellschaftslehre gewarnt. Es dürfte nach Ansicht Uhligs aus ihrem wissenschaftlichen Verantwortungsbewußtsein für die betroffenen Fächer, Geschichte, Soziologie, Politologie, Wirtschaftswissenschaften und Geographie unmöglich sein, sich in dem wüsten Konglomerat einer neuen Disziplin zusammenzufinden. Die Gefahr eines daraus erwachsenden einseitigen Weltbildes sei allzu groß; Dilettantismus und Indoktrination unausweichliche Folge einer derartigen Fehlentwicklung. Es gelte, dem eine neue

Selbstbestimmung und nicht zuletzt ein neues Selbstbewußtsein entgegenzusetzen: so versuche die Geographie, „die Gesetze und Regeln herauszufinden und in Modellen darzustellen, nach denen die Erde in ihren Teilräumen strukturiert ist, nach denen sich ökologische Systeme ordnen und raumbezogenes menschliches Handeln abläuft“. Leider lassen sich aus der Interpretation des Vietnamkrieges „als raumbezogenes menschliches Handeln“ keine zulässigen Schlüsse mehr ziehen – denn der gehört mittlerweile zur Geschichte und hat folglich mit den O.G. nichts mehr zu schaffen.

Verbesserungsvorschlag für Mediziner.

Um Professoren künftig mehr für ihre Arbeit als Hochschullehrer zu motivieren, sprach sich kürzlich einer aus ihren Reihen, ein Prof. Dr. Albert Keil, seines Zeichens Präsident des „Deutschen Patientenschutzbundes“, der eigenen Angaben zufolge als „Sachverwalter der Verbraucher von Medizin“ fungiert, für die Wiedereinführung des Kopfgeldes aus. Seit dieser Brauch, der jedem Professor pro Student und Semester die Einnahme von 2,50 DM zugestand (dieser Betrag müßte sich aufgrund der Geldentwertung und der Mehrbelastung – Streßpauschale – um ein Vielfaches erhöhen), 1966 abgeschafft wurde, habe das Interesse der Professoren an hohen Studentenzahlen abgenommen.

Pressespiegel.

„Schließlich war die sektiererische Hysterie soweit vorangeschritten, daß ein 50jähriger Stahlarbeiter aus Bochum, Sympathisant unserer Partei, angegriffen wurde. Funktionäre der KPD/ML hatten aus der Tatsache, daß der Genosse zur Feier des 1. Mai seinen besten Anzug angezogen hatte, den Schluß gezogen, es könne sich nur um einen Polizeispitzel handeln.“

Rote Fahne Nr. 18/1975

„Es ist schon eine Geschmacklosigkeit, wenn eben diese Partei, die sich ‚KPD‘ nennt, als Wahlkandidaten das Hasch-Kommune-Mitglied Nr. 1 Kunzelmann vorsezt. Jenen Typ, der noch vor wenigen Jahren sein Nacktkonterfei bürgerlichen Zeitungen für DM verkaufte.“ Roter Morgen Nr. 17/1975, Beilage zum Beilage zum 1. Mai

nachrichten ★ magazin



Stalinismus und DKP.

Wie das Chile-Komitee Frankfurt in einem Offenen Brief an alle beteiligten Gruppen mitteilt, kam es anlässlich der Kundgebung zum 30. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus auf dem Römerberg in Frankfurt zu schweren Übergriffen von Ordnern der DKP und ihrer Suborganisationen auf Mitglieder Chilekomitees, die mit Brachialgewalt am Verkauf ihrer Zeitung gehindert wurden. Mit der gängigen Argumentation, sie seien Spalter und Chaoten, wurde ihnen seitens der Ordner regelrecht verboten, auf dem Römer einen Informationsstand zu errichten – ein bisher einzigartiger Vorgang.

„... Ihr meint, uns als Spalter bezeichnen zu können, weil evtl. viele Mitglieder im Komitee andere Auffassungen von den Lehren, haben, die aus den Ergebnissen in Chile zu ziehen sind. Wir sind zwar auch der Meinung, daß unterschiedliche Auffassungen in dieser Frage bestehen – natürlich auch innerhalb des Komitees. Wir sind aber – offenbar im Unterschied zu Euch – der Auffassung, daß man unbeschadet politischer Differenzen an bestimmten Punkten zusammenarbeiten kann und daß es der Solidarität mit dem chilenischen Volk nützt und nicht schadet, wenn man bei offen über die chilenischen Ereignisse diskutiert ...

Wir haben Euch bereits früher hier in Frankfurt Angebote zur Zusammenarbeit gemacht, weil wir der Meinung sind, daß man alles tun muß, um die Solidarität zu stärken.

Bei der Kundgebung vom 10. 5. scheint es uns nun, als ob Ihr Eure Auffassung von den Aufgaben der Solidaritätsbewegung und den Lehren, die aus Chile zu ziehen sind, mit Hilfe Eurer Ordner gewaltsam durchsetzen wolltet. Dies dient sicher nicht der Unterstützung des chilenischen Volkes. Wir bezweifeln es allerdings auch, ob es der DKP langfristig dient; denn eine Übermacht an Ordnern ist noch kein Beweis für die richtige politische Linie.

Eure Ordnertruppe wird uns auch in Zukunft nicht davon abhalten, unsere Auffassung zu jedem geeigneten Anlaß zu vertreten. Sie wird uns allerdings auch nicht davon abbringen, Euch zur Zusammenarbeit aufzufordern, wann immer es die Solidarität mit dem chilenischen Volk erfordert.“
Chile-Komitee Frankfurt

Kalter Kaffee über heißen Sommer.

Nach Angaben der Verfassungsschutzbehörden, sind Gewaltaktionen „links-extremistischer“ Studenten seltener geworden. Während 1973 noch 220 Aktionen, die nach herrschender Diktion der Kategorie „Gewaltakte“ zugeschlagen werden, registriert wurden, waren es 1974 nur mehr 120, wobei sich im Verlauf des Jahres 1974 bereits eine stark rückläufige Tendenz bemerkbar machte. Hoch im Kurs liegen dabei nach Aussagen der Verfassungsschützer die K-Gruppen verschiedenster Couleur. Der militante Kern sei unverändert stark geblieben. Allerdings habe es eine deutliche Reduzierung des Sympathisantenfeldes gegeben. Unverkennbar tragen die Befriedigungsstrategien des Staatsapparats gewaltige Früchte. Dennoch mögen die Massenmedien – nicht nur Springer und ähnliche Ultras – auf die Schreckensvision der roten Terroruniversitäten nicht verzichten: sie kündigten im Frühjahr – wie seit '67 alle Jahre wieder – einen heißen Sommer an.

Kommentar der FAZ zum neuen diskus-Verlagsleiter.

Wie die Bundesanstalt für Arbeit in dem ihr eigenen Jargon unlängst mitteilte, hat sich der Arbeitsmarkt für Soziologen, Sozialwirte und Politologen „ungünstig“ entwickelt. Demnach gibt es bei den Soziologen für 200 Bewerber lediglich 30 offene Stellen. Für Politologen besteht so gut wie keine Chance, eine ihrer Ausbildung entsprechende Tätigkeit angeboten zu bekommen. Dies gilt, einer Glosse der FAZ zufolge, auch für den diskus:

Ansprüche

Die linksorientierte Frankfurter Studentenzeitung „diskus“ sucht einen Verlagsleiter. Als besondere Kenntnisse wurden Betriebswirtschaft und Verlagswesen genannt. Keine Chance für Soziologen.“

Diskus-Leser und FAZ-Schreiberling Viedebant hat recht: der derzeitige Verlagsleiter ist Sozialpädagoge.

Bernhard Vogel: „Der Staat muß sich kulant zeigen.“

Mit Nachdruck hat der rheinland-pfälzische Kultusminister Bernhard Vogel im Zusammenhang mit dem Radikalenerlaß und der Überprüfung der Bewerber des öffentlichen Dienstes vor einer Entwicklung der allgemeinen Verunsicherung und zum Vertrauensschwund der Bevölkerung in den Rechtsstaat wie im Amerika der McCarthy-Ära gewarnt. Bei aller Härte gegenüber Radikalen und Terroristen müsse sich der Staat in Einzelfällen kulant zeigen. So könne man einem jungen Mädchen, das in den Spartakus eingetreten sei, um sich ihrem extremistischen Freund willens zu zeigen, nicht ein ganzes Leben diese Freveltat anlasten.

Papst besorgt über: „Christen für den Sozialismus“

Der Vatikan zeigt sich tief beunruhigt über den Fortschritt und die wachsenden Aktivitäten der linksgerichteten katholischen Bewegung „Christen für den Sozialismus“, die – wie verlautet – mehrere tausend Mitglieder, sowohl Priester wie Laien, in Lateinamerika, Spanien und Italien hat. Die Organisation wurde bei einer Versammlung von 80 chilenischen Priestern im April 1971 gegründet. Bereits ein Jahr später zählte sie bei einem Treffen in Santiago 400 Priester. Die Bewegung vertritt den Standpunkt, daß die Ungerechtigkeiten des kapitalistischen Systems revolutionäre Aktionen erfordern, um marxistische Lösungen zu ermöglichen. Auf einem geheimen Treffen von 200 Mitgliedern in Avila (Spanien) im Januar 1973 wurde eine „Entscheidung für den Marxismus“ proklamiert. In einer Erklärung hieß es, daß es die Mitglieder als Pflicht ansehen müßten, für den Sozialismus als Mitglieder einer marxistischen Partei zu kämpfen, „nicht als Mitläufer, sondern als echte Aktivisten.“

„Datenschutz ist Besorgnis in Permanenz.“

Immer mehr zeichnet sich nach Auskunft des hessischen Datenschutzbeauftragten Willi Birkelbach eine mißbräuchliche Verwendung personenbezogener Daten ab. So wird mit Adressen, die beispielsweise aus den Rechenzentren der Verwaltungen, so auch der Hochschulen stammen, ein schwunghafter Handel betrieben. Mangelnder Datenschutz (Birkelbachs Motto: „Datenschutz ist Besorgnis in Permanenz“) führt dann zu solchen mißlichen und ärgerlichen Erscheinungen, wie Adressenweitergabe an Privatfirmen, die dann die betroffenen Personen durch ihre Aufdringlichkeit nerven oder mißbräuchliche Verwendung dessen, der Zugang zu den Daten hat, gegen seinen Intimfeind. Als selbstver-

ständig wird dagegen der Zugang zu den Daten der Studenten in den Hochschulen durch den Verfassungsschutz angesehen, was immerhin härtere Konsequenzen für die Betroffenen als in den o.g. Fällen hat. Da ist frei nach Georg Kreißler zu fragen: „Wer schützt uns eigentlich vorm Verfassungsschutz?“

Freiheitsstrafe für Zwischenrufe im Seminar!

Ein Berliner Gericht hat erstmals einen Studenten wegen Nötigung von Professoren zu einer Freiheitsstrafe verurteilt. Der 25 Jahre alte Student, der 1973 am Englischen Seminar der Freien Universität durch Zwischenrufe Seminarübungen gestört hatte, wurde zu einer sechsmonatigen Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt.

Die Außenpolitik der UdSSR.

Wie erst einige Zeit nach dem Fall Phnom Penh bekannt wurde, hatten nach der Eroberung durch die Roten Khmer sowjetische Diplomaten aufgrund der neuen Lage ernsthafte Assimilations-schwierigkeiten. So versuchten 7 Angehörige der sowjetischen Botschaft verzweifelt, freundschaftliche Kontakte mit den neuen kambodschanischen Führern aufzunehmen, um dem chinesischen Einfluß die Waage zu halten. Aber infolge der sowjetischen Verhaltensweise in der Vergangenheit (Waffenlieferungen an den Khmer durch China und nicht durch die SU, diplomatische Beziehungen zum Lon Nol-Regime) wiesen die kambodschanische Kommunisten die sowjetischen Annäherungsversuche brüsk zurück und forderten die Sowjets auf, ins französische Botschaftsgebäude zu übersiedeln. Sie brachten große Mengen von Lebensmitteln mit, darunter viele Fleischkonserven und Wodka. Aus diesen Besitzständen gaben sie – völlig unverständlich für die kambodschanischen Genossen – weder während ihres Aufenthaltes in Phnom Penh noch auf der Reise jemandem was ab.

Die KPen und die KPdSU.

Die Phalanx der moskautreuen Vasallen im Westen weicht immer mehr auf: schon seit längerem nehmen die isländischen und niederländischen Kommunisten an den Konferenzen der Kommunistischen Parteien nicht mehr teil. In der Frage der Autonomie gegenüber dem großen Bruder in der Sowjetunion ist bekanntermaßen die spanische KP am weitesten gegangen. Für sie ist die Verteidigung der Errungenschaften in der SU – Hauptprogrammpunkt der KPen seit den Zeiten der 3. Internationalen – nicht mehr zentrales Kriterium kommunistischer Politik, sondern die Fähigkeit zu einer eigenen, den Erfordernissen des eigenen Landes geschuldeten Entwicklung. So konnte Parteiführer Santiago Carrillo, von dem das Wort stammt, er hätte an Dubceks Stelle Widerstand gegen die Sowjetokkupanten geleistet, kürzlich anlässlich der Diskussion einer von der SED stammenden Plattform für die europäische Konferenz der Kommunistischen Parteien sogar erklären, daß es sich hierbei seitens der Sowjetunion und der ihr treuesten Partei „um einen neuen



A. Paul Weber

Angriff von rechts handelt, der unter dem Deckmantel einer Kritik von links auftritt", mit dem Ziel die Kontrolle der KPdSU über die europäischen Parteien zu verstärken. Italienische Kommunisten, die neben den Jugoslawen zu den härtesten Kritikern der sowjetischen Strategie gehören, sprachen in diesem Zusammenhang von einem Dokument, das „in deutscher Sprache geschrieben, aber aus dem antiquierten Russischen der Koninformzeit übersetzt" sei. Zudem ist deutlich geworden, daß die KPI durch geschicktes Taktieren eine von der Sowjetunion gewünschte Weltkonferenz zur Exkommunizierung Chinas zu hintertreiben sucht. **II Manifesto** vom 17.5.75.

Sogar die französische KP, die sich in Fragen der kommunistischen Weltbewegung vergleichsweise einer starken Zurückhaltung befleißigt, konnte kürzlich nicht umhin – wenn auch in erster Linie aus taktischen Gründen gegenüber ihrem sozialistischen Bündnispartner –, den Entwurf einer „Erklärung der Freiheiten" zur Diskussion zu stellen, in dem die überaus starke Betonung wesentlicher Punkte des „Freiheitenkatalogs" auf eine Abgrenzung gegenüber den Staaten und Gesellschaftsordnungen Osteuropas hindeuten.

Le Monde vom 17. 5. 75.

Wesentlich härter geht die KP Großbritanniens aus Anlaß des Dubcek-Briefes mit dem Sowjetkurs zu Gericht: „Jede kommunistische Partei und jede sozialistische Regierung hat das Recht, ihre eigene Politik und ihren eigenen Aktionskurs zu beschließen, aber in dieser Frage ist ein lebenswichtiges Prinzip miteingeschlossen, das alle kommunistischen Parteien betrifft."

Morning Star
Zentralorgan der KP Englands
vom 13. 5. 75.

Einzig und allein die DKP, die KP Luxemburgs, AKEL, die KP Zyperns, die KP Österreichs und die portugiesische KP haben ihren affirmativen Bezug zur Sowjetunion auf unabsehbare Zeit konserviert.

VR China für die NATO.

Da nun schon mal die Staaten Westeuropas nicht in der Lage seien, unabhängig von den Vereinigten Staaten ein eigenes Verteidigungssystem aufzubauen, sollten sie sich – einer Empfehlung der VR China zufolge – angesichts des politischen und militärischen Drucks der Sowjetunion weiterhin vertrauensvoll auf die NATO stützen. Bei einem Besuch des

belgischen Ministerpräsidenten Tindemans im April d.J. vertraten die chinesischen Gastgeber die Meinung, daß in den kapitalistischen Staaten die fatale Neigung bestehe, die sowjetische Gefahr zu unterschätzen und den Entspannungshymnen des Kreml Glauben zu schenken. Angesichts der gemeinsamen Gefahr sollte Europa sich einigen und das Spiel des Gegners durchschauen.

Deutsche Uni für den Schah.

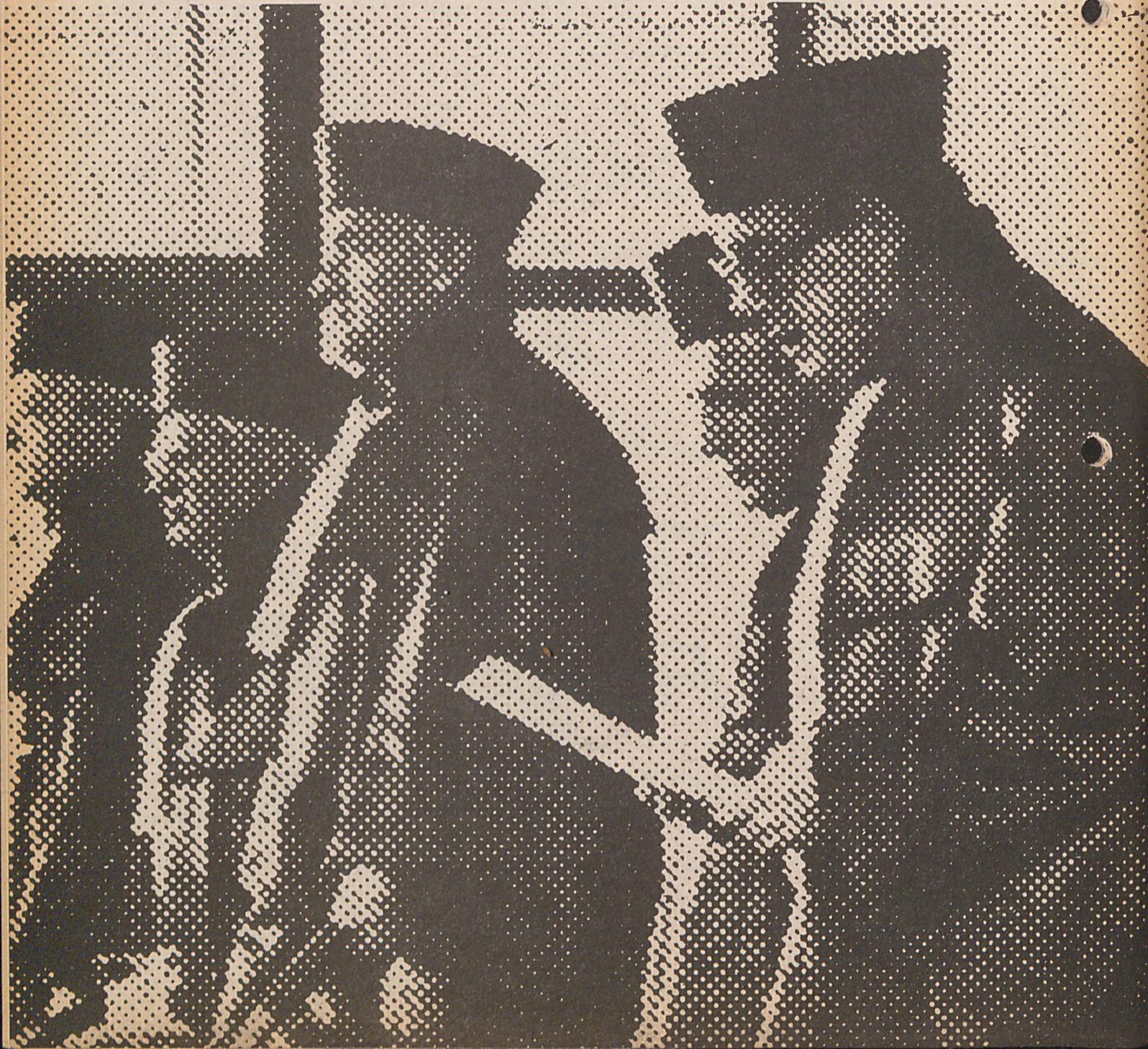
Der Bau einer deutschsprachigen Universität in der nordpersischen Stadt Racht wurde nach jahrelanger Diskus-

sion zwischen der Bundesregierung und dem Iran beschlossen. Nach den Wünschen der Iraner, die Bau und Betrieb der Universität selbst finanzieren wollen, soll der Beitrag der BRD in der Planung, Organisation und vor allem in der Entsendung von Lehrkräften bestehen. Demnach wäre es eine persische Universität mit deutschem Lehrangebot für zunächst wenige hundert, später mehrere tausend Studenten. Das Interesse des Iran besteht einer offiziellen Verlautbarung zufolge darin, Fachkräfte vor Ort auszubilden, nicht zuletzt um die Abwanderung iranischer Hochschulabsolventen ins Ausland zu verhindern, inoffiziell, um das traditionell starke Unruhepotential persischer Intellektueller im Ausland zu verhindern.

Caetano	✓	25. April 1974
Ioannides	✓	23. Juli 1974
Lou Nol	✓	17. April 1975
Thieu	✓	21. April 1975
Franco		
Pinochet		

Rechtsstaat und Berufs- verbote.

Foto Rote Robe



Berufsverbot und Repression – eine deutsche Tradition

Der Anspruch staatsbürgerlicher Freiheit und Gleichheit, der Anspruch von allgemeiner Teilhabe an der Herrschaft stand auch in Deutschland am Anfang des bürgerlichen Kampfes gegen den halbfeudalen Beamtenabsolutismus, und das deutsche Bürgertum hat in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in diesem Kampf auch seine Opfer gebracht: „Radikale“ und „Demagogen“ wurden denunziert und verschwanden in den Gefängnissen, Demokraten blieb oft nur die Möglichkeit der Emigration, Liberale im Staatsdienst wurden Disziplierungsmaßnahmen unterworfen oder entlassen – und alles geschah nach geltendem Recht. Indem jedoch die deutsche Bourgeoisie 1848 diesen Staat nicht in einem revolutionären Akt zerstörte, sondern aus Angst vor dem neu heranwachsenden Gegner, dem Proletariat, in der Folgezeit mit den alten Mächten einen Kompromiß fand, erfuhren diese Praktiken absolutistischer Büro-

kratie eine ungebrochene Kontinuität.

So ist die Geschichte des deutschen Kaiserreichs auch eine Geschichte der bürokratischen Unterdrückung von Sozialisten: in Zeiten ökonomischer Krise schärfer (Sozialistengesetze von 1878), sonst nach Bedarf: kein Sozialdemokrat in den Staatsdienst (kein Lehrer und auch kein Gleisarbeiter), keine Sozialdemokratie an die Hochschule (wenn der gesellschaftliche Selektionsmechanismus nicht mehr ausreichte, half das Gesetz nach: so wurde der Privatdozent Leo Arons 1900 wegen Mitgliedschaft in der SPD von der Berliner Universität entlassen). Ein Teil derartiger Unterdrückungsstrategien traf auch die liberal gebliebenen Beamten. Gerade die 80er Jahre brachten hier eine breite Säuberungswelle in Administration und Justiz. Die Mehrzahl der Bourgeoisie fühlte sich jedoch dadurch nicht mehr getroffen.

Aber man traf in der Sozialdemokratie des Kaiserreiches nicht nur den realen Gegner bürgerlich-junkerlicher Herrschaft. Im Schreckbild der „vaterlands-

losen Gesellen“, die sich international zur Zerstörung jeglicher gesellschaftlicher Ordnung verschworen hatten, baute man gleichzeitig ein Feindbild auf, das zur Projektion der realen Ängste breiter materiell bedrohter Kreise des Kleinbürgertums verfügbar war. Gerade weil das Feindbild vage und verschwommen war, gerade weil man bei Bedarf unter die „Reichsfeinde“ den Anarchisten wie den kritischen Liberalen, aber wenn nötig auch Juden und Polen subsumierte, konnte man es so fungibel machen. Im Klima der Aufregung über anarchistische Attentate auf den Kaiser wurde die Sozialdemokratie verboten. Als die Kriegspolitik der herrschenden Klassen 1918 ihre Bankrotterklärung hätte veröffentlichen müssen, war es der „Dolchstoß der Revolution in den Rücken des kämpfenden Heeres“, mit dem man den betrogenen Massen einen Sündenbock vorzuwerfen suchte. Der starke Konformitätsdruck, der von diesem Feindbild ausging, drängte auch weite Teile der Sozialdemokratie dahin, unter Beweis zu



stellen, daß letztlich auch sie nicht außerhalb der Gesellschaft des imperialistischen Kaiserreiches standen.

Die Revolution von 1918 brachte zwar die parlamentarisch-demokratische Regierungsform – und damit vollendete erst die Sozialdemokratie die bürgerliche Revolution; mit dem Bündnis zwischen Mehrheitssozialdemokraten, bürokratischer Spitze und Oberster Heeresleitung gegen den Versuch von links, die Revolution auch an der gesellschaftlichen Basis zu verankern, wurden jedoch die alten Machtstrukturen in die Republik hinübergerettet. Der kaiserliche Staatsapparat der Weimarer Republik hat dann auch keine besondere Verschärfung der bestehenden Gesetze nötig gehabt, um sozialistische und demokratische Bewerber vom Staatsdienst fernzuhalten. Dazu reichte im allgemeinen schon der bestehende gesellschaftliche Selektionsmechanismus aus. Kommunisten wurden schon im Vorfeld ausgesondert und isoliert, im unmittelbaren Bereich des Staatsapparates waren es dann Sozialdemokraten oder auch überzeugte Demokraten, die es – soweit möglich – von Machpositionen fernzuhalten galt. Die Frontstellung war eindeutig gegen links gerichtet, dazu gibt die Urteilsstatistik der politischen Justiz ein deutliches Bild.

In der Spätphase der Weimarer Republik wurden allerdings die politischen Bedingungen für den Eintritt in den öffentlichen Dienst noch einmal durch administrative Maßnahmen der sozialdemokratischen Landesregierung in Preußen verschärft; in der Endphase des Verfassungsverfalls wurden schließlich die Sozialdemokraten durch den Papenschen Staatsstreich aus den letzten Machtpositionen im Staatsapparat eliminiert, so daß die bürgerlichen Bündnispartner Hitlers diesem bei Machtantritt einen funktionierenden Apparat präsentieren konnten. Die gemeinsame Frontstellung gegen Links war zu dieser Zeit ein ausreichend festes Bindemittel. Die Notverordnungen nach dem Reichstagsbrand sowie das Gesetz „Zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, mit dem der Staatsapparat dann endgültig auf Stromlinie gebracht wurde, erscheinen so einerseits als Endprodukt einer Entwicklung zum totalen Berufsverbot gegen Sozialisten und demokratische Verteidiger der Republik und stehen gleichzeitig am Anfang einer Herrschaft, für die das Berufsverbot nur erstes Mittel zur Aussonderung von Gegnern und Kritikern war – am Ende stand dann die physische Vernichtung.

Zur Kontinuität der Berufsverbote nach 1945

Die Zerschlagung der faschistischen Herrschaft und des alten Staatsapparates schien 1945 die Chancen einer umfassenden Neuorganisation des Staatsapparates und seiner demokratischen Öffnung nach allen Seiten zu geben. Mit der forcierten Restauration der kapita-

listischen Wirtschafts(un)ordnung und der antikommunistischen Wendung im Kalten Krieg wurden jedoch die Möglichkeiten einer fundamentalen demokratischen Erneuerung bereits im Keim erstickt. Die beinahe pauschale Wiedereinsetzung des alten Beamtenapparates (131-Gesetz), die Besetzung selbst führender Positionen durch „Fachleute“, die ihr Können bereits dem mörderischen Wirken des Faschismus zur Verfügung gestellt hatten (Globke, Vialon) – all das nahm eine fatale Tradition wieder auf. Im Adenauer-Erlaß von 1950, dem auch die SPD zustimmte, wurde die Unterstützung verschiedener kommunistischer oder diesen nahestehender Organisationen, darunter der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“, mit der Entlassung aus dem öffentlichen Dienst bedroht. Auch die Praxis der politischen Justiz gegen Mitglieder der KPD nach deren Verbot im Jahre 1956 zeigt, welche Rechtsgleichheit Kommunisten in der Bundesrepublik zu erwarten hatten. Mit dem Mittel des Kommunismusverdachts wurden aber bereits damals alle radikalen Demokraten auch mitverfolgt.

Die Totalitarismustheorie gab in den 50er und 60er Jahren die ideologische Rechtfertigung für diese politische Praxis. Vermeintlich gegen antidemokratische Herrschaft rechter wie linker Prägung gerichtet, zielte sie de facto nur nach links: Auch wer weiterhin nationalsozialistisches Gedankengut verbreitete, hatte nur in extremen Fällen mit beruflichen Nachteilen zu rechnen (Der Fall des Studienrates Zind, der wegen wüsten Antisemitismus im Unterricht schließlich entlassen wurde, zeigt nur, welcher Druck der Öffentlichkeit, besonders aus dem Ausland nötig war, um es dazu kommen zu lassen). Kaum ein Richter ist wegen Terrorurteilen im Dritten Reich ernsthaft belangt worden.

Auch der Aufstieg der NPD aus der Krise von 1966/67, ihre auf faschistischen Reminiszenzen aufgebaute Demagogie, ihre gewalttätige antidemokratische Praxis, der Einzug dieser Partei in die meisten Landtage, die starke Resonanz, die ihre Propaganda gerade in der Armee fand, – all das ließ die regierenden Parteien im Kern unerschüttert, wenn auch verbale Kritik geübt wurde und negative Reaktionen des Auslands befürchtet wurden. Notfalls nahm die CDU zur Wahl des Bundespräsidenten auch die NPD-Stimmen zur Hilfe (daß es auch dann nicht reichte, rechtfertigt das kaum). Erst als im Gefolge der Studentenbewegung zum erstenmal in der deutschen Geschichte eine größere Zahl marxistischer und radikal-demokratischer Anwärter auf den Staatsdienst (Schule, Universität, Justiz) zu erwarten war, – in anderen westeuropäischen Demokratien eine Selbstverständlichkeit – funktionierte wieder der legislatorische und administrative Mech-

nismus, um derartige „Feinde der freiheitlichen Grundordnung“ durch Berufsverbot vom öffentlichen Dienst auszuschließen.

Die Gründe für diese unterschiedliche Reaktionsweise liegen auf der Hand. Denn was alle seither vom Berufsverbot betroffenen und untereinander stark differierenden linken Gruppen gleichermaßen kennzeichnet, ist ihre Kapitalismuskritik. In dieser Kernfrage war die NPD jedoch systemkonform, war, wenn auch Wildwuchs, doch Fleisch vom eigenen Fleische. So erweist sich die immer wieder beschworene „Verfassungsfeindlichkeit“ nur als ideologischer Schleier, der den Inhalt der Sache – marxistische Kapitalismuskritik – verdecken soll, was nicht ausschließt, daß von vielen Exekutoren subjektiv auch selbst der Schein für die Sache genommen wird.

Diese politische Praxis der Berufsverbote wie auch das herzliche Verhältnis weiter „staatstragender“ Kreise der BRD zu autoritär-faschistischen Regimen erhärten den Verdacht, daß diejenigen, die heute am lautesten zum Kampf gegen die „Feinde der Demokratie“ rufen, auch diejenigen sind, die die Demokratie sofort dann fallenlassen, wenn einmal auf demokratischem Wege ihre Interessen, die Kapitalinteressen einer Minderheit, gefährdet werden. Immer wenn das Kapitaleigentum in Gefahr war, war seinen politischen Vertretern jedes undemokratische Mittel recht: von der militärischen Invasion (Sowjetunion 1918, Vietnam) bis zur Wirtschaftsblockade (Kuba); vom Militärputsch (Griechenland, Chile) bis zum Bürgerkrieg (Spanien 1936).

Die Vermutung, daß weiten Kreisen private Verfügungsgewalt über Kapital identisch ist mit Demokratie, wird durch den ständigen Versuch, kapitalistische Wirtschaftsordnung und politische Demokratie gleichzusetzen, erhärtet, wie es im Begriff der „freiheitlichen Gesellschaftsordnung“ zum Ausdruck kommt. Die Wirtschaftsordnung, die für alle Menschen elementare Bedeutung besitzt, weil von ihr die Lebens- und Arbeitsbedingungen zentral abhängen, soll dem Bereich der demokratischen Willensbildung entzogen und wie ein Teil der Verfassung festgeschrieben werden. Und es ist gar nicht sicher, ob sich nicht eine Mehrheit der CDU-nahen Verfassungsrichter finden würde, die gesetzliche Maßnahmen zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel und zur Planung des Wirtschaftsprozesses für verfassungswidrig erklären würden, falls eine Mehrheit der Wähler nicht mehr bereit wäre, die Orientierung der Produktionsentscheidungen am Profit statt an den gesellschaftlichen Bedürfnissen und die daraus resultierenden krassen Einkommens- und Vermögensunterschiede, die ungleiche Verteilung der Arbeitslasten und die Krisenbewältigung durch Massenentlassungen und Kaufkraftver-

luste als unabwendbares Schicksal hinzunehmen.

Für diese „Hüter der Demokratie“ erschöpft sich politische Demokratie in der Existenz von Abstimmungsritualen. Deutlich wird das aus ihrem Aufschrei über die mögliche Gefährdung des freien Wahlrechts in Portugal, über dessen völlige Abwesenheit bis zum April 1974 allerdings auf Grund des günstigen Investitionsklimas kaum ein Wort verloren wurde. Sozialisten ist dagegen klar, daß die Grundrechte und die Regeln politischer Demokratie so lange leere Phrasen bleiben, so lange die materiellen Möglichkeiten, die Grundrechte wahrzunehmen, auf wenige beschränkt sind (so das Recht der freien Meinungsäußerung auf wenige Zeitungscäsaren) und so lange die politische Demokratie nicht auch für den Kernbereich der Gesellschaft, für die Produktionsentscheidungen gilt. Diese materiellen Bedingungen gesellschaftlicher Demokratie herzustellen, ist eines der zentralen Ziele, von denen Sozialisten auch unter massivem Druck nicht abgesehen werden.

Darüber hinaus müssen die Sozialisten für die Einhaltung der Grundregeln der politischen Demokratie eintreten (wie sie im Grundgesetz etwa durch Art. 79, 3 geschützt sind). Diese Grundprinzipien wie Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit (Bindung der Verwaltung an das Gesetz und gerichtliche Überprüfbarkeit) und die allgemeinen Menschenrechte sind ursprünglich vom revolutionären Bürgertum gegen Adelsprivilegien und Absolutismus erkämpft und institutionalisiert worden. Als herrschende Klasse hat das Bürgertum jedoch diese Grundpositionen immer wieder eingeschränkt oder sogar völlig fallengelassen. Darum ist es mehr und mehr zu einer Aufgabe der Arbeiterbewegung geworden, diese Grundpositionen als ein Minimum an historisch erreichtem Fortschritt gegen alle Formen bürgerlicher Gewalt Herrschaft zu verteidigen.

Da Sozialisten eine Gesellschaft anstreben, in der sich die Interessen der Bevölkerungsmehrheit verwirklichen, brauchen sie auch den aufgeklärten Willen dieser Mehrheit nicht zu fürchten. Was sie dagegen fürchten müssen, sind die Panzer und Bajonette, die im Ernstfall gegen eine demokratische Enteignung der kleinen Minderheit von Kapitaleigentümern mobilisierbar wären, wie es in Chile blutig demonstriert wurde. Sozialisten können auch nicht an die Unfehlbarkeit irgendwelcher politischer Eliten glauben, und sie wissen wohl, daß der Sozialismus nicht durch Dekrete einer diktatorischen Partei oder durch einen bloßen Abstimmungsritus entstehen kann, sondern nur das Ergebnis eines aufgeklärten Willensbildungsprozesses aller sein kann. Deshalb brauchen sie die Institutionalisierung des Rechtes auf Kritik und Opposition, auf die offene Auseinandersetzung unterschiedlicher

Meinungen nicht zu fürchten. Im Gegenteil! Wenn die Sozialisten also die Freiheit der politischen Meinungsäußerung und die Aufhebung von Maßnahmen fordern, die die berufliche Existenz von Menschen auf Grund ihrer politischen Anschauungen vernichtet, so fordern sie damit nur die Einhaltung der einfachsten und grundlegenden Prinzipien von Demokratie.

Die Transformation des demokratischen Verfassungsstaates in den bürokratischen Verfassungsschutzstaat

Die Berufsverbote, seit 1972 umfassend und immer lückenloser praktiziert, haben mittlerweile ein Ausmaß angenommen, durch das nicht mehr nur Mitglieder kommunistischer Parteien, sondern die gesamte Linke bis hin zu Teilen der Jungsozialisten und Jungdemokraten bedroht ist. Es scheint als ob ein Überschuß an irrationaler Reaktion der Staatsbürokratie bei der Praktizierung der Berufsverbote im Spiel wäre. Sicherlich ist dies auch der Fall, insbesondere wenn und weil die Auslegung der Verfassung und die Definition dessen, was in bezeichnend schwammiger Terminologie „verfassungsfeindlich“ genannt wird, der Auslegung der jeweils einstellenden Behörde mit dem Verfassungsschutz im Hintergrund überlassen wird. Dann kann es gar nicht anders sein, als daß diverse – zumeist parteipolitische – Spezialinteressen und auch bürokratische Dummheit jede Möglichkeit von Vorausberechenbarkeit, Regelmäßigkeit und Klarheit zerstören, daß Willkürentscheidungen zur Regel werden und daß schließlich die Rechtsfolgen des individuellen Handelns gar nicht mehr kalkulierbar sind.

Der im Gegensatz kodifizierte demokratische Verfassungsstaat entwickelt

sich aber in einem Prozeß der „Involution“, der Rückbildung der Demokratie zum autoritären und bürokratisierten Verfassungsschutzstaat. Dieser Prozeß folgt einer bestimmten Logik, die wir im folgenden darstellen werden, um zu zeigen, daß das irrational erscheinende Ausmaß der praktizierten Berufs- und Ausbildungsverbote keineswegs durch Überreaktionen der Staatsschutzbehörden verschuldet ist.

Die Logik der Berufsverbote

Wie im vorangehenden Artikel gezeigt, beginnt die Bedrohung und Diskriminierung der Linken in der BRD bereits in der Gründungsphase. Objekt der Verfolgung waren niemals Kommunisten allein. Die Verbotspolitik zielte zugleich auf Einschüchterung aller jener Gruppen und Individuen, die – sei es in der KPD, SPD oder den Gewerkschaften – angesichts der kapitalistischen Restauration des westdeutschen Staates den Kampf um eine sozialistische Alternative führten, und diente mithin vor allem dem Ziel, eine antikapitalistische Mobilisierung der Arbeiterklasse zu verhindern.

Etwa seit dem Jahr 1969 hat sich diese Form der Kommunisten-Verfolgung als zunehmend problematisch erwiesen. Denn *einerseits* hätte eine Fortführung der massiven Verfolgung des herkömmlich organisierten Kommunismus die Bonner Bemühungen um eine neue Ostpolitik belastet. Und *andererseits* war im Verlauf der Studentenbewegung vor allem im Ausbildungssektor (Studenten, Schüler, Lehrlinge) ein kritisches Potential entstanden, das in seinen größeren Teilen sein Selbstverständnis und seine Intentionen jenseits der theoretischen Einsichten der traditionellen kommunistischen Parteien artikuliert, nach neuen Organisationsformen

**When
you're in
LONDON
buy Socialist books,
posters and
pamphlets
at
I. S. Books
265 Seven Sisters Road
Finsbury Park N4**

suchte oder in jene Parteien und Organisationen drängte, die aufgrund ihrer Programmatik für sozialistische oder radikaldemokratische Positionen offen schienen.

Diese veränderte Situation verlangte nach einer Veränderung der alten Stabilisierungs-Strategie. Zwar hatte diese nach wie vor die Funktion, antikapitalistische Bewegungen in der Arbeiterklasse aufzuhalten. Nun aber galt es auch, gerade im Hinblick auf die in dieser Zeit ins allgemeine Bewußtsein gelangte Krisenanfälligkeit des BRD-Kapitalismus das Überspringen von Forderungen der Studentebewegung auf die Arbeiterklasse zu verhindern. Dabei mußten drei Bedingungen eingehalten werden:

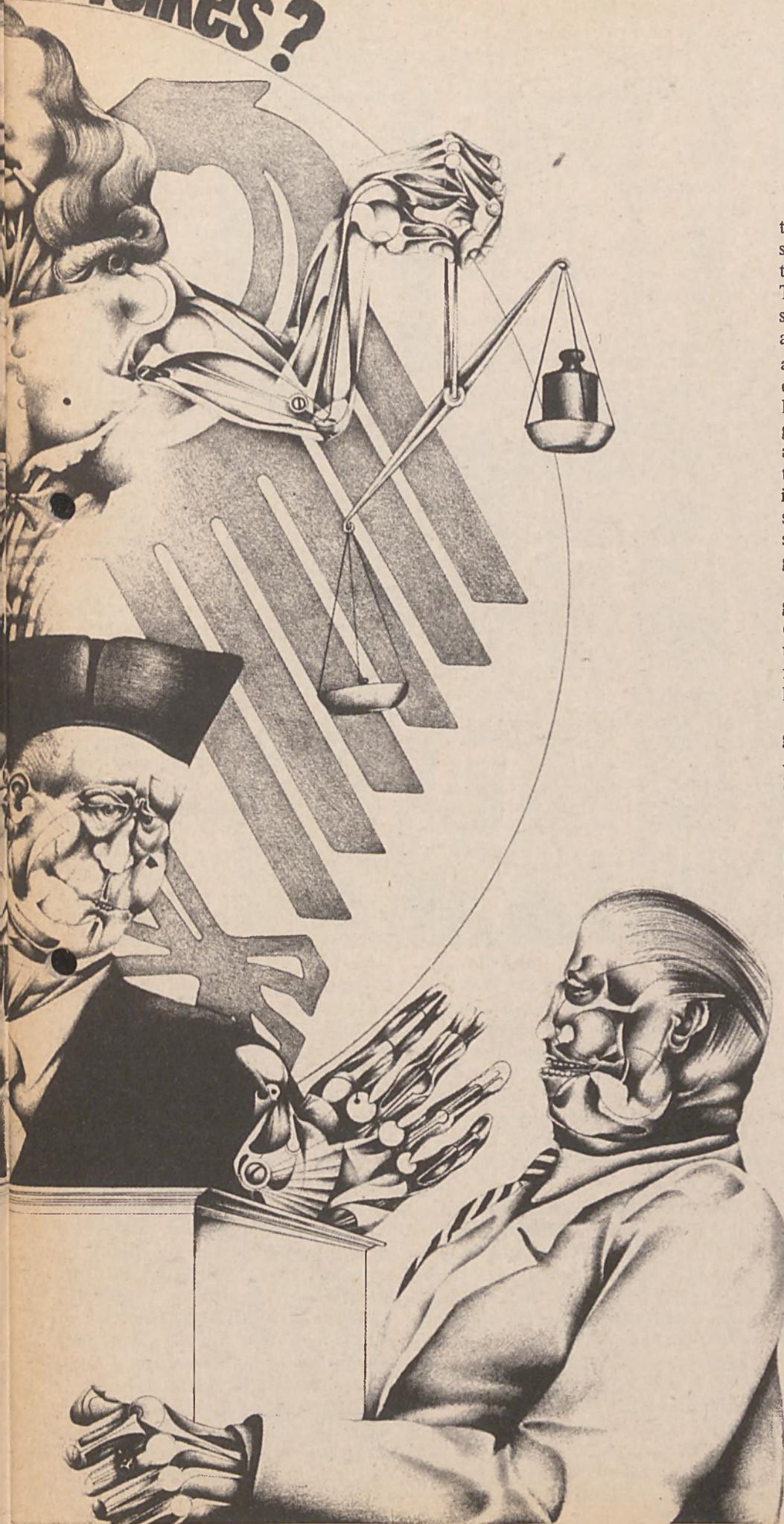
- die Fortsetzung der Kommunisten-Verfolgung bei gleichzeitiger *formaler* Legalität der DKP;
- die Domestizierung des kritischen Potentials durch dessen (funktionale) Integration in das sozialliberale Parteienbündnis und die SPD-beherrschten Gewerkschaften;
- die Absicherung des Staatsapparates gegen das Eindringen radikaldemokratischer oder sozialistischer Intelligenz

Die repressiv-toleranten Momente dieser Strategie brachten nur Teilerfolge. Daher wurden ab 1970/71 in stärkerem Maße direkt-repressive Präventivmaßnahmen notwendig, deren Reichweite nicht mehr durch die tatsächliche oder avantgardistisch angemessene Nähe zur Arbeiterklasse begrenzt war. Betroffen waren nun oppositionelle Gewerkschaften und DKP-Mitglieder ebenso wie kritische Intellektuelle, große Teile der sozialliberalen Jugendorganisationen ebenso wie alle jene Radikaldemokraten und Sozialisten, die – zumeist als staatliche Lohnarbeiter – wesentliche Reproduktionsbereiche der bürgerlichen Gesellschaft sichern sollen. Als Produzenten oder Multiplikatoren von Ideologie, als Wahrer bürgerlichen Rechtes, als Vermittler notwendiger Qualifikationen der Ware Arbeitskraft, als Fachleute für den Erhalt der Arbeitskraft (Ärzte) oder als Spezialisten für die systemkonforme Regulierung sozialer Konflikte (Sozialarbeiter etc.).

Die direkt repressiven Maßnahmen erschienen aus einem weiteren Grund als notwendig, der die Tendenzen, die dann zum Ministerpräsidentenerlaß führten, verstärkte. Im Gefolge der „Reformpoli-



es Volkes?



tik" der sozialliberalen Koalition waren seit 1969 einige Staatsfunktionen erweitert worden; manche Bereiche staatlicher Tätigkeit, insbesondere im Bildungswesen, in der Jugendpflege, in der Sozialarbeit, wurden vergleichsweise schnell ausgedehnt. Während es also auf der einen Seite eine expandierende staatliche Nachfrage nach Personal gerade für die genannten Bereiche gab, drängte auf der anderen Seite ein im Gefolge der Studentenrevolte kritisch gewordenes Potential in die freien Stellen, nicht zuletzt um seine Erkenntnisse und Theorie-Ansätze sowie innovatorischen Praxisvorstellungen sinnvoll zu verwirklichen.

Gerade für die sozialdemokratisch gelenkte Staatsbürokratie wurden die in den Staatsdienst gelangten Sozialisten und Radikaldemokraten zu einem Konfliktpotential allerersten Ranges, als sich herauszustellen begann, daß

- die Reform-Absichten der SPD angesichts der sich mit Beginn der 70er Jahre verschlechternden ökonomischen Situation illusionär waren,

- die SPD im Widerspruch zwischen Reform-Absichten und Profitsicherungs-politik sich für eine Politik der „Reduktion zu hoch gespannter Erwartungen“ entschied, so daß ihre eigenen Reform-Vertreter zunehmend zu politischen Gegnern wurden,

- daher die von der Sozialdemokratie erhoffte Integrationskraft ihrer Reformprogrammatische nur noch rascher schwand und jedes Insistieren auf Reformaussagen den Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit erneut aufriß und die Sozialdemokratie unglaubwürdig machte,

- schließlich Reformansprüche und begrenzte Mittel zu ihrer Verwirklichung eine sogenannte „Effektivierung“ veranlaßten, die ausschließlich zu Lasten der Betroffenen ging (Reglementierungen des Studiums im Bildungssektor, Einschränkungen von Reformprojekten im Sozialbereich usw.)

Diese Momente führten die sozialdemokratisch beherrschte Bürokratie zu einem Wandel ihrer Rekrutierungs-Politik. Die von den Universitäten produzierten Sozialisten und Radikaldemokraten wurden nicht mehr als kritisches, wenn auch abzuschleifendes Innovations-Potential, sondern als langfristig gefährliches Subversions-Potential betrachtet. Das ergibt die Konsequenz: Der Ausbil-

dungssektor muß so restauriert werden, daß er eine kritische Intelligenz nicht mehr zu produzieren vermag. Daher: NC, Regelstudien-Zeit, staatlich reglementierte Studiengänge und verschärfte Prüfungs-Ordnungen. Und zugleich muß verhindert werden, daß dennoch aus den Universitäten und Hochschulen kommende Radikaldemokraten und Sozialisten Zutritt zum Staatsapparat erlangen. Daher: Berufsverbote.

Die Stoßrichtung der Berufsverbote: Loyales Personal für den Klassenstaat

Die Logik der Berufs- und Ausbildungsverbotspolitik ist eindeutig, und sie zeigt den Grund dafür auf, warum davon nicht nur organisierte Kommunisten, sondern die gesamte Linke betroffen sind. Es geht bei den Berufsverböten nicht darum, wie behauptet wird, den demokratischen Rechtsstaat vor seinen „Feinden“ zu schützen, sondern darum, die im Sinne der bestehenden ökonomischen und politischen Machtverhältnisse definierte „freiheitlich demokratische Grundordnung“ zu zementieren und vor den im Rahmen des Grundgesetzes möglichen Reform- und Veränderungsansätzen abzuschirmen. Dies hat gerade in der ökonomischen Krise eine für die Entwicklung von Klassenbewußtsein und Strategieansätzen fatale Funktion. Denn damit wird die in der Krise in Teilen der Arbeiterschaft, in den Gewerkschaften, in der linken SPD beginnende Diskussion um das Wirtschaftssystem der BRD, die Infragestellung der kapitalistischen Ordnung abgeblockt: Alternativvorstellungen zu den herrschenden kapitalistischen Verhältnissen werden tabuisiert.

Der behauptete Schutz der Verfassung ist somit nicht Schutz der FdGO im Sinne des Grundgesetzes, sondern ein Schutz des bestehenden kapitalistischen Systems, der gegenwärtigen Machtverhältnisse in Westdeutschland. Nicht zufällig geht die gemeinsame Invektive der „staatstragenden“ Parteien sowohl gegen „Verfassungsfeinde“ als auch gegen „Systemveränderer“. Veränderungen des kapitalistischen Systems sollen verhindert werden und diejenigen, die die groß angekündigte Reformpolitik noch ernst nehmen, in die immer enger gezogenen Grenzen des im Rahmen des kapitalistischen Systems „wirtschaftlich Machbaren“ zurückgepfiffen werden.

Die Linie wurde schon 1972 vom Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda, vorgezeichnet. Vor dem Bundesverband der deutschen Zeitungsverleger erklärte er: „Der Strategie der Systemüberwinder entspricht nur eine möglichst geschlossene Antwort auf diese Herausforderung. Ich weiß nicht, ob eine solche Gegenstrategie irgendwo entwickelt wird ..., aber ich glaube, daß sie entwickelt werden muß.“

Der aus dem Rechtstrend resultierende Konformitäts- und Konservierungsdruck führt weiterhin zu einer Art Wett-

lauf der Parteien darum, welche mit größter Entschiedenheit, Härte und Durchsetzungsvermögen dieses System schützt. Dies hat zur Folge, daß tatsächlich jeder Innenminister oder -senator ja jede einzelne Behörde einen eigenen Begriff von Verfassungsfeindlichkeit entwickelt und sich nach Kräften bemüht, die eigenen Büros zu säubern. So entsteht ein *Verfassungsschutzstaat*, dessen „Staatsschutzorgane“ nicht mehr die Verfassung schützen, sondern den Staat wie ihn die herrschenden Parteien verstehen.

Die Möglichkeiten des Grundgesetzes geraten so in Konflikt mit den konkreten Anforderungen der Sicherung und Stärkung der Macht des bürgerlichen Staates. Dies spielt um so mehr eine Rolle, als die ökonomischen Krisen, die Klassenkämpfe in einer Reihe von kapitalistischen Staaten, die Niederlagen des Imperialismus in der 3. Welt, die sozialen Widersprüche und politischen Konflikte auch für die „stabile“ BRD die Möglichkeit verschärfter Klassenauseinandersetzungen signalisieren. Die derzeitige Ruhe an der Klassenfront kann sich auch in Westdeutschland als durchaus trügerisch erweisen.

Für solche Fälle ist der bürgerliche Staat erst recht auf ihm loyales Personal angewiesen, um die Funktionen der Integration (vor allem im Bildungs- und Sozialbereich) und vor allem der Repression effizient und widerspruchsfrei ausüben zu können. Im Urteil des Verwaltungsgerichts Berlin gegen die Einstellung von Sybille Plogstedt durch die FUB heißt es denn auch:

„Namentlich bei Berücksichtigung politischer, sozialer oder wirtschaftlicher Krisen, deren Eintritt nie ausgeschlossen werden kann, erweist sich die Forderung nach Verfassungstreue der öffentlichen Bediensteten als notwendig ... Dies gilt auch für die Bediensteten der Universität. Denn gerade in derartigen Situationen muß Verlaß darauf sein, daß wenigstens nicht die Universitätsbediensteten selbst innerhalb der Hochschule verfassungsfeindliche Aktivitäten entfalten, derartige Bestrebungen unterstützen oder ihrer Durchsetzung infolge einer gleichgültigen Haltung gegenüber der freiheitlich-demokratischen Grundordnung den Boden bereiten ...“

Die verfassungsmäßigen Rechte werden somit von der Verfassung abgelöst; der Schutz des kapitalistischen Systems erhält den absoluten Vorrang – und dies insbesondere in der Krise, in der das kapitalistische System tatsächlich gefährdet ist. Die politische Artikulation von kritischen oder gar sozialistischen und kommunistischen Kräften soll möglichst eingeschränkt werden.

Die Berufsverbotspraxis hat eine doppelte Stoßrichtung. Oberflächlich scheint es so, als ob lediglich ein paar Intellektuelle im öffentlichen Dienst davon betroffen seien, für die das Berufsverbot

zwar ein betrübliches individuelles Schicksal, aber doch ohne weiteren Belang für die Entwicklung der Klassenauseinandersetzung sei. Aber dahinter verbirgt sich die eigentliche Stoßrichtung der Berufsverbote, und dies ist entscheidend für die Entfaltungsmöglichkeiten der Klassenbewegung und den Aktionsspielraum der Gewerkschaften. Die vordergründig als Fernhalten bzw. Rauschmiß einiger „Radikaler im öffentlichen Dienst“ erscheinende Berufsverbotspraxis dient ebenso wie die Verabschiedung der Notstandsgesetze, wie die Zentralisierungstendenzen der sogenannten Staatsschutzorgane usw. der Verbesserung der staatlichen Herrschaftsfunktionen zur effizienten Gewaltausübung für den „Notfall“ der verschärften Auseinandersetzungen zwischen den Klassen. Die Auffüllung der staatlichen Bürokratien mit systemkonformem Personal und die Abschottung des öffentlichen Dienstes vor kritischen Leuten ist auch eine Gefährdung der Arbeiterbewegung und auch der Gewerkschaften.

Weil dies so ist, wird bei Initiativen gegen das Berufsverbot neben der moralischen Solidarität mit den Betroffenen die Einsicht in die tatsächliche Funktion der Berufsverbote erforderlich. Moralisch begründete Solidarisierung allein würde sich bei Erfolglosigkeit schnell verbrauchen. Die Einsicht in den wirklichen politischen Charakter der Berufsverbote verdeutlicht, daß es eben nicht nur um Einzelne geht, ob sie nun im „öffentlichen Dienst“ beschäftigt sind oder nicht, sondern darüber hinaus die Gewerkschaftsbewegung, ja die Arbeiterklasse schlechthin betroffen ist. Deshalb müssen politische Formen entwickelt werden, die es ermöglichen, sich gemeinsam gegen die Berufsverbotspraxis zur Wehr zu setzen. Wenn heute der Berufsverbotspraxis nicht Einhalt geboten werden kann, wenn nicht gemeinsame Abwehrstrategien entwickelt werden, dann verschlechtern sich die politischen Möglichkeiten aller Gruppen und Organisationen der Linken – von Kommunisten bis hin zu linken Liberalen und nicht nur derjenigen, die heute – noch – im öffentlichen Dienst beschäftigt sind. Mehr noch: die Gruppen und Organisationen der Linken können durch das die in ihnen organisierten Individuen betreffende Berufsverbot ohne ausdrückliches Organisationsverbot praktisch zerstört werden. Eine solche Bedrohung linker Organisationen wirkt aber weit über diese hinaus. Sie betrifft auch alle diejenigen, die für Reformen im System eintreten. Also alle Liberalen, die solche nicht nur dem Namen nach geblieben sind.

Sozialistische Assistenten Zelle
Vereinigung Sozialistischer Dozenten
am FB 15 (Politische Wissenschaften)
der Freien Universität Berlin. Der vollständige Beitrag wurde erstmals in SAZ Nr. 5 vom 8. Mai 1975 veröffentlicht.

2 DM
für Brigitte
Heinrich

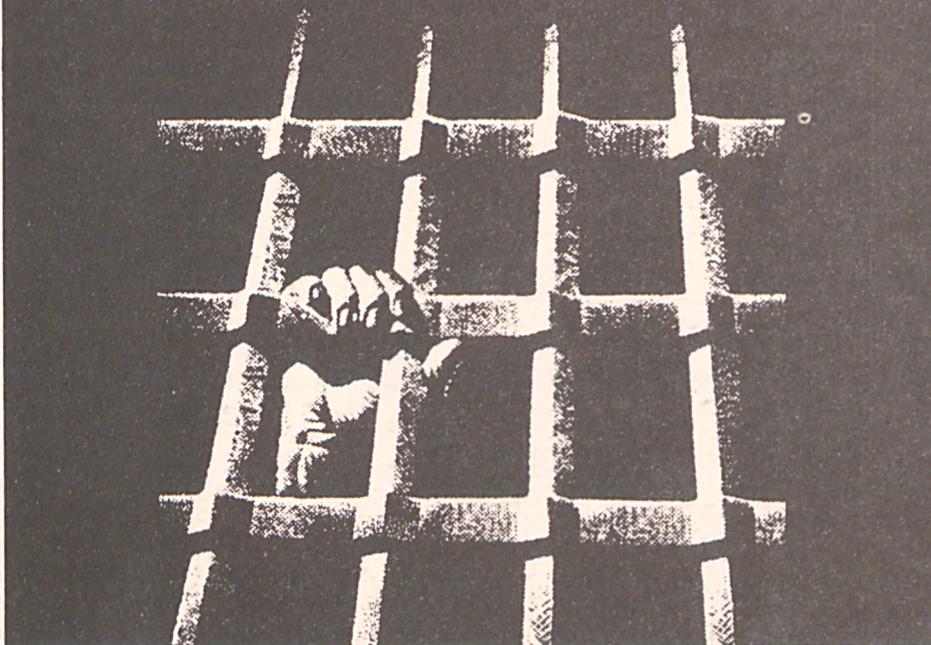
**Brigitte Heinrich
befindet sich seit dem
26. November 1974 in**

Haft

Herausgegeben
vom ASTA der
Universität
Frankfurt/Main
und vom
„Initiativ-Komitee
Freiheit für
Brigitte Heinrich“
unter Mitwirkung
von Mitgliedern
der Redaktion
des diskus.

Frankfurt/Main
im April 1975

**Der Staat beweist
seine Stärke.**



**Dokumentation
zur Haft der diskus-
Redakteurin
Brigitte Heinrich**

Einige Redaktionsmitglieder des diskus, in Zusammenarbeit mit dem „Initiativkomitee Freiheit für Brigitte Heinrich“ und Mitgliedern des ASTA der Universität Ffm. erstellten eine Dokumentation über die Festnahme und die Haft von Brigitte Heinrich mit folgendem Inhalt:

Materialien zu einer politischen Biographie der Gefangenen Brigitte Heinrich, Die Verhaftung von Brigitte Heinrich, Tagebuchaufzeichnungen aus der Justizvollzugsanstalt Mainz, SPD und CDU kämpfen um die rechte Sicherheitspolitik, Anwalt ohne Recht/Recht ohne Anwalt, Pressemeldungen „Winterreise“ und Brigitte Heinrich.

Diese Dokumentation (diskus-Format, 32 Seiten), die trotz der am 15. April 1975 erfolgten Freilassung von Brigitte Heinrich nichts an Aktualität verloren hat, wurde ergänzt um eine Beilage (12 Seiten) mit folgenden Beiträgen:

ASTA-Beitrag auf dem B. Heinrich Teach-in, Rechtsanwälte zum Fall Brigitte Heinrich, Der Denunziant, Zwei Flugblätter zur Uni-Vollversammlung, Brief der Rechtsabteilung der Universität an die Staatsanwaltschaft, Brief des Präsidenten der Universität an den ASTA.

Der diskus-Verlag hat für das Initiativkomitee sowohl den Vertrieb als auch die Abrechnung dieser Dokumentation übernommen.

Bei Einzelabnahme beträgt der Preis DM 2,- (zuzüglich DM -,70 Porto). Bei Bestellungen ab 10 Exemplare 10 % Nachlaß (zuzüglich Porto und Verpackung DM 3,-).

Lieferung nur gegen Vorauszahlung auf das Konto: 1610062200 BfG Ffm. „diskus“, Kennwort Dokumentation.

Wissenschaft und Berufs- verbote.



1. Die Praxis des Verfassungsschutzes (VS)

Vor Beginn des Sommersemester 1975 wurde erstmals bekannt, daß Tutoren und Hilfskräfte an der Universität sogenannten „Anhörungsverfahren“ auf der Grundlage von Ermittlungen des VS (Verfassungsschutz) unterzogen werden.

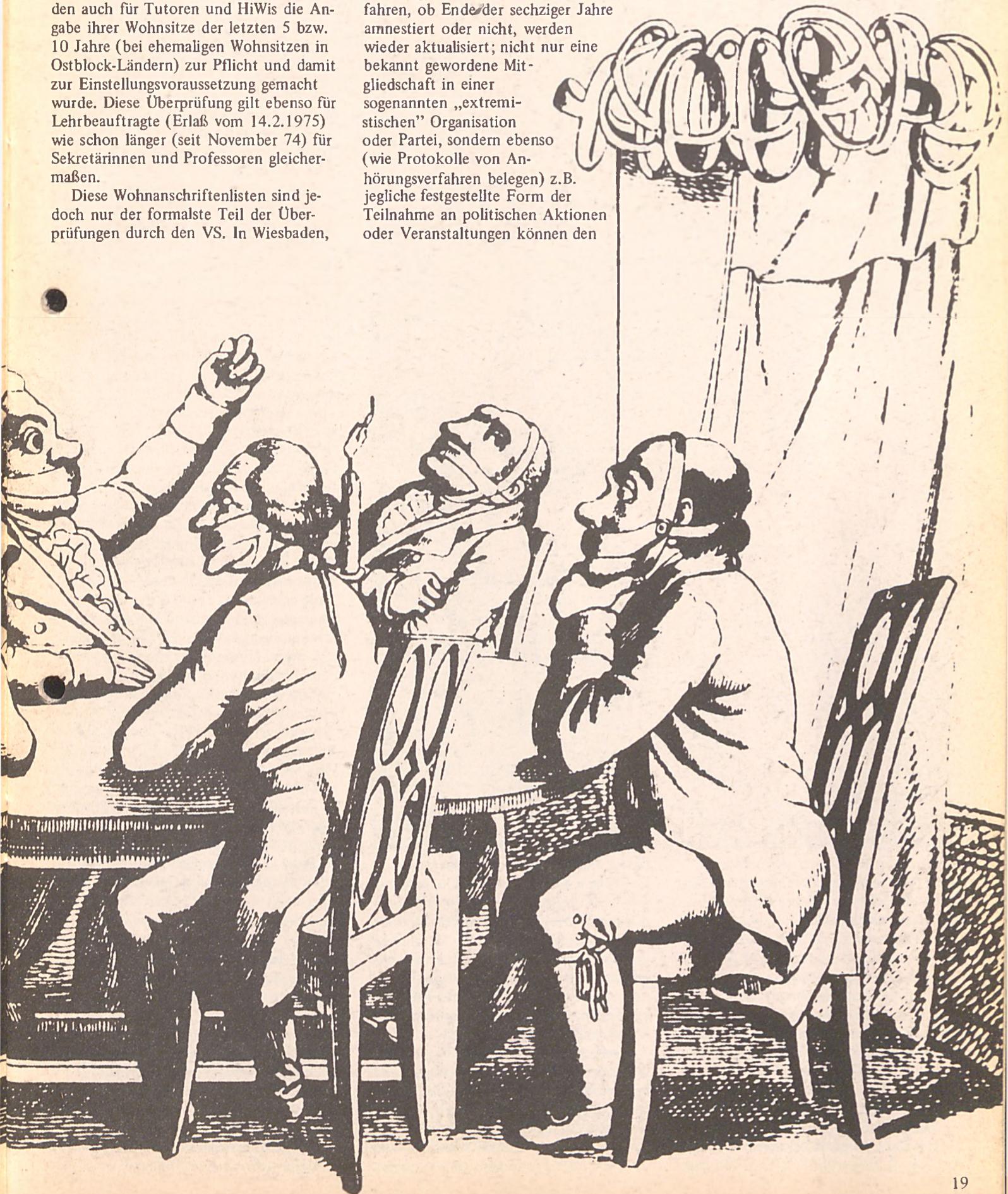
Eingeleitet wurde diese Praxis mit einem Erlaß des Hessischen Kultusministers vom Januar dieses Jahres, durch den auch für Tutoren und HiWis die Angabe ihrer Wohnsitze der letzten 5 bzw. 10 Jahre (bei ehemaligen Wohnsitzen in Ostblock-Ländern) zur Pflicht und damit zur Einstellungsvoraussetzung gemacht wurde. Diese Überprüfung gilt ebenso für Lehrbeauftragte (Erlaß vom 14.2.1975) wie schon länger (seit November 74) für Sekretärinnen und Professoren gleichermaßen.

Diese Wohnanschriftenlisten sind jedoch nur der formalste Teil der Überprüfungen durch den VS. In Wiesbaden,

wie in allen anderen Bundesländern, stapeln sich die Dossiers über Personen – Materialien, die bis weit in die sechziger Jahre zurückreichen. Kandidaturen für Hochschulemigranten auf Listen kommunistischer Gruppen aber auch des SHB sind dort ebenso erfaßt wie z.B. eine gemeinsame Examensvorbereitung mit einem Kommilitonen, der angeblich dem KSV angehören soll. Sämtliche Strafverfahren, ob Ende der sechziger Jahre amnestiert oder nicht, werden wieder aktualisiert; nicht nur eine bekannte Mitgliedschaft in einer sogenannten „extremistischen“ Organisation oder Partei, sondern ebenso (wie Protokolle von Anhörungsverfahren belegen) z.B. jegliche festgestellte Form der Teilnahme an politischen Aktionen oder Veranstaltungen können den

Zweifel des VS wecken, ob ein Bewerber um eine Stelle im Öffentlichen Dienst jederzeit bereit sei, nicht nur die FDGO anzuerkennen, sondern sie auch aktiv zu verteidigen.

Mit der Vielfalt der Anlässe für solche Zweifel wächst auch die Zahl der unmittelbar Betroffenen. Mitte Mai waren nach offiziellen Angaben aus Wiesbaden insgesamt ca. 180 Anhörungen



links

Sozialistische Zeitung

bringt monatlich

auf ca. 24 Seiten Beiträge zur sozialistischen Theorie und Strategie, Aktionsmodelle, Berichte aus der Linken international, "links" ist eine Zeitung für Theorie der Praxis und für Praxis der Theorie.

Preis für das

Einzelheft DM 1,50

Jahresabonnement DM 21,-

incl. Versand

Probeexemplare

und Bestellungen bei

Sozialistisches Büro

+ Verlag 2000 GmbH

605 Offenbach 4

Postfach 591

durchgeführt und die Verfahren z.T. zum Abschluß gebracht worden. 2 Personen im Hochschulbereich und 13 im Schulbereich wurden entlassen. Inzwischen wird sich die Zahl der Anhörungen auf über 200 gesteigert haben, einmal, weil der VS immer „besser“ arbeitet (so werden z.B. freie Stellen aus dem Kultusbereich an den VS überschrieben), zum anderen, weil der Kreis der Betroffenen ständig weiter ausgedehnt wird: nunmehr sind die ersten Fälle bekannt geworden, in denen Lehramtsstudenten schon vor Abschluß ihrer Prüfungen nach Wiesbaden zum Regierungspräsidenten zu „persönlichen Gesprächen“ gebeten wurden.

Hier soll im Folgenden nicht auf die rechtliche Problematik der Anhörungsverfahren weiter eingegangen werden. Zum Mangel an gesetzlichen Grundlagen der Anhörungsverfahren und den Umin-terpretationen der Verfassungsnormen durch die Gerichte und die Exekutive liegen bereits mehrere Dokumentationen und Stellungnahmen vor. ¹⁾ Ebensowenig kann mit der erforderlichen Systematik auf die zunehmenden gesellschaftlichen Konflikte in Produktions- und Re-

produktionsbereich eingegangen werden, die den Hintergrund und zentrale Begründung für die politische Disziplinierung und Repression im Ausbildungssektor darstellen. Hier soll die allgemeine Feststellung genügen, daß die stattfindenden Kämpfe (Streiks, Betriebssetzungen, Bürgerinitiativen, Häuser- und Mietkämpfe usw.) immer weniger von den bürgerlichen Parteien und den Gewerkschaften eingebunden und kanalisiert werden können und daß es daher immer notwendiger wird, nur noch „staatstragende“ Ideologien im Ausbildungssektor und nur noch diesen Ideologien verpflichtete Berufsrollenträger im Staatsdienst zuzulassen. Die dieser These zugrundeliegenden Annahmen über das Verhältnis von Wissenschaft, Ideologie und staatlicher Herrschaft und ihrer Absicherung muß an anderer Stelle präzisiert werden. Hier soll vielmehr auf die Wirkung und Funktion der Anhörungsverfahren innerhalb der Universitäten abgehoben werden.

2. Das Klima der Repression

Zwar machen ca. 200 Anhörungen und bisher „nur“ ca. 15 - 20 Berufsverbote, gemessen an der Zahl aller im Öffentlichen Dienst Angestellten und Beamten einen vergleichsweise geringen Anteil direkt Betroffener aus; aber die politische Wirkung der Bespitzelungen durch den VS, der Anhörungsverfahren und der Berufsverbote besitzt Massenwirksamkeit.

Das Ziel dieser Praxis des Staates ist nicht etwa nur die „Säuberung des Öffentlichen Dienstes von sogenannten Verfassungseindern; Ziel ist, an Schulen und Hochschulen ein Klima zu schaffen, in dem tendenziell jeder aus Angst um seine materielle Existenz nur noch staatskonform handelt und staatskonform denkt, indem jeder zur Denunziation von denjenigen sich aufgefordert oder sogar sich gezwungen sehen soll, die sich nicht kritiklos mit bürgerlicher Wissenschaft abfüttern lassen, Inhalt und Form der bürgerlichen Wissenschafts- und Wissenschaftlerproduktion in Frage stellen und über das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft mit praktischen Folgen reflektieren wollen.

Kantzenbach, ehemaliger Präsident der Uni Ffm, greift noch zu kurz, wenn er positive Auswirkungen durch die Überprüfungen erwartet und meint, „es habe lange Zeit in studentischen Kreisen als ‚chic‘ gegolten, ‚links‘ zu sein. Hier könne man künftig eine Mäßigung erwarten,

wenn den Betroffenen bewußt werde, daß bestimmte Verhaltensweisen mit Risiken verbunden seien.“²⁾

Kultusminister Krollmann ist da schon präziser, wenn er, noch vorsichtig, aber doch deutlich sagt:

„Es mag Felder geben an der Universität, in denen es gar kein Schaden wäre, wenn auch mal etwas anderes an Examensarbeiten geschrieben würde, als lediglich die Kritik der spätkapitalistischen Gesellschaft, so wichtig sie ist.“³⁾

Und weiter: „Daß mancher, der modisch bestimmten Thesen nachläuft, nüchtern und vielleicht schüchtern wird, will ich nicht bestreiten. Daß eine Gefahr in der Atmosphäre liegt, will ich im übrigen auch nicht bestreiten.“³⁾

Konkret sieht das so aus, daß in manchen Seminaren nicht mehr offen diskutiert wird, daß Studenten jene Kommilitonen kritisch anschauen, die „verdächtig“ viel mitschreiben, daß man anfängt sich zu überlegen, wo man noch was sagt, weil man sicher sein kann, daß auf jeder politischen Veranstaltung Spitzel des VS sitzen. Symptom für das gegenwärtige Klima mag der Fall Fink am FB 3 sein. Fink, ein Student aus Mainz, sitzt in Seminaren und „berichtet“ in Form von Strafanzeigen und Briefen dem Präsidenten, was er (Fink) für verfassungsfeindlich oder ihn nötigend hält. Er selbst gibt an, ca. 20 bis 30 solcher Briefe bisher geschrieben zu haben. Sicherlich also ein psychologischer Fall – aber seine Folgen sind politisch; die Seminare, in denen Fink auftaucht, drohen an diesem Problem zu zerbrechen.

3. Die objektive Funktion der politischen Überprüfung

Es ist unerheblich, ob Krollmann diese Wirkung der Anhörungsverfahren bedauert oder als ungeplante Nebenfolge billigend in Kauf nimmt.⁴⁾ Die Überprüfung aller Hochschulbediensteten durch den VS und die dadurch bewirkte Herstellung eines Klimas politischer Repression ist für den Staat gegenwärtig objektiv notwendig, nicht etwa nur, um die Entwicklung und das Einsickern von Baader/Meinhofs in den Staatsdienst zu verhindern, sondern diese Praxis muß als „flankierende Maßnahme“ verstanden werden, um die eigentlichen Ziele gegenwärtiger staatlicher Bildungspolitik möglichst konfliktlos durchzusetzen.

Thesenhaft lassen sich die Ziele in drei Komplexen zusammenfassen:

1. Angesichts der allgemeinen konjunkturellen Lage muß der Ausbildungssektor und insbesondere der Universitätsbereich in seinem finanziellen Volumen wegen anderer direkt wirtschaftspolitisch wirksamer Maßnahmen des Staates, weiter eingeschränkt werden. Das heißt nicht nur, daß Bauvorhaben nicht durchgeführt werden, sondern ebenso, daß Personalstellen gestrichen und Sachmittel gekürzt werden. Finanziell aufwendige Reformvorhaben (z.B. Gesamthochschulen) werden nicht mehr durchgeführt. Gleichzeitig werden diejenigen universitären Ausbildungsgänge reduziert, deren Absolventen vom Staat angestellt werden müssen.

2. Die Kürzung von Stellen und Sachmitteln ist verkoppelt mit der Rationalisierung der Lehr- und Forschungsprozesse an den Hochschulen. Das bedeutet faktisch, daß viele Reformen, die Ende der 60iger Jahre als Zugeständnisse an die Studentenbewegung und als Versuch ihrer systemkonformen Integration eingeleitet und durchgeführt wurden, heute zurückgenommen werden. Studiengänge müssen kapazitätsmäßig berechenbar gemacht werden; das Prüfungswesen wird rationalisiert (z.B. Multiplechoice-Verfahren), Regelstudienzeiten eingeführt; Mitbestimmungsrechte werden zugunsten von zentralisierten Entscheidungsmodi beschränkt und alte Hierarchiebeziehungen wieder hergestellt oder festgeschrieben.⁵⁾

3. Gleichzeitig muß angesichts zunehmender gesellschaftlicher Konflikte und vorhandener Konfliktpotentiale in vielen Teilbereichen der Gesellschaft wegen der vermuteten praktischen Wirkung von Wissenschaft, ihren Analysen und Publikationen, die ideologische Ausrichtung der Universitäten bzw. der an ihr Tätigen auf staatskonforme Grundorientierungen hin durchgesetzt werden. Dies heißt faktisch die Einschränkung, Unterdrückung und (in Ansätzen) Eliminierung jener wissenschaftlichen Ansätze und Wissenschaftler, die unter anderem die unter 1. und 2. umrissenen Ziele des Staates benennen und untersuchen. Dies schließt ein, daß die durch die Studentenbewegung ansatzweise durchgeführte Institutionalisierung marxistischer Wissenschaft rückgängig gemacht werden soll, trifft aber nicht sie alleine. Vielmehr soll, um der ideologischen Ausrichtung, wie um der Durchsetzung der „Rationalisierung“ willen jeder Versuch, den Lehr- und Forschungsprozeß zu demokratisieren oder praktische Kritik an ihm zu üben verhindert werden.



KFZ-REFERAT im Studentenwerk

Wir verleihen
zu unerhört
günstigen Preisen:
5 VW-Pritschen
5 VW-Reisebusse
1 Renault R 4

Kfz-Referat
im Studentenwerk
6 Frankfurt/Main
Jügelstraße 1, Zi. 34
Telefon 79 83 048

Öffnungszeiten:
Mo - Fr 9-12
und 13-17 Uhr

Alle drei Zielkomplexe sind außerordentlich konfliktträchtig; Widerstand gegen diese Maßnahmen muß der Staat weit über die organisierte Linke hinaus erwarten. Die Form der politischen Überprüfungen erscheinen in diesem Kontext als *ein* besonders geeignetes Mittel, um die geplanten Maßnahmen durchsetzbar zu machen, nicht nur, wie gesagt, durch Säuberungsaktionen, sondern ebenso durch ihre latenten Wirkungen: diese beruhen darauf, daß das Verfahren der Anhörungen undurchschaubar und ihre Folgen unberechenbar sind. Einmal abgesehen von der rechtlichen Problematik, der Rechtswidrigkeit der Anhörungen und der Ver-

fahrensweisen, erscheint es als geradezu strategisch geplant, so man das oben genannte politische Klima erzeugen will, die Zweifel gegenüber den Betroffenen nicht zu benennen, die Rechtsgrundlage undefiniert zu lassen, die Fragen nicht schriftlich herauszugeben, keine schriftlichen Erklärungen zuzulassen und vor allem, die Kriterien, nach denen über die Einstellung oder die Ablehnung entschieden wird, im dunkeln zu lassen. Ist erst einmal die Beweislast für die Unbegreifbarkeit der Zweifel an der Verfassungstreue eines Bewerbers diesem selbst zugeschoben, ist es für die einstellende Behörde ein leichtes, Bekenntnisse zur Verfassung je-

derzeit als Schutzbehauptung der Betroffenen umzuinterpretieren⁶⁾, dann ist erreicht, daß ein viel größerer Kreis als nur Mitglieder linker Organisationen sich von dem Damoklesschwert „Berufsverbot“ potentiell betroffen fühlt.

4. Anhörungsverfahren – ein Teil politischer Repression an den Hochschulen

Nun ist die politische Disziplinierung der Wissenschaft nichts prinzipiell neues. Das Hausordnungsrecht ist seit 1969 ebenso Bestandteil staatlicher „Reformpolitik“ wie die schon immer auch nach politischen Kriterien gehandhabte Berufungspraxis des Kultusministers. Die Versuche der inhaltlichen Kontrolle der Lehre reichen von formalen Instrumenten wie dem Verbot von Gruppenarbeit bzw. dem Zwang zur Einzelleistung bis hin zum direkten inhaltlichen Eingriff, der zum Beispiel durch die Tutorenberichte ermöglicht werden soll. Neu ist allenfalls die Systematik, mit der nun durch den Verfassungsschutz politische Disziplinierung ermöglicht und durchgesetzt wird. Eine Veränderung ist auch im Grade der Polarisierung der Hochschule zu verzeichnen: die liberale Mitte des Lehrkörpers an der Universität spaltet sich an der Frage des zunehmenden Autonomieverlustes der Universität und wird gezwungen, entweder die staatlichen Maßnahmen gemeinsam mit der Rechten an der Hochschule zu unterstützen (vgl. etwa die Auseinandersetzungen um die Anwendung des Hausordnungsrechts) oder muß sich (zumindest tendenziell) praktisch den Entwicklungen entgegenstellen (vom Problem der inneren Emigration einmal abgesehen). Neu ist auch, daß die politische Kontrolle und die Einschränkung wissenschaftlicher Inhalte, die zuvor meist indirekt betrieben wurde, um den Schein der Freiheit von Forschung und Lehre zu wahren, nunmehr offen formuliert wird.

So heißt es etwa in einem Bescheid des Kultusministers von Schleswig-Holstein gegen den Soziologen Schipp von Branitz, dem vor allem wegen seiner Mitgliedschaft in der DKP die Einstellung verweigert wurde: „Von besonderer Bedeutung für meine Entscheidung ist auch die Tatsache, daß sie als Hochschullehrer des Faches Soziologie eine besondere Aufgabe bei der Erhaltung und Festigung unserer freiheitlichen Staatsordnung in der Unterweisung der Studenten, die einmal verantwortliche Positionen in Staat und Gesellschaft einnehmen sollen, haben“.⁷⁾ In solchen Sätzen wird Wissen-

schaft jegliche Autonomie bestritten und ihr die Aufgabe zugewiesen, bestehende Verhältnisse zu legitimieren. Gesellschaft soll nicht untersucht, sondern in ihrer gegenwärtigen Form gerechtfertigt werden. Diese Haltung fällt selbst noch hinter das Wissenschaftskonzept des kritischen Rationalismus zurück, das sonst als radikal-kritische Position gegenüber dem „dogmatischen“ Marxismus ins Feld geführt wird und in seinem Anspruch, die Strukturen wissenschaftlicher Praxis zu formulieren, zum geheimen Grundgesetz für den Wissenschaftsbetrieb avanciert ist. Wo etwas weniger entlarvende Naivität im Spiel ist, versucht die staatliche Instanz immerhin, Wissenschaft noch selbst zur Begründung ihrer Maßnahmen zu bemühen. So hat das bayerische Kultusministerium im Entlassungsbescheid gegen Holzer angeführt, daß dessen Forderung nach dem „Marsch zu einer realdemokratischen Gesellschaft“ von Schelsky als der lange Marsch durch die Institutionen zu einem kommunistischen System entschlüsselt wurde.⁸⁾ Politik maßt sich hier die Rolle eines Schiedsrichters in einem wissenschaftlichen Streit an, indem unbefragt die Lehren von Schelsky und Schöck zur Richtschnur für alle Soziologen definiert werden. An die Stelle der pluralistischen Konzeption, die ja bereits marxistische Ansätze in ein Wissenschaftskonzept drängen wollte, dessen Geltung von marxistischer Seite bestritten wurde, tritt nun das offene Verbot marxistischer Ansätze.

Ähnlich, wie bei der politischen Disziplinierung der Studenten, z.B. durch Prüfungsordnungen, Regelstudienzeiten u.a., gibt es auch bei den Lehrenden eine Reihe von Mechanismen, die solche extremen Sanktionen überflüssig bzw. ihre Durchsetzung konfliktloser machen sollen. Eine solche Funktion kann der Pluralismus-Erlaß des hessischen Kultusministers übernehmen, indem dieser klar macht, daß er bei seiner zukünftigen Berufungspraxis darauf achten wird, „daß in einem Fachbereich, einer Fächergruppe oder in einem Fachgebiet, soweit dafür mehrere Professorenstellen vorhanden sind, verschiedene wissenschaftlich bedeutsame fachliche, wissenschaftstheoretische oder methodische Richtungen oder Schulen vertreten sind.“ Da von Krollmann bekannt ist, daß er der Meinung ist, daß in vielen Bereichen marxistische Lehrmeinungen fälschlicherweise dominieren,

ist auch die konkrete Auslegung jener allgemeingehaltenen Kriterien von Bedeutsamkeit und die sich daran anschließende Berufungspraxis abzusehen.⁹⁾

Ein weiterer Mechanismus liegt in den Karrierekriterien begründet. Dies läßt sich am Beispiel der wissenschaftlichen Bediensteten und Dozenten zeigen. Sie haben sich in den letzten Jahren mehr als die meisten Hochschullehrer um die Realisierung verschiedener Reformansätze bemüht. Dabei kam notwendigerweise jener Arbeitsbereich zu kurz, in dem die Bedingungen für eine Karriere d.h. in erster Linie eine abgesicherte Stellung überhaupt, gelegt werden: der fleißigen Publizierung mehr oder minder relevanter Arbeiten. Sie haben zwar inhaltlich ausweisbare Hochschularbeit geleistet, die nach dem Gesetz sogar gefordert wird, sind aber gegenüber ihren Konkurrenten um die knappen Stellen, die sich in erster Linie auf ihre Karriere konzentriert haben, stark im Nachteil und können aus rein formalen Gründen – zu wenige Publikationen – abgelehnt werden.

Die aufgezeigten Fakten und Tendenzen machen deutlich, daß es bei der politischen Disziplinierung bis hin zum Berufsverbot nicht nur um die Beschneidung politischer Rechte geht, sondern der Kern freier wissenschaftlicher Betätigung getroffen wird. Dies muß deshalb auch im Wissenschaftsbetrieb selbst reflektiert und bekämpft werden, nicht nur auf gesonderten politischen Ebenen.

H.S., L.V.

1) vgl. u.a.: AStA-Info des AStA-Uni Frankfurt, Juni 1975; F. Ahrendt/D. Popp: Zur Funktion der Berufsverbote im Ausbildungssektor, in: Ästhetik und Kommunikation, Nr. 17, Jg. 5; H. Stein, H. Düx: Berufsverbot, RV-Texte 13, Räderberg-Verlag Ffm., o.J.

2) zitiert nach dem Protokoll einer Sitzung des Hess. Kultusministers und seiner Staatssekretärin V. Rüdiger mit den Präsidenten der hess. Hochschulen; abgedruckt in dem AStA-Info

3) Krollmann-Interview in 'Notizen für Studenten', Hess. Rundfunk II, 26.5.75

4) In der erwähnten Sitzung mit den Hochschulpräsidenten war Krollmann der Meinung, daß man verhüten müsse, „daß die Überprüfungen auf das allgemein-politische Klima im Sinne einer Hexenjägerei zurückwirkten“, a.a.O.

5) Vgl. das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, daß die eindeutigen Mehrheiten für Professoren festschreibt (sog. Karlsruher Urteil) ebenso HUG-Novelle, HRG-Entwurf

6) Dokumentation zum Fall Pfaff, AStA-TH Darmstadt, Mai 1975

7) zitiert nach Stein/Düx: Berufsverbot, a.a.O.

8) dto.

9) Vgl. dazu M.v.Brentano: Pluralismus als Kampfbegriff, Das Argument, Nr. 61

Fragebogen für Lehramtsbewerber ①

Name: Stachowiak *Marx?*

Vorname (sämtliche): Paul, Karl, Leberecht *(!)*

Geburtsdatum: 15. 3. 1948 *Ist da nicht Eupels gebora?*

Geburtsort: Wuppertal

Konfession: evangelisch

Haarfarbe (natürliche): rotbraun

Haben Sie regelmäßig am Kindergottesdienst teilgenommen?
 Ja Nein *häufig, aber nicht regelmäßig* *Alia!*

Wenn ja, von wann bis wann? *Äußerer?*

Wenn nein, warum nicht? oft krank, Masern, Röteln

An was denken Sie, wenn Sie den Namen Trier hören?
Porta Negra *???*

Sie sind in der Stadt unterwegs. Plötzlich kommt Ihnen ein Demonstrationszug entgegen. Was tun Sie? (Zutreffendes bitte ankreuzen)

Ich erkundige mich, für was demonstriert wird und entscheide dann, wie ich mich verhalte.

Ich reihe mich sofort ein und demonstriere mit.

Ich verlasse sofort auf dem schnellsten Wege das Stadtgebiet. *Frageabr: unangenehmes Verkehrsverhältnis?*

Sind Sie Linkshänder? Nein *Nachprüfen*

Wenn ja, was tun Sie dagegen? entfällt

Geben Sie die durchschnittliche Betragensnote Ihrer sämtlichen Schulzeugnisse an: 2,3 (zweikommadrei) *mäßig!*

Haben Sie Verwandte in der DDR? einen Onkel *so, so*

Übt einer oder mehrere Ihrer Verwandten in der DDR ein öffentliches Amt aus?
 Ja Nein *Wieso nicht?*

Fragebogen für Lehramtsbewerber ②

Sie sind zu einer Party eingeladen. Plötzlich entpuppt sich einer der Anwesenden als DKP-Mitglied. Wie verhalten Sie sich?

Ich versuche mit ihm ins Gespräch zu kommen, um ihn vom Widersinn seiner Existenz zu überzeugen.

Ich gebe heftiges Übelsein vor und ziehe mich sofort auf die Toilette zurück.

Ich tu so, als ginge mich das Ganze nichts an. *Siehe auch das Verhalten bei Demos = Neutralität?*

Was fällt Ihnen zu dem Wort Hammer für ein Zusatzbegriff ein?
Stiel *Na was stellt er sich da? Nachhaken!!*

Welcher Klasse gehören Sie an? Ich verstehe die Frage nicht. Ich gehe nicht mehr zur Schule.

Setzen Sie das folgende, angefangene Wort fort: kommu Dales Kino *?*

Was wissen Sie über Luxemburg? Kleines Land, westlich von uns *← Dürftig!*

Wieso ist es rosa? weiß nicht, war noch nicht dort *← Nachprüfen!*

Sie sehen an einer Hauswand eine aufrührerische Parole. Was tun Sie?

Ich tu so, als hätte ich die Parole nicht gesehen.

Ich besorge mir sofort einen Schrubber, um die Parole zu tilgen. *Ist das glaubhaft?*

Ich erstatte Strafanzeige gegen den Hausbesitzer wegen Erregung öffentlichen Argernisses.

Sie träumen eines Nachts, die Bundesrepublik sei eine sozialistische Volksrepublik. Was tun Sie am nächsten Morgen?

Ich muß schrecklich lachen.

Ich suche sofort einen Psychiater auf.

Ich beschleße, ab sofort noch wachsamer zu sein. *Wieso?*

Unsere Schulen sind kein Tummelfeld für Umstürzler *Sollte ge-wisser prä = nicht sein!*

Fragebogen für Lehramtsbewerber ③

Was verstehen Sie unter Fortschritt?

Darüber habe ich noch nicht nachgedacht.

Die Entfernung zwischen zwei angenommenen Punkten a u. b.

Wenn das Tragen von Sicherheitsgurten endlich gesetzlich vorgeschrieben wird. *Prüfen, ob es welche hat!*

Nennen Sie, ohne nachzudenken, fünf Begriffe, die Ihnen zu dem Wort Revolution einfallen: fürchterlich, bringt nichts, muß man bekämpfen *in Ordnung*

Wo liegt Karl-Marx-Stadt? Das heißt für mich Chemnitz *bisher selb*

Sind Sie verheiratet? Nein *sehr gut*

Wenn nein, haben Sie eine Freundin? Ja, kann man sagen *was heißt das?*

Wie würden Sie das Verhalten Ihrer Frau/Freundin bezeichnen?

aufmüptig? die spurt

wir sind ein Herz und eine Seele. *Bei Freundin erklären*

Sie treffen Ihre Frau/Freundin bei einer Demonstration an. Wie verhalten Sie sich?

Ich bin fassungslos *zu wenig!*

Ist ihr gutes Recht

Das lasse ich mir nicht bieten.

Was haben Sie am 2. Juni 1967 gemacht? Das weiß ich beim besten Willen nicht mehr *garum nicht?*

Und am 3. Juni 1967? dito *dito*

Haben Sie schon einmal folgende Namen gehört?

Dutschke ja Marcuse Nein Abendroth

Zwergen Bloch Nein *ja, wenn die Sonne untergeht* *mit 'th'?*

Fragebogen für Lehramtsbewerber ④

Ich versichere, daß ich die vorstehenden Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe. Andernfalls bin ich nach einer eventuellen Einstellung mit einer fristlosen Entlassung einverstanden.

München, den 25.3.1975 Paul Stachowiak
 Unterschrift

Anmerkungen:

Die Protokolle der Kandidaten Paul S. sind ein ganzes Bündel = selbstd.

Vor eine Einstellung sollte aber noch erspäuert werden = sprich Nachprüfen!

Vorerst noch keine Bedenken.

27.3.1975 *[Signature]*

pardon 4/75

Die Kultusministerien der Länder prüfen von Monat zu Monat schärfer, ob Lehramtskandidaten eingestellt werden können. Sie werden jetzt scharf gesiebt und auf ihre politische Zuverlässigkeit hin abgeklöpft, was

um so leichter fällt, da es ein Überangebot an Bewerbern gibt.

Um die Gewähr zu haben, daß kein verdächtiger Kandidat durch das Ausleseverfahren rutscht, hat die Kultusministerkonferenz der Länder

einen Fragebogen entwickelt, der auch den Vorstellungen von CDU und CSU gerecht wird.

Wir sind in der Lage einen ausgefüllten und ausgewerteten Fragebogen abzudrucken.

ICH VERSICHERE IHNEN,
MICH JEDERZEIT AKTIV
FÜR UNSERE FREIHEIT-
LICH-DEMOKRATISCHE
GRUNDORDNUNG
EINZUSETZEN.

DAS KANN
DOCH JEDER
SAGEN...
WIE WOLLEN SIE
DENN DAS
BEWEISEN?



Widerstand gegen Berufs- verbote.

Seit etwa fünf Jahren, formell seit der Grundsatzentscheidung des Senats der Stadt Hamburg vom 23. November 1971 und seit dem Ministerpräsidentenbeschuß vom 28. Januar 1972, gibt es die Auseinandersetzung über die Frage, die von uns unter der Formel „Berufsverbot“ abgehandelt wird.

In dieser Auseinandersetzung hat es in Argumenten nicht gefehlt:

Exakt und für den hier anwesenden Kreis überzeugend wurde begründet, weshalb die Beschlüsse über die Einstellung sogenannter Radikaler in den öffentlichen Dienst dem Grundgesetz widersprechen also verfassungswidrig sind;

ebenso genau und für den hier anwesenden Kreis überzeugend wurde abgeleitet, daß diese Beschlüsse einer veränderten Situation des Kapitalismus in der Bundesrepublik entsprechen und eine Zuspitzung der Klassenkämpfe vor allem im Sozialisationssektor markieren, indem in den letzten zehn Jahren überfällige Reformen durchgesetzt werden konnten;

mit großer Sorgfalt haben wir ferner den Ministerpräsidentenbeschuß als Ausdruck einer Feinderklärung gedeutet, die dazu beitragen soll, in der Bundesrepublik in der Phase außenpolitischer Entspannung eine Frontstellung aufzubauen, die benötigt wird, nachdem die Bedrohung durch einen äußeren Feind nicht mehr für jedermann einsichtig gemacht werden kann;

es hat auch an historischen und internationalen Vergleichen nicht gefehlt; wir wissen, daß die Bundesrepublik in dieser Hinsicht wieder einmal in Westeuropa eine reaktionäre Sonderrolle spielt und daß dabei angeknüpft wird an Traditionen aus dem Kaiserreich ebenso wie an die Ausschaltung von Kritik und Opposition im Faschismus durch den Vorwurf: das ist ein Jude, ein Marxist oder ein Freimaurer;

dargelegt wurde auch, daß manche Sozialdemokraten die Abgrenzung gegen links als Versuch der Reinwaschung von dem von Konservativen erhobenen Vorwurf betreiben, daß die SPD letztlich doch nur als eine Speerspitze der Kommunisten anzusehen sei; dazu gehört auch, daß sich einige Sozialdemokraten angesichts des Scheiterns von Reformpolitik in einer Wirtschaftskrise bedroht fühlen und Abgrenzungsbeschlüsse nach links für nötig halten, um die eigene Position zu behaupten.

Sicher kann man mit einer solchen groben Skizzierung nicht alle Argumente zusammenfassen, die in den fast fünf Jahren der Auseinandersetzung zusammengetragen sind.

Insgesamt aber gilt: Unsere Argumente sind nicht schlechter, die Argumente der Gegenseite sind nicht besser geworden; jedoch die Argumente zählen weniger, denn die politische Machtlage hat sich verändert. Viele Sozialde-

mokraten und viele Freie Demokraten haben der von der CDU/CSU angestrebten Behandlung sogenannter Radikaler einen Widerstand entgegengesetzt, der wenigstens in einigen Bundesländern einige Zeit dafür sorgte, daß die im Grundgesetz niedergelegten Verfassungspositionen nicht völlig ausgehöhlt worden sind. Gerade das Beispiel Hessen zeigt jedoch, daß es der Gegenseite durch Einsatz publizistischer Mittel gelungen ist, hier Einbrüche zu erzielen. Und es gibt viele unter uns, die nicht zugeben wollen, daß in der spezifischen Situation der Bundesrepublik der Appell an den antimarxistischen Schweinehund noch immer Widerhall findet und daß vorerst noch eine Mehrheit der Wähler und Eltern einem Lehrer, der Marxist ist, denselben Widerstand entgegengesetzt, den man vor Jahren denjenigen Lehrern entgegengesetzte, die nicht Mitglied einer christlichen Kirche waren. (Diese Tatsache schließt nicht aus, daß im konkreten Einzelfall die gesamte Elternschaft sich mit einem linken Lehrer solidarisiert, weil dieser guten Unterricht macht.) Das schafft in der Bundesrepublik in Bezug auf die Rolle marxistischer Lehrer eine spezifische Situation und eine ganz bestimmte Machtlage.

Die Argumente der Gegenseite sind nicht besser geworden, doch das politische Klima und die politische Machtlage haben sich verändert. Zu dieser veränder-

ten Machtlage gehört auch, daß die politische Argumentation an Bedeutung verliert, wenn erst ein gewisser Prozentsatz von Arbeitslosigkeit gleichsam zur Normalsituation geworden ist und die Rede von einer angeblichen Lehrerschwemme weiterhin akzeptiert wird. Wenn man erst unter vielen Bewerbern auswählen kann, können viele Kandidaten, die sonst mit einer politischen Begründung abgelehnt werden müßten, schon von vornherein ausgeschieden werden. Dann kann beispielsweise erklärt werden, daß bestimmte Fächerkombinationen, die für politisch suspekt gehalten werden, nicht mehr gebraucht werden, die Bewerber also nicht mehr in den öffentlichen Dienst gelangen können.

Die hier skizzierte Machtlage – die möglicherweise in diesem oder jenen Punkt modifiziert oder ergänzt werden muß – bestimmt das Feld unserer Möglichkeiten. Das heißt, daß die gegenwärtige Machtlage nicht dadurch zu verändern ist, daß die rationale Argumentation ersetzt wird durch einen meiner Meinung nach abstrakten Aufruf zum Widerstand. Wenn heute Widerstand gefordert wird, dann kann das für mich nur heißen: Durch welche von Massen unterstützten Argumente kann der Druck erzeugt werden, der stark genug ist, öffentliche Meinung und die durch sie bestimmte Machtsituation in der Frage der Berufsverbote zu verändern? Dazu vier Thesen:

Erstens: Die Formeln „Weg mit den Berufsverboten“ oder „Weg mit den verfassungswidrigen Ministerpräsidentenbeschlüssen“ bleiben zu abstrakt und treffen die gegenwärtige Situation nicht. Es bleibt auch zu einfalllos, wenn man denjenigen, die einem sogenannte Verfassungsfeindschaft vorwerfen, nichts anderes zu entgegnen vermag als die Replik: Ihr handelt verfassungswidrig.

Zweitens: Wir müssen deutlich machen, daß die durch den Ministerpräsidentenbeschluß vom 28. Januar 1972 eingeleitete Praxis nicht nur einige wenige sogenannte „Linke“ betrifft, sondern alle Bewerber für den öffentlichen Dienst und daß dadurch nicht nur erkämpfte Grundsätze des Beamtenrechts – beispielsweise das Recht auf die Einsicht in die eigene Personalakte und das Verbot der Führung von geheimen Personalakten – angetastet werden; es kann und muß gezeigt werden, daß die heute betriebenen Verfahren dazu führen können,

daß über jeden Staatsbürger der möglicherweise in den öffentlichen Dienst kommen kann, bei den Verfassungsschutzämtern geheime Akten angelegt werden, in der Spitzelberichte ebenso ihren Niederschlag finden wie die Unterschrift unter Flugblätter und Appelle oder die Kandidatur bei irgendeiner Wahl oder die Mitgliedschaft irgendeiner Gruppierung. Die Erfahrung zeigt, daß Mitglieder der SPD und der FDP dabei ebenso erfaßt werden können wie Mitglieder der DKP oder des KBW. Das CDU-Mitgliedschaft dagegen in jedem Fall schützt, markiert die Grenze der innerstaatlichen Feinderklärung. Das Grundgesetz zeugt noch heute davon, daß die Autoren unserer Verfassung auf Grund der Erfahrungen in Nazi-Deutschland und in bewußter Frontstellung gegen solche Praxis solch allgemeiner Beschnüffelung und Durchleuchtung einen Riegel vorzuschieben suchten. Die juristische Argumentation, die ich nach wie vor für wichtig halte, muß anschaulich sein und soweit wie möglich historisch vermittelt werden.

Drittens: Verfahrensfragen müssen – wie es das *AStA-Info* getan hat – in den Vordergrund treten. Solange bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst politische Verhaltensweisen eine Rolle spielen müssen als zentrale Punkte der Argumentation die beiden Fragen in den Vordergrund gerückt werden:

Wer entscheidet? und Was darf dabei berücksichtigt werden, mit anderen Worten: Wie wird entschieden?

Sowohl für die Unionsparteien einerseits als auch für die Koalitionsparteien andererseits gilt für die Frage „Wer entscheidet?“ die Antwort: die Verwaltung. Lediglich im Nachhinein sollen Gerichte Korrekturen vornehmen können – auf die der Betroffene jahrelang warten muß.

Hier gilt es mit aller Schärfe darzulegen, daß eine politisch begründete Ablehnung der Einstellung in den öffentlichen Dienst den Betroffenen faktisch zum sogenannten Verfassungsfeind stempelt und daher nicht von der Exekutive vorgenommen werden darf. Für die Verwirkung von Grundrechten – und als solche ist die auf sogenannte Verfassungsfeindschaft gestützte Nichteinstellung in den öffentlichen Dienst anzusehen – ist die ausschließliche Kompetenz in Art. 18 eindeutig dem BVerfG zugesprochen worden. Wenn diese Kompe-

tenz angesichts der politischen Machtlage nicht durchgesetzt werden kann, muß der Schwerpunkt der Argumentation gegen die gegenwärtig praktizierten rechtsstaatswidrigen Anhörungsverfahren gerichtet werden mit der Forderung, daß für diese Verfahren, die Grundsätze der im Verwaltungsstreitverfahren geltenden Rechtssätze eingehalten werden müssen.

Die wichtigste Forderung dabei lautet: Nicht der Bewerber muß darlegen, daß er kein Verfassungsfeind ist (was niemand beweisen kann), sondern die ablehnende Instanz muß inhaltlich begründen, warum ein Bewerber in seinen fundamentalen staatsbürgerlichen Rechten beeinträchtigt werden darf. Über die Bedeutung einer solchen Beweislastregelung und die Verfassungswidrigkeit einer Umkehrung der Beweislast ist bereits alles gesagt worden. Deshalb kann ich es bei dieser Anmerkung belassen.

Gegenwärtig kommt es darauf an, das einzuschränken, was vom Verfassungsschutz in solchen Verfahren vorgebracht werden kann. Der Verfassungsschutz hat selbst die Unterscheidung zwischen Material eingeführt, das „gerichtsverwertbar“ sein soll und solchem, das es nicht ist. Angeblich darf nur das „gerichtsverwertbare“ Material vorgelegt werden. Die Veröffentlichungen über die bisherigen Anhörungsverfahren zeigen, daß der Verfassungsschutz sich nicht an diese Auflage hält. Was besagt beispielsweise das Parken eines Autos in der Nähe einer kommunistischen Veranstaltung? Inwiefern ist Wohnen in einer Wohngemeinschaft „gerichtsverwertbar“ belastend, wenn in dieser Wohngemeinschaft beispielsweise ein Mitglied der DKP wohnt? Wieso ist es „gerichtsverwertend“ von Belang, wenn in einer Wohngemeinschaft von dem Betroffenen ein Telefon benutzt wird, das von der Liga gegen den Imperialismus als Kontaktstelle angegeben worden ist? Wird nicht einschneidend in die akademische Selbstverwaltung eingegriffen, wenn Äußerungen in solchen Gremien oder die Kandidatur auf einer Liste für eine bestimmte Gruppierung gesammelt werden und die Universitäten bei der Sammlung „Amtshilfe“ leisten? Hier zeigt sich, daß der Verfassungsschutz seine Struktur nicht verändert hat. Wie zu Zeiten der Kommunistenverfolgung in den fünfziger Jahren gibt es immer noch Kontaktschuld und dergleichen. Es ist wichtig,

daß solche Beispiele öffentlich gemacht werden und daß die Absurdität solcher Beschuldigungen von Gerichten festgestellt wird. Nur dann können wir verhindern, daß Anhörungsverfahren zu Inquisitionsprozeduren werden.

In diesem Zusammenhang taucht immer wieder die Frage auf: Soll man zu den Anhörungen gehen oder nicht? Nach allen Erfahrungen kann die Antwort nur JA heißen. Dabei ist – wenn nicht besondere Umstände dagegen sprechen – unbedingt Wert darauf legen, daß ein Begleiter (Professor, Kollege, Rechtsanwalt, etc.) anwesend ist und daß man wörtliche Protokollierung der Antworten verlangt bzw. bei der Protokollierung eines Ergebnisprotokolls nicht darauf verzichtet, wichtige Ergänzungen als Zusätze hinzuzufügen. Zu der Frage, welche subjektiven Faktoren im Anhörungsverfahren eine Rolle spielen, will ich an dieser Stelle nichts sagen. Ich verweise auf die wichtigen Ausführungen von Wolf-Dieter Narr in der *Kritischen Justiz* (1975, H. 2) und in *links* (Mai 1975, Nr. 66). Es gibt in der Linken nicht wenige, die in solchen Verfahrensregeln überhaupt keinen Schutz oder in den hier genannten Minimalforderungen bereits ein Aufweichen der harten

Front gegen die Verfahren überhaupt sehen. Sie werden angeben müssen, auf welche Weise sie dem von der Gegenseite in den letzten Jahren erzielten Bodengewinn anders entgegentreten wollen. Verfahrensregeln gewähren nie absoluten Schutz – aber jeder, der einmal von der Polizei festgenommen worden ist, weiß welche Bedeutung der bloßen Verfahrensregel zukommt, daß nach Ablauf des folgenden Tages ein Richter über die Festnahme entscheiden muß. Das Bestehen auf der Einhaltung strikter Verfahrensregeln darf daher solange nicht vernachlässigt werden, solange Bewerber im öffentlichen Dienst aus politischen Gründen abgelehnt werden. (Wenn unter vielen Bewerbern nur einzelne ausgewählt werden, sind im übrigen die Fragen „Wer wählt aus?“ und „Nach welchen Kriterien wird ausgewählt?“ von vergleichbarer Bedeutung.)

Viertens: Über den Kreis der inhaltlich Betroffenen hinaus, kann man viele gegen die gegenwärtigen Verfahren mobilisieren, die an der Form dieser Verfahren Anstoß nehmen oder aber – wenn auch nur indirekt – von der gegenwärtigen Praxis mitbetroffen sind. Ich meine die Verschleppung der Einstellungsver-

fahren, die auch bei denjenigen öfters länger als zwei Monate dauern, die der Verfassungsschutz als „unbelastet“ einstuft. Für Behörden, Schulen und Hochschulen haben solche Leerstellen oft empfindliche Nachteile. Die Erfahrungen der letzten Monate zeigen, daß es oft wirkungsvoller war, diese Interessen anzusprechen als darauf zu vertrauen, daß sich in der Bundesrepublik heute gegen die Verletzung von Verfahrensregeln ein ähnlicher Protest entwickelt wie beispielsweise in der *Spiegel*-Affäre.

Der Kampf gegen die „Berufsverbote“ ist heute wesentlich ein Defensivkampf um Rechtspositionen geworden. In der gegenwärtigen Situation sehe ich wenig Möglichkeiten, diesen Kampf offensiv zu wenden oder gar mit einer nicht nur formalen, sondern politisch-inhaltlichen Perspektive zu führen. Eines jedoch sollten wir dabei nicht vergessen: Auch in dem gegenwärtigen Kampf um formale Rechtspositionen verteidigen wir den Aktionsspielraum, den wir brauchen, um morgen noch *als Sozialisten* kämpfen zu können.

Jürgen Seifert

Rede auf dem teach-in am 3. Juni 1975 in der Universität Frankfurt am Main.

Buch

**laden
Verlag 2000**

**Studienliteratur
linke Verlagsprogramme**

**Frankfurt-Bockenheim
Jügelstraße 1 Studentenhaus
Buchladen
des Sozialistischen Büros
montags bis freitags
9 – 18.30 Uhr**

Politische Ökonomie · Pädagogik
Literatur zur Frauen- und Lehrlingsbewegung
Literatur aus der Arbeitswelt
Bücher und Zeitschriften
Politische Schallplatten Aktuelle politische
Kinderplatten und Kinderbücher



Die Scene, das Dorf. Das Dorf, die Scene.

Es gab im Land mehrere Dörfer, nahe der Stadt, die trugen den Ortsnamen: Die Scene. Wie vieles am Dorf, war schon von Anfang an sein Name rätselhaft, denn er bedeutet: der Schauplatz, der Auftritt. Schon seit vielen Jahren wohnen die gleichen Leute im Dorf. Untereinander kennt jedermann jeden. Meist grüßen sie einander auch nur mit den Augen oder einer flüchtigen Bewegung des Kopfes. Das macht: sie trennen sich selten. Ihre Begegnungen sind immer solche nach kurzer Abwesenheit. Selten wissen sie darum, einander eine Neuigkeit aus der Stadt mitzuteilen. Die Träger der Neuigkeiten begegnen oft ihrer eigenen Mitteilung aus dem Munde anderer, weil sich in der Enge des Dorfes Neuigkeiten ohne Zögern verbreiten. Eng ist das Dorf. Doch in seinen Gassen treffen sich die Dorfbewohner täglich und oft wissen sie, einander einen neuen Plan mitzuteilen. Manchmal führen sie ihn durch, manchmal nicht.

Die Dorfbewohner haben viel Arbeit. Darum haben sie Vereine gegründet. Es gibt viele Vereine. Was die anderen Vereine tun, ist dem Mitglied des benachbarten Vereins fern und unbekannt wie über Ozeane. Mit der Zeit hatten sich einige Vereine zu uneigennütigen Freimaurerverbindungen entwickelt, mit etlichen Logen, geheimbündlerisch, mit festen Ritualen und Initiationsakten.

Selten kommt ein Besucher aus der Stadt, und er bereist das Dorf wie ein fernes Land. Oft sieht er die Dorfbewohner, die einander „Genossen“ nennen, auf einem Fest im Freien auf einer großen Wiese, die inmitten eines Kiefernwaldes liegt. Dort reden sie, trinken, rauchen, machen Musik und tanzen, kleine Kinder laufen nackt in der Sonne unter den Erwachsenen, Männer gehen umschlungen durch die Menge, auch Frauen, manchmal halten sie an, um sich zu küssen. Keiner unter den Anwesenden begehrt auf, sie sehen die Szene gleichgültig und ohne Zorn. Von dem, was der Fremde aus der Stadt sieht, findet er vieles anziehend, manches abstoßend. Verwirrt reist er wieder in seine Stadt und erzählt den Freunden von dem Dorf, das seine Bewohner die „Scene“ nennen. Einige von ihnen kennt er von früher. Damals haben sie noch in der Stadt gewohnt. Jetzt kommen sie nur alle Vierteljahre in die Stadt – das ist immer wie ein Gewitter. Wenn Straßen in der Stadt gesperrt sind durch die Polizei, die Polizisten mit schweren Helmen und Waffen scheinbar kopflos, in Wirklichkeit aber zielsicher durch die

Stadt rennen, dann sind wieder Leute aus dem Dorf in der Stadt zu Besuch. Ihren Besuch sieht er trotzdem nicht ohne Sympathie. Manchmal läuft er unter ihnen. Aber danach wünschte er doch, sie würden auch in der Stadt wohnen, wie er, und öfters mit ihm und seinen Freunden reden oder doch wenigstens ihnen erklären, warum sie nicht in der Stadt wohnen.

Nach den Besuchen der Vereine aus dem Dorf suchen nicht selten Polizisten aus der Stadt das Dorf auf. Nicht nur einer kommt, oft sind es viele hundert. Und sie kommen nicht aus Freundschaft oder Neugier, sondern weil sie einen Auftrag haben. Noch wenn sie viele Kilometer vor dem Dorf sind, summt es darin schon von dem Ruf: „Die Bullen kommen!“ Im Dorf selbst schlagen sie die Genossen und zerstören ihr Eigentum – oft nur darum, weil sie anders leben und denken als die Städter.

Jeden Abend treffen sich die Dorfbewohner in einer der sieben Kneipen, die es inzwischen gibt. Den meisten Besuch erhalten die Lokale, die von Ausländern gefüllt werden, weil es dort mehr Menschlichkeit gibt. Vom Wirt werden sie wie Freunde erwartet.

In den Wirtschaften reden die Bewohner des Dorfes in dem ihnen eigenen, eigentümlichen Dialekt: statt „reden“ sagen sie „kommunizieren“, statt „Entbehrung“ „Frust“, statt „Ereignis“ „Kiste“. Den Fremden ist diese Sprache rätselhaft, wenn sie das Dorf besuchen. Sie nennen ihn den „Geheimcode“ der Dorfbewohner. Sie nehmen auch wahr, daß sie argwöhnisch angesehen und selten aufgenommen werden. Wenn sie aber vom Dorf aufgenommen werden, müssen sie dort Wohnung nehmen. Den Dialekt erlernen sie schnell, denn der Wortschatz ist klein. Später gewöhnen sie sich auch daran, die Trachten des Dorfes zu tragen. Das Wesen dieser Über-einkunft ist ihnen dunkel, aber danach zu fragen, wagen sie nicht.

Abends in der Dorfkneipe sprechen die Genossen über das, was vor fünf, sechs Jahren in der Stadt vorgefallen ist, als sie selbst noch dort wohnten – darüber, wie noch die Welt brodelnd war, die Gedanken kühn; über die Zeit, als die Revolte als der Stein des Anstoßes auf allen Gassen und Straßen lärmt, der Spott über den häßlichen Bürger, als sie die Bedürftigkeit erkalteter Bedürfnisse in den Konsumläden verlachten, die bürgerlichen Tugenden, die Sparsamkeit und den Fleiß sinnloser Leistung. Die Welt der häßlichen Bürger war nach der Re-

volte der Genossen in der Stadt noch ohne Sprünge. Doch der häßliche Bürger selbst, die alte Spottfigur? Er hatte sich behauptet, und seine neue Stärke gab den Genossen zu denken: „Vielleicht war die Dämmerung der neuen Welt und des neuen Menschen doch nur ein letztes Aufbäumen, die Empfindung vom Ende des Bürgers, in dessen Verlauf sich breit alle herrschaftlichen Eigenschaften des neuen Bürgers geltend machten?“ Es war nichts mehr, wie es die Genossen in den Büchern gelernt hatten: die Arbeiter beehrten nicht auf, sie machten sich selbst die alten bürgerlichen Tugenden, Fleiß und Sparsamkeit, zu eigen, und der Bürger, einzeln eine Spottgeburt, die Herrschaftszentren der Reichen über viele Länder verteilt, die Staaten selbst: nur noch Zwiebschalen.

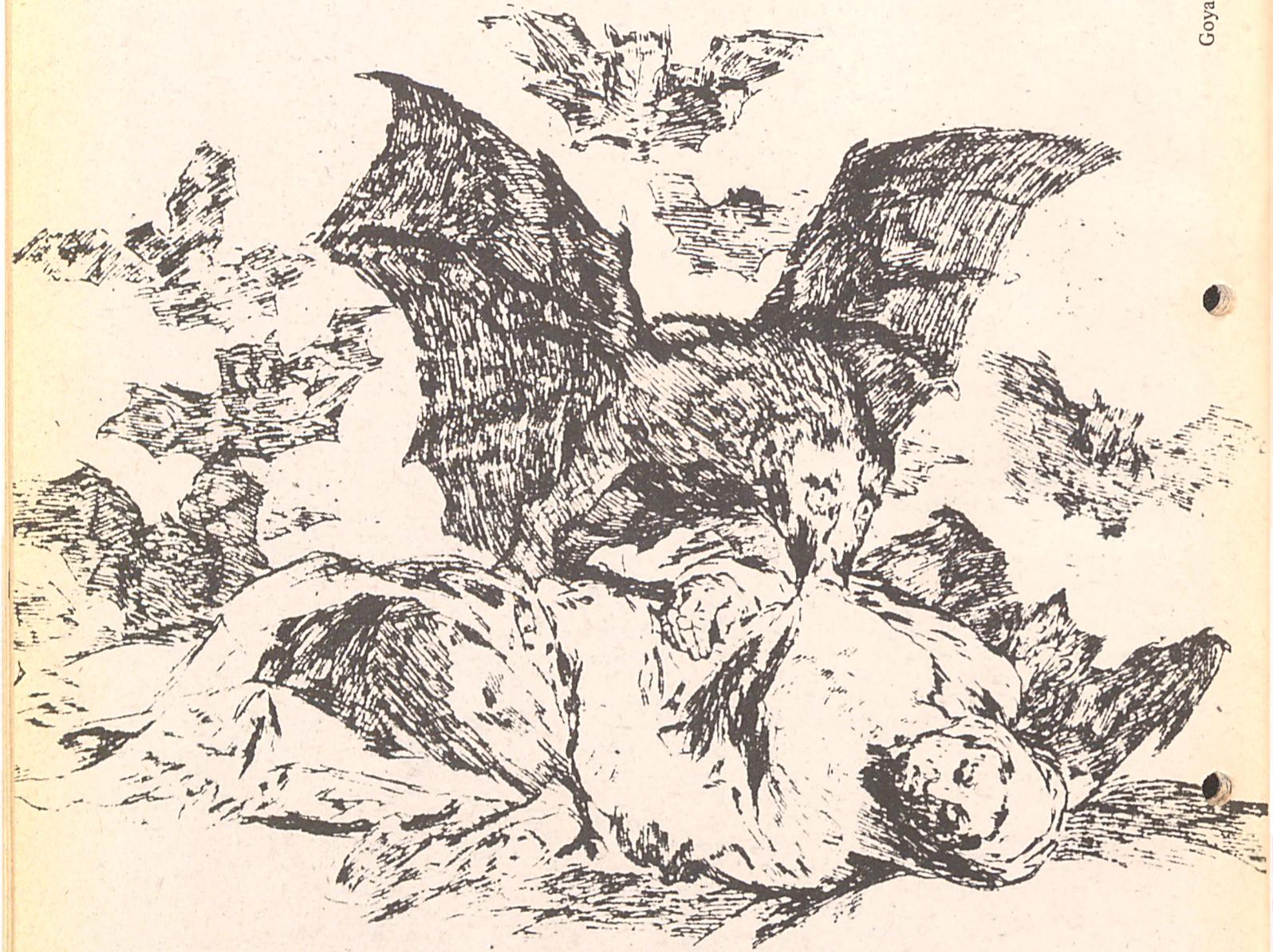
Die jungen studentischen Parteien aus dem Dorf und ihre Aktionen verzweifelter Wut wollten den anderen Genossen des Dorfes nur wie ein Ausdruck der Kopfkrankheit einer todkranken Gesellschaft scheinen. Für die meisten Dorfbewohner waren diese Parteien ohne Hoffnung auf eine heimatliche Zukunft von freien Menschen. Sie wollten den neuen Menschen und fanden in den Reihen jener Parteien oft nur den alten Spießier. Sie wußten nur, wie sie *nicht* leben wollten, nicht aber, für welches Leben sie kämpfen wollten. Nur die Genossen der neuen Parteien wußten, wofür sie kämpften, und doch nur darum, weil sie immer wieder das Bilderbuch der Geschichte aufschlugen. Um sie herum veränderte sich alles – nur sie selbst blieben sich gleich. So wurden sie oft eine Glosse der Geschichte alter Kämpfe, deren Heroik und Tragik sie in einem zwerghaften Wuchs nachahmten.

Fast allen Genossen des Dorfes verweigerte der Staat inzwischen die Arbeit außerhalb ihres Dorfes. Lehrer, Ärzte, Anwälte sollten sie nicht mehr werden, und wer nicht den Glauben der Polizei teilt, sollte gar keine Arbeit mehr bekommen. Dafür hatten sie ein neues Gesetz über „Gedankenverbrechen“ geschaffen.

„Verbraucht alle Kohle; sinnlos die Schaufel; Kälte atmend der Ofen; das Zimmer vollgeblasen von Frost,“ dachten die Dorfbewohner manchmal abends in ihren Häusern, in Erinnerung an Bücher, die sie früher gelesen hatten. Dann faßte sie die heimliche Sehnsucht, wieder in die Stadt zu gehen, dort zu wohnen, zu leben, andere zu gewinnen, denn was, so sagten sie, schaffen wir allen?
Peter Mosler

Suche nach Sinn, Versuche, sich einzuholen.

Goya



Ein auffälliger Tod

Ein individuelles Leben, ein Freund; für die meisten derjenigen, die dies lesen, einfach ein Mensch, ein Student oder irgendeine abstrakte Figur. Das Lebensende: durch Selbstmord am 1. August 1974 in der Mittagszeit, auch „individuell“. Für viele alltäglich, eine Dummheit womöglich, eine Sinnlosigkeit. Für einige bestenfalls ein Grund zur Presse-notiz. So intensiv sein Leben, so eindringlich sein Tod. Er hatte das fragwürdige Glück, eine Person öffentlichen Interesses zu sein. So zufällig die Bedeutung war, die J. durch die Zeit als Vorsitzender des Allgemeinen Studentenausschusses der Universität 1971/72 erlangt hat, so zufällig ist auch das Interesse der Medien gewesen, als sein Tod bekannt wurde. Wo das allgemeine Verstehen und

Bedenken individueller Konsequenz in Berichterstattung aufgeht, wo moralischer Protest in Zusammenhang mit J.'s Strafverfahren wegen einfachen Hausfriedensbruchs neue Strafverfahren von Universitätsbürokratie und Staatsanwaltschaft provoziert; wo Herrschaft weiter mit der ihr eigenen Kälte mauert, da wird grundsätzlich der Sinn in Frage gestellt. Der Markt ist überall, und seine Mechanismen beschädigen.

Meinungen, Vorurteile, der Moloch von Begriffen können schon schaffen, daß sich ein Sinn herstellt: Selbstbestätigung der Leser.

Im Gegensatz zum öffentlichen Verkehr der privaten Bürger – wo öffentliche Trauer in privater Kondolenz zum Stehen kommt –, haben die, die mit J.

gelebt und für die Realisierung gemeinsamer, vor allem auch politischer Vorstellungen gestritten haben, ein Interesse daran, in ihren politischen Lebens- und Arbeitszusammenhängen den Selbstmord ihres Freundes nicht zur privaten Angelegenheit verkümmern zu lassen.

Versucht man, sich zu erinnern, wächst die Schwierigkeit, das Hölzerne der Worte zu vermeiden. Individuelles und Allgemeines an einem politischen Leben . . . wie nichtssagend kann doch Sprache sein. Sie läßt gerade noch die Möglichkeit zu formulieren, daß einem davon eigentlich übel wird und daß es schwer ist, solche Begriffe zu vermeiden. Wie oft passen Sätze und verbergen ihre Unwahrheit, weil sie das Wirkliche schon wieder verändern. Der Sprache und den Begriffen nicht mehr von vornherein zu trauen, war eine Erfahrung, die J. mit vielen kritischen und linken Intellektuellen teilte. Das Bewußtsein vom oft hohen Charakter begrifflicher Formulierung und von der Möglichkeit, die Realität begriffsimperialistisch zurechtzustutzen, hat J. vor allem auch durch die stete Veränderung und Verunsicherung seiner eigenen politischen Vorstellungen erlangt. Einen sprachlichen Gegenpol zu kalter Begriffssystematik – dem Studium der Kritik der politischen und mit ihr auch ihn, der damals in den SHB (damals: Sozialdemokratischer Hochschulbund) eintrat – hat er sich schon mit 15, 16 Jahren geschaffen und erhalten. Er schrieb Gedichte und Kurzgeschichten; spielerisch schuf er mit Worten und Taten, des Leids und der Hoffnung auf Glück phantasievolle und märchenhafte Welten des realen Erlebens, in denen Utopisches mit Aktuellem sich verknüpfte. J. brachte primär sein subjektives Erleben und nicht explizit Politisches zur Sprache. Er verehrte Günter Eich, bewunderte aber auch die „glanzvolle“ Systematik von Karl Marx. Lange Zeit existierte für ihn die Trennung in eine private literarische Ebene der Äußerung von Subjektivität und eine Form öffentlichen Auftretens, orientiert an objektiven Kriterien gesellschaftlicher Strukturen und Bewegungen wie des Imperialismus, der Krisenphänomene, Tendenzen der kapitalistischen Akkumulation, dem Problem der Übergangsgesellschaften des „realen“ Sozialismus. Als politische Arbeit verstand er damals, zentrale Bestandteile des weltumspannenden imperialistischen Systems bewußt zu machen. Während seiner Zeit im Allgemeinen Studentenausschuß setzte er sich vorwiegend für die unterdrückten Völker der Dritten Welt ein. Die Identifikation mit dem entfernten Elend, mit den Theorien von Marx, Engels, Lenin, Grossmann, Paul Mattick etcetera, markiert einen wichtigen Punkt in J.'s Leben. Gedichte oder Geschichten schrieb er kaum noch. Er „vergaß“ sich als bedürftiges Wesen. Eine Zeit lang existierte er als so genanntes Politmonster.

Die Gewalttätigkeit, das Leben dieser widersprüchlichen Person in widersprüchlichen Verhältnissen in „durchlebte Phasen“ zurechtzustutzen oder ihn diversen politischen Gruppierungen formal zuzuordnen, soll hier vermieden und bei J. von Orientierungssuche, Sehnsucht nach Sinn gesprochen werden. Und diese Bemühung, sich selbst, seinen Hoffnungen und Bedürfnissen vermittels politischer und gesamtgesellschaftlicher Veränderungen eine praktische kollektive Lebensbasis zu geben, sich einzuholen, war bei ihm immer durchsetzt von der Euphorie und Resignation der Studentenbewegung und von der Erfahrung der Distanz von der Arbeiterklasse. Es dröhnt noch in den Ohren, wie J. bei einer Demonstration gegen den Vietnamkrieg vital und mit ansteckendem Engagement „Solidarisieren, mitmarschieren!“ brüllte und sein weiter Blick und sein verkrampftes Gesicht dennoch die bittere Distanz offenbarten zu den Beobachtern und Beschimpfern an den Straßenrändern. Die kapitalistische Gesellschaft begreifen, ohne praktische Chancen grundsätzlicher Änderungen, heißt Leiden zu erfahren. Dieses Leiden hat nur eine kollektive Chance der Verarbeitung: dessen war sich J. immer bewußt.

Bei J. und vielen anderen hat der Versuch einer langfristigen politischen und lebenspraktischen Orientierung jeweils auch zeitlich unterschiedliche Schwerpunkte gehabt. Der Motivation zur Aufnahme des Psychologiestudiums im Wintersemester 1968/69 entsprach sicherlich die Hoffnung auf Lösung individueller Probleme und Nöte. In diese Zeit fiel auch sein Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer, dem erst 1973 stattgegeben wurde.

J. hat sich dem Psychologiestudium wohl wenig gewidmet, wahrscheinlich, weil es seinen Erwartungen zu wenig entsprach, aber auch, weil er in einer Schülerprojektgruppe zeitlich stark engagiert war. Diese Gruppe stellte die anti-autoritärste Fraktion des SDS dar. Ihr Programm war aktionistisch, die Forderungen (zum Beispiel freies Verteilen der Pille an den Schulen) ohne längerfristige (Zeit-)Perspektive. J. suchte im allgemeinen Auflösungsprozeß der Studentenbewegung – und mit ihr auch der Schülerprojektgruppe – Lösungen und Sinn in der Nähe der Drogensubkultur, wovon er sich später wieder radikal distanzierte. 1969, zu einem Zeitpunkt, als die antikapitalistische Studentenbewegung sich des Proletariats als revolutionärem Subjekt erinnerte, bildete sich eine Betriebsprojektgruppe, der sich auch J. anschloß. Im Sommersemester 1970 wechselte er zum Studium der Politikwissenschaft und Soziologie über. Aus der Betriebsprojektgruppe entstand der Spartakus, – eine theoretische und praktische Entwicklung, die J. zunächst mitvollzog. Zweifel und Skepsis entzündeten sich bald an dem Zwiespalt zwischen der

Version eines freiheitlichen, egalitären Sozialismus, in der Tradition Rosa Luxemburgs etwa, und purer Apologie neuerlicher Herrschaftsverhältnisse in den Staaten Osteuropas. Die Ablösung von derlei Affirmation vollzog sich über die Reflexion der Problematik der „Übergangsgesellschaften“. Dieser Prozeß fiel zusammen mit der Gründung des SHB an der Universität, dem J. betrat.

Die Diskussion über eben jene Übergangsgesellschaften war später eine der Ursachen für die Spaltung des SHB. Die sowjetische Unterstützung des faschistischen Schah-Regimes in Persien (aktuell zur 2000 Jahr-Feier Persiens) provozierten J.'s Kritik und Engagement. In der Zeit bei SHB und später bei dessen „linker“ Fraktion, dem SHB/SF („Sozialistische Fraktion“), in die auch seine Tätigkeit als ASTA-Vorsitzender fiel, waren Kritik an Herrschaftsverhältnissen und politische Perspektiven vor allem Produkte des Kopfes. Die begriffliche Systematik bot J. ein hohes Maß an Identifikationsmöglichkeiten und auch an psychischen Gratifikationen durch Anerkennung von seiten anderer Genossen. Subjektiv und objektiv schien langfristig Sinn verbürgt zu sein. Die Abgehobenheit der Form und des Inhalts in der praktischen (vorwiegend Agitation und Mitgliederversammlungen) und theoretischen Arbeit (Strategiedebatte; Diskussionen von Marx, Grossmann, Paul Mattick, Rosa Luxemburg) von realen gesellschaftlichen Prozessen wurde noch nicht unmittelbar zum Problem. So konnte sich der SHB/SF, durch Konkurrenz geschüttelt und auch in seiner politischen Perspektive verunsichert, nicht mehr lange am Leben halten. Der Zerfall kam dann rasch.

Der Strafantrag des Universitätspräsidenten gegen J. nach der Aktion zur Herstellung der Öffentlichkeit des Senats im Dezember 1971 konnte wegen dieser Desorientierung und Zersplitterung – obwohl konzipiert – nicht durch massenhafte Selbstanzeigen gekontert werden. So wurde der anstehende Prozeß zunehmend zur Privatsache von J.

Im Jahr 1972 – und das gilt nicht allein für J. – zerfielen viele persönliche Beziehungen aus den ehemaligen Gruppenzusammenhängen, und der Sinn der bisherigen politischen Arbeit war so grundsätzlich wie nie zuvor in Frage gestellt. Die in J.'s Person zusammenfallenden Widersprüche führten innerhalb kurzer Zeit zu einem Bruch mit dem Vergangenen, zu einer Neuorientierung, die das rigide Politikverständnis auflöste. Die Wiederentdeckung der eigenen Bedürfnisse, die Loslösung von dem Zwang, andere zu agitieren, der Überdruß an übersinnlichen Kategorien ließen ihn ein neues Politikverständnis entwickeln. Stärkeren Stellenwert gewann jetzt die Wohngemeinschaft (in veränderter personeller Zusammensetzung), in die er 1971 eingezogen war. J. löste sich mit anderen

von der Fixierung seiner politischen Praxis an Arbeit in Universitäts-Gremien und von der Fixierung seiner theoretischen Anstrengungen an abstrakte Begrifflichkeit. Es kam jetzt vielmehr darauf an, auch Politik für sich zu machen, veränderte, konkurrenzfreie Lebens- und Arbeitszusammenhänge zu schaffen.

Ein Kreis antiautoritärer, undogmatischer Studenten entstand Ende 1972, in dem sich J. mit anderen Genossen aus existierenden oder zerfallenen politischen Gruppierungen und Anfängerstudenten wiederfand. Thematisiert wurden Probleme, die die Individuen unmittelbarer berührten als vormals. Diskussionen über zwischen-menschliches Verhalten, über Gruppenstrukturen, über die alltägliche Wohn- und Arbeitssituation an der Universität eröffneten die Dimensionen für die Gestaltung und Veränderung des eigenen Lebens. Charakteristisch war, daß die vermeintlich verstaubten Emanzipationsbegriffe der Studentenbewegung wieder Bedeutung bekamen. Politische Arbeit sollte nicht mehr abstrakt, sondern zusammen mit den individuellen Bedürfnissen gedacht und gemacht werden. Das Subjektive in der Revolution wurde (wieder)entdeckt. In dieser Zeit veränderte sich J. rapide vom ehemaligen „Politmonster“ zu jemandem, der sich in erster Linie als Mensch und erst in zweiter als politisches Individuum begriff. Ab Wintersemester 1972/73 arbeitete er als studentischer Tutor am soziologischen beziehungsweise politikwissenschaftlichen Seminar. Dort versuchte er mit anderen zusammen, den Universitätsbetrieb praktisch zu verändern, und das sowohl inhaltlich als auch in den Verhaltensmustern. Kleine Gruppen sollten versuchen, die Studieninhalte selbst zu bestimmen, neue Formen zu finden und zu praktizieren. Die Einzelnen sollten, so weit wie möglich, aus ihrer abstrakten Existenz, als nur aus Kopf bestehendem Student und Tutor heraustreten und sich gegenseitig als konkrete Menschen vermitteln. Die Totalität dieses konzeptionellen Anspruchs, den J. maßgeblich mitformulierte, ließ Erfolgserlebnisse verschwindend klein erscheinen, und zurück blieb ein Gefühl, wieder gescheitert zu sein. Die Erfahrung der Tutorarbeit machte die Grenzen spürbar, die jener Konzeption dadurch gesetzt waren, daß sie im Rahmen institutionalisierter universitärer Lehre umgesetzt werden sollte.

Vieles von dem, was in jener antiautoritär-undogmatischen Gruppe angesprochen wurde und unter anderem auch auf die Tutorarbeit einwirkte, blieb nur Angesprochenes, wie zum Beispiel auch die praktisch-politische Überschreitung der Grenzen der Universität und die kollektive Organisation von Examen und Beruf. Die Gruppe zerfiel vor allem an den überhöhten Forderungen nach faktischer Egalität, nach

Konkurrenzlosigkeit, nach Solidarität und Auflösung von Autoritätsstrukturen, Ihr gelang es nicht, eine inhaltliche und zeitliche Perspektive zu entwickeln, wobei die „Leidensgeschichte der Mäßigung des Anspruchs“ (Brückner) hätte womöglich gemeinsam aufgefangen werden können. Das Zeitprinzip des Hier-und-jetzt, das sich in fast allem fand, was J. unternahm, forderte, anstrebte, wirkte im Zerfallsprozeß der Gruppe umso desillusionierender als vitale subjektive Bedürfnisse hervortraten, die nicht mehr so leicht zu verdrängen waren. J. verlor die Fähigkeit, Konkurrenzen zu ertragen und durchzustehen. Der Abbau an Panzerungen mit Bedürfnissen nach einem neuen solidarischen Verkehr in einer für die Linke äußerst ungünstigen Zeit führte bei ihm zu einem Rückzug von kontinuierlich nach außen gerichteter politischer Arbeit. Er begriff sich selbst nicht mehr als politischen Initiator, sondern eher als selbst zu mobilisierendes Potential. Als die Faschisten in Chile putschten, gehörte er dennoch wieder zu den ersten, die eine sinnvolle und umfassende Information der Bevölkerung in die Hand nahmen. Er war wütend über die, die lauthals verkündeten, schon immer gewußt zu haben, daß die Volksfront einem Putsch zum Opfer fallen werde. Seine fundamentalen Lebensinteressen versuchte er aber nicht mehr über „Politik“ zu transportieren, sondern im unmittelbaren Lebensbereich – vor allem in seiner Wohngemeinschaft – umzusetzen. Ihm wie so vielen anderen war es noch nicht gelungen – und dies bezeichnet ein allgemeines Problem der undogmatischen Linken –, eine geglückte Verbindung von individueller Emanzipation, beziehungsweise der Realisierung individueller Bedürfnisse, und einer sinnvollen praktischen politischen Arbeit als Lebensperspektive zu entwickeln. Er begann wieder, mehr Gedichte zu schreiben. Er schrieb ein Märchen und versuchte im Winter 1973, mit anderen eine Theatergruppe zu stabilisieren, die nach anderen Ausdrucksmöglichkeiten zur Darstellung der eigenen Situation suchte, als sie abstrakt bleibende Begriffe hergeben. Er lehnte dabei die instrumentelle Beziehung zwischen Theatermachen und politischer Agitation ab. Er wollte vielmehr sich selbst über die Gruppe finden und einholen. Nach knapp einem halben Jahr zerfiel der Kreis an dem Problem der politischen Funktionsbestimmung, gerade als J. sich vornahm, ein Theaterstück zu schreiben.

Der lautlose Hieb

In diesem Winter fand auch der Prozeß gegen ihn statt. Eine Vergangenheit verfolgte ihn, mit der er sich nicht mehr bruchlos identifizieren konnte. J. plante Neues, einen Buchladen vielleicht, Examen zu machen, zu sehen, wie man auch in dieser und zugleich gegen diese Gesellschaft glücklich leben kann, ohne auf die Aktualität der Revolution oder deren verwässernder Verschiebung auf den

Sankt-Nimmerleinstag verwiesen zu sein. Der Prozeß hatte ihn sichtlich getroffen. Mehr als die Verurteilung zu 500 Mark Geldstrafe traf ihn der Prozeßverlauf, die Härte, mit der eine „freie“ Institution sich bei einer Bagatelle gebärden kann, wenn es um Linke geht. In der Wohngemeinschaft hatte sich für J. und die anderen Mitglieder eine zarte zerbrechliche Identität entwickelt, anders miteinander zu leben, als es den Schemata dieser Gesellschaft entspricht. Die Versuche, gemeinsames Leiden politisch einzuklagen, hatten sich immer mehr konkretisiert, und J. hatte am vehementesten darauf bestanden, Politik aus ihrer Abstraktheit herauszuholen, sie als Verwirklichung gemeinsamer menschlicher Bedürfnisse und Hoffnungen zu verstehen. Die Fähigkeit, sich gegenüber der Brutalität, die sich durch alle Lebensbereiche zieht, wehren zu können, waren bei J. von einer Sensibilität für Menschliches, für Menschen begleitet, die existentielles Fühlen und Miterleben hervorbrachte und nicht Zynismus.

Hoffnungen und Wünsche, aus verkorksten Strukturen herauszukommen und sich in unsichere Gewässer zu begeben, sind immer durch die Faktizität der schlechten Realität bedroht. Der Lautlosigkeit der Hiebe, die uns treffen und die wir uns gegenseitig versetzen, entsprechen auf der anderen Seite die lauten Hiebe, wie sie der institutionell-staatliche Repressionsapparat austeilte. J. hatte in seinem Prozeß eine gezielte Lektion hierüber erhalten. Gelingt es uns selbst einmal, die Stille der Gewalt zu durchbrechen, uns zu wehren gegen das, was uns zerstört (zum Beispiel durch andere Lebensformen und -inhalte), dann wird von außen über unser Leben verfügt. J. hatte sich gegen die Hybris der Macht in ihren universitären Erscheinungsformen gewehrt und wurde von denen, die an dieser Stelle den Hebel in der Hand halten, in lautlosem Zusammenspiel mit denen, die an anderer Stelle dazu da sind, Menschen einzusperren, dafür bestraft, den „Frieden des Hauses“, sprich die Lautlosigkeit der Gewalt, gebrochen zu haben. J. hatte sich emotional sehr weit von seinem Prozeß entfernt, ihn als ein Stück übler Realität in Erinnerung. Die Nachricht von der Einleitung von Ermittlungsverfahren wegen Meineids, beziehungsweise falscher eidlicher Aussage gegen seine Entlastungszeugen muß ihn wie eine Hiobsbotschaft getroffen haben. Jegliches Vertrauen in die Gerichtsbarkeit war zerstört worden. Dies und das Verantwortungsgefühl gegenüber seinen Entlastungszeugen trieben ihn in eine Spannung, die in ihm das Neue und Hoffnungsvolle zerstörten. Zurückgeworfen auf sich, fand er nicht mehr den Weg zu den Menschen, die er liebte und die ihn auch liebten.

Walter Freund
Frankfurter Hefte, 4/75

Von der Raubdruckbewegung zum linken Verlag.



Illustration Don Wilson

1964 begann die Produktion der linken Raubdrucke, Texte, welche die Linke brauchte, Wilhelm Reich, Georg Lukacs und andere. Georg Lukacs, „Methodisches zur Organisationsfrage“ erschien als Raubdruck mit dem Klappentext *„Diese Broschüre ist eine Waffe. Jeder Genosse muß sie gut kennenlernen und gut verwenden.“*

Die Raubdruckproduktion entwickelte sich anfangs unter dem Stigma des naturwüchsigen, anarchischen Geschäfts. Die Drucke waren von schlech-

ter Qualität, Vertriebsorganisationen der Linken gab es nicht, Doppeldrucke desselben Titels in verschiedenen Städten waren keine Seltenheit. Zur gleichen Zeit entstanden die ersten linken Verlage, neue Kritik, Oberbaum, Wagenbach und Voltaire, und die ersten linken Buchläden, meist aus sozialistischen Vertriebskollektiven des SDS hervorgegangen, zuerst „spartakus“ in Hamburg, dann „Libresso“ in Frankfurt und andere. Der Buchhandel der Linken nahm sich vor, ein neues Produktions- und

Distributionsmodell zu entwerfen und zu verwirklichen. Die Buchhandlungen sollten in der verheißungsvollen Parole der Gegengesellschaft „Stützpunkte“, Kristallisationspunkte der linken Öffentlichkeit sein. Sie waren getragen von einem heroischen Begriff der Öffentlichkeit in der Revolte, der sich „auf die Zerschlagung der Geheimpraxis der traditionellen Öffentlichkeit“ richtete (Negt/Kluge).

Eine Binnenlogik des Kapitals zwang die Genossen aus dem Bereich des Buch-

handels
und der
Buchproduktion
den naturwüchsigen
Wucherungen ihrer
Arbeit zu steuern. 1970
entstand in Berlin und
Hamburg eine Raubdruck-
kooperative gegen Konkurrenz-
zwang, Doppeldrucke, für die
konstante Lieferbarkeit der Titel,
einheitliche Preise, Buchhandels-
rabatte. Daraus entstand wenig später
die Initiative, den Verband Linker
Buchhändler (VLB) zu gründen, der
den kollektiven Zusammenhang der am
linken Buchhandel Beteiligten auf-
bringen sollte. Im selben Jahr schließen
sich in Berlin drei linke Buchläden
zu einem Kollektiv (WBK) zusammen.
Es ging um Koordination, Profitab-
fuhr an Genossen und gemeinsame Wer-
bung. Der VLB setzte sich zu Beginn
zum Ziel, die linken Buchprodukte nicht
an explizit reaktionäre Buchhandlungen
zu vertreiben. Aus diesem Grund ent-
stand der Beschluß des Zuliefer-
Boykotts an die Montanus-Kette. Beim
Wachsen der linken Projekte siegte
schließlich die kapitalimmanente Ra-
tionalität der Ökonomie gegen die poli-
tische Forderung des Montanus-Boykotts.
Die linken Verlage wollten das Ghetto
der linken Buchläden verlassen und in
die bürgerlichen Buchläden gelangen. So
ist der Montanus-Boykott gefallen, zu-
erst durch Oberbaum.

Die politische Legitimation der lin-
ken Buchhandlungen wurde immer brü-
chiger. Das führte dazu, daß diese Legiti-
mation von außen bezogen wurde, von
Parteien und Organisationen der Linken.
Das heroische Öffentlichkeitsideal aus
der frühen Erfahrung der Revolte
schrumpfte zusammen, zum Anspruch
einer restringierten Öffentlichkeit *einer*
Partei, *einer* Organisation. Mit der Ent-
mischung der Bewegung vollzieht sich
die Entmischung der Buchproduktion,
-distribution und der Käufergewohnhei-
ten. In Frankfurt gibt es gegenwärtig
(Februar 1975) 7 linke Buchhandlungen,
die meisten im Bereich des Univer-
sitätszentrums gelegen: Libresso, der erste
Buchladen der Linken am Ort, jetzt
KPD-ML-orientiert, Karl-Marx-Buchhand-
lung, ein Geschäft der Sponti-Linken,

eine Buchhandlung des
Sozialistischen Büros (Buchladen 2000),
ein trotzkistischer Buchladen, 2 Buch-
geschäfte der DKP. Ein Buchladen des
KBW (Polibula) wurde zur Jahreswende
von der Organisation geschlossen. Die Um-
satzzerwartung ist in Frankfurt von den
Käufern, im Angesicht der früher acht
linken Buchläden, nicht gedeckt wor-
den. Der allgemeine Rückgang der linken
Bewegung führte zu einem Rückgang des
linken Buchmarktes. Es werden absolut
weniger Bücher gekauft, und es hat einen
Wechsel der Käufergewohnheiten der
Linken gegeben. Die Parteilinken gehen
in einen Laden, in dem sie erwarten
einen Stalin-Text kaufen zu können, die
Sponti-Linken dorthin, wo sie glauben,
einen Text über die Klassenkämpfe in
Italien zu finden. Vor allem in den Par-
teibuchläden hat die neue restringierte
Öffentlichkeit ein restringiertes Sorti-
ment gefordert: Kritische Theorie, Psy-
choanalyse und Trotzkismus werden
nicht mehr geführt.

Die Studentenbewegung hatte ur-
sprünglich ein massenhaftes Lesebedürf-
nis nach Büchern geschaffen, die von den
bürgerlichen Verlagen selektiert waren.
Damit begann die Raubdruckproduk-
tion von Adorno, Horkheimer, Reich,
Korsch, Lukacs und anderen als natur-
wüchsiger Akt der Produktion und Di-
stribution. Die meisten Doppeldrucke
gab es von Wilhelm Reich, „Massenpsy-
chologie des Faschismus“ : 14 Stück.
Darin drückt sich das Erlebnis des auto-
ritären Zwangscharakters von Bürgern in
der politischen Erfahrung der Studenten
aus. Es ging darum, diesen Autoritaris-
mus mit der Säure materialistischer
Theorie nackt zu waschen. Noch die le-
gale Neuedition von Wilhelm Reich stand
später vor den Schwierigkeiten, daß die
Erben Reichs Texte sperren. Am Fall
Nietzsche hat W. Benjamin dieses Vor-
gehen mit der Bemerkung quittiert: „An-
läßlich der Debatte über die Schutzfrist
der Werke der Kunst und Literatur hat ...
,Die Literarische Welt' die Forderung
nach einer Lex Nietzsche erhoben, die
den schriftstellerischen und künstleris-
chen Nachlaß ganz allgemein gegen un-
verantwortliche Behandlung durch Er-
ben sicherzustellen hätte“¹⁾.

Durch die Subversivdrucker der Lin-
ken witterten die bürgerlichen finanz-
starken Verlage eine Chance auf dem
Buchmarkt, die sie zuvor nicht wahrge-

nommen
hatten, und
brachten Raub-
drucktitel als Taschen-
bücher heraus; sauberer
gedruckt und gebunden,
in größerer Auflage und
einem verlässlicheren Vertriebs-
system. Gleichzeitig wurden die
Preise des bürgerlichen Buch-
marktes durch die Raubdruckpro-
duktion gedrückt. Mandel, „Marxi-
stische Wirtschaftstheorie“ erschien
zuerst bei Suhrkamp zu einem Preis
von 40,-, der erste Raubdruck für 25,-,
danach eine Suhrkamp-Ausgabe für 28,-,
ein Raubdruck für 20,-, Suhrkamp-Son-
derausgabe für 22,-, ein Raubdruck für
15,-, schließlich eine Suhrkamp-Ausgabe
für 16,-. Unseld übernahm Mandel in die
edition suhrkamp – nach der Preiser-
höhung für die Reihe zu 20 DM. Reich
und Horkheimer erschienen in den allge-
meinen Taschenbuchreihen und konnten
die Raubdrucke unterbieten. Natürlich
war damit ein Ziel der Linken erreicht:
Titel, die vordem nicht zugänglich wa-
ren, konnten sie jetzt über ein verlässli-
ches Vertriebssystem und in haltbarer
Ausstattung erwerben, zu einem annehm-
baren Preis.

Freilich hat die Gesellschaft der Wöl-
fe im etablierten Verlagsbuchhandel auch
den Habitus der Wölfe unter den Raub-
druckern hervorgebracht: 1970, zur
Zeit der Auflösung des SDS, brachten
zwei früher dem SDS Angehörige einen
Raubdruck von Horkheimer, „Dämme-
rung“ heraus. In einer Untersuchung, die
von dem linken Buchhandel und den lin-
ken Buchläden ausging, kamen einige er-
schreckende Tatsachen an das Licht der
Frankfurter Öffentlichkeit: die beiden
Raubdrucker hatten sich das Anfangska-
pital erschlichen, indem sie, ohne Auf-
trag des Hausbesitzers, von den Bewoh-
nern eines Hauses in der Schumannstraße
Kautionserzwingen. Insgesamt machten
sie einen guten Schnitt: 12.000 DM Ge-
winn erbrachte der Verkauf des Buches.
Von diesem Geld ging kein Pfennig an
linke Gruppen oder Unternehmungen
der Neuen Linken. Seit kurzer Zeit ver-
sucht der linke Buchhandel sich selbst
vor linken Profiteuren zu schützen: die
Raubdruckkooperative entstand, Kontrol-
le der Gewinnabfuhr.

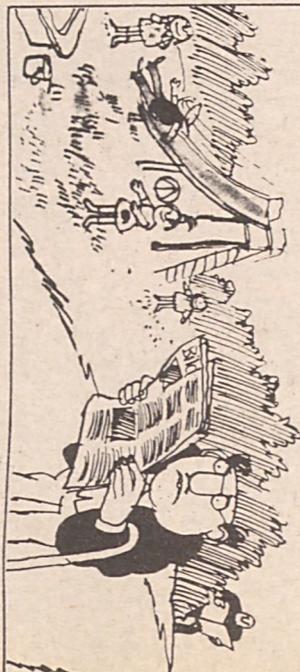
UNGLIEN NÜSSTE MAN SO EINEN 'JAWOHL!
ABER GUTSHEIDANK GIBT'S JA DIE "
BILD-ZEITUNG! DIE SOKKT DAFÜR,
DASS SOLCHE SCHWEINE GESCHNAPPT
WERDEN!!



WENN MIR DIESES SCHWEN IN DIE
HÄNDE FALT, DANN GNADE
IHMI GOTT!!



ETWA 60 JAHRE ALT, UNTERSETZT,
MIT BRILLE. TREIBT SICH VORWIEGEND
AUF ÖFFENTLICHEN SPIELPLÄTZEN RUM.



DAS IST ER!!
SCHLAGT DAS
SCHWEN TOT!!





dierung der Kunst auf das Ritual tritt die der Fundierung auf die Politik. Aus dem Begriff der Technik, der den des Inhaltes überwältigt, folgert er ein Verhalten, das den Schriftsteller „aus einem Belieferer des Produktionsapparates zu einem Ingenieur macht, der seine Aufga-

Die Polizeimesse von 1968 in Frankfurt war neben den Messebällen mit ihrem jahrmärkthaften Befreiung des Persönlichen und der Kirmesrepräsentation der Buchware auf der Messe von den Angriffen der Raubdrucke gegen die Legalität des Staates der Eigentümer beherrscht Rechtsanwalt F. W. Peter, Justitiar des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels antwortete: „Ich halte den Wunsch nach einer Zerschlagung des Urheberrechts ... für finster reaktionär, denn die Freiheit der Literatur und Kunst ist ohne ein intaktes Urheberrecht nicht denkbar“²⁾. Hier spricht jemand im Brustton der Kapitaleigner des westdeutschen Literaturbörsen. Freilich vergißt er zu erwähnen, daß diese mit dem geistigen Eigentum häufig auch das Copyright darüber erwerben, um die Freizügigkeit der Profitmacherei auf dem Literaturmarkt nirgends begrenzt zu sehen, bis die Autoren, die sich im Besitz eines juristischen Apparates wähnen, von diesem besessen werden. Die Frage der „Enteignung“ stellt sich den lebenden Autoren anders: als Frage nach der *Enteignung der Gedanken* durch die unzulässige Kürzung des Textes. Der Raubdruck von K. Horn, „Psychoanalyse und Politik“ ist durch nicht kenntlich gemachte Kürzungen sinnentstellt worden (in: Sozialrevolutionäre Schriften, Köln 1971)

Die Produktion eines Buches unterscheidet sich qualitativ von der Produktion des Manuskriptes. Die neue Qualität beginnt bei der Konsumtion der Ware Arbeitskraft, also bei der Produktion der Buchware. Der Tauschwert dieser Ware ist indifferent gegenüber dem gesellschaftlichen Gebrauchswert des Manuskriptes. Darum interessiert Drucker oder Setzer herzlich wenig, ob sie das ABC oder „das Ganze ist das Wahre“ auf das Papier bringen.

Nach Benjamin hat sich die gesamte Funktion der Kunst umgewälzt, als der Maßstab der Echtheit an der Kunstproduktion versagte. An die Stelle der Fun-

be darin erblickt, diesen den Zwecken der proletarischen Revolution anzupassen“³⁾. Das ist der Ausgangspunkt des Angriffes der Revolte der Literaturproduzenten:

„Die Literaturproduzenten verstehen sozialisierte Drucke und politische Reprints (bisher diskriminierend Raubdrucke genannt)

– als Protest gegen die kapitalistische Verwertung und Monopolisierung als Kollektiveigentum;

– als zeitweise wirksames Gegenmittel gegen die Manipulation der Literatur gegen Selektionen und Unterschlagung;

– als eine Voraussetzung zur Bildung sozialistischer Kultur und proletarischen Klassenbewußtseins“⁴⁾

Zur gleichen Zeit, als der Angriff gegen die bürgerliche Eigentümerlegalität durch Raubdrucke geführt wurde, fand es Verbreitung, sich Bücher durch Klauen anzueignen. Auch dahinter steckt die Geringschätzung des Ansehens des Tauschwertes, das den Käufern induziert werden soll, der Doppelschlächtigkeit der Ware, in der Aneignung ihres Gebrauchswertes nur über ihre Wertform zulässig sein soll. Spontan haben sich viele Leser gegen die Zumutung gewehrt, „die metaphysische Spitzfindigkeit und theologischen Mucken“ der Ware fraglos anzunehmen. Sie haben das Wissen als kollektives Produkt und als kollektives Eigentum gefordert. Diese Haltung ist fundiert auf einer spontanen Kreativität, wie wenn die Studenten der Unterscheidung zwischen allgemeiner und gemeinschaftlicher Arbeit bei Marx öffentlich Geltung verschaffen wollten: „Allgemeine Arbeit ist alle wissenschaftliche Arbeit, alle Entdeckung, alle Erfindung. Sie ist bedingt durch Kooperation mit Lebenden, teils durch Benutzung der Arbeiten Früherer. Gemeinschaftliche Arbeit unterstellt die unmittelbare Kooperation der Individuen“⁵⁾

Das Klima der Raubdrucke und der selbstbewußten Parole ist das rebellische Klima der Revolte gegen ein Produktionsverhältnis gewesen, in dem ein Warenbesitzer einen Eigentümer anerkennt, um von ihm selbst Anerkennung seines eigentümlichen Status zu erhalten. Die Revolte, die antiinstitutionell begonnen

hatte, konnte ihre Stärken jedoch nur dort erhalten, wo sie selber begann, für ihre Projekte Institutionen zu schaffen. Darin sind jedoch nicht selten auch die Verheißungen der Gegengesellschaft untergegangen: „Je mehr die unreflektierten emotionellen Subkulturen die Produktionsverhältnisse des Establishments übernahmen, desto vergeblicher war die Sprengkraft ihrer Wünsche, ihre bestimmte Negation des Bestehenden, ihre massive normative Abweichung von den Normen der Gegengesellschaft“⁶⁾.

1974 unternahm der VSA (Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung) rechtliche Schritte gegen den Politladen Erlangen, der ein Reprint der Zeitschrift SoPo (Sozialistische Politik) herausbringen will. In einer Erklärung des VSA heißt es: „Das erste Mal wurde von ihm (d. i. dem Politladen Erlangen) das Copyright gebrochen, als in dem Band ‚Materialien zur Politischen Ökonomie des Ausbildungssektors‘ ohne Wissen und Zustimmung der Autoren, überdies mit Kürzungen, der Aufsatz ‚Produktive und unproduktive Arbeit als Kategorien der Klassenanalyse‘ nachgedruckt wurde. Die Autoren unternahmen damals keine Schritte gegen den Politladen. Nun jedoch bricht der Politladen zum zweitenmal das Copyright, indem er diesen Aufsatz erneut abdruckt, zusammen mit anderen Beiträgen, deren Rechte von den Autoren dem VSA übertragen worden sind. Dieses Mal handelt der Politladen allerdings nicht – wie bislang – ohne Wissen der Autoren, bzw. des VSA, sondern sogar gegen deren ausdrückliche Einwände“ (aus einem Druck des VSA). Hier soll nicht um die Rechtmäßigkeit des Vorgehens der Parteien gerechnet werden. Nur darum, daß sich hier nur noch Parteien des bürgerlichen Rechtsweges gegenüberstehen, nicht mehr Angehörige einer sozialistischen Bewegung.
Peter Mosler

1) Walter Benjamin, Ges. Schriften, Frankfurt 1972, S. 323/24

2) Benschler/May/Schwenger, Literaturproduzenten! Voltaire-Handbuch 8, S. 129

3) Walter Benjamin, Der Autor als Produzent, in: W.B., Über Brecht, Frankfurt 1966

4) Literaturproduzenten! S. 131

5) Karl Marx, Das Kapital, Bd. 3., S. 113/114

6) Rolf Schwendter, Theorie der Subkultur, Köln 1971, S. 260



DAS LEHRSTÜCK VIETNAM.

Dien Bien Phu war für die gesamte dritte Welt ein Lehrstück. Nachdem nun nach den Worten Giaps der ganze Süden in „ein großes Dien Bien Phu“ umgewandelt worden ist, müssen und können auch wir Sozialisten in den Metropolen Konsequenzen aus diesem Lehrstück ziehen. Als die Parole Che Guevaras „Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam“ die Köpfe ergriff, symbolisierte Vietnam die kollektive Entschlossenheit eines Volkes, dem Imperialismus Widerstand zu leisten, um sich schließlich selbst zu befreien. Durch seinen Kampf hat das vietnamesische Volk die internationalen Kräfteverhältnisse verändert. Das imperialistische Zentrum, die USA, ist getroffen worden. Für die Freunde, die den Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab für ein ehernes Gesetz halten, könnten wir jetzt aufhören, aber es scheint wichtig zu sein, auf die Besonderheiten der vietnamesischen Revolution einzugehen, damit wir dann die internationale Bedeutung wirklich verstehen und produktiv umsetzen können.

Die vietnamesische Revolution ist eine soziale Revolution, die auf der Kombination von Agrarrevolution und Antiimperialismus gegründet ist. Daraus hat sich die Bündnispolitik der FNL ergeben: im nationalen Rahmen antiimperialistisch und agrarrevolutionär „alle vereinen, die man vereinen kann“ und im internationalen Rahmen: Bündnis mit *allen* antiimperialistischen Kräften. Die tragende Klasse der Revolution sind die Bauern, deren Ausbeutung in den befreiten Gebieten sinnfällig aufgehoben ist. Der Sozialismus steht nicht unmittelbar auf der Tagesordnung. Die wichtigste Aufgabe ist die Beseitigung aller Schäden, die der imperialistische Krieg hinterlassen hat, d.h. das Land in eine produzierende Einheit zu verwandeln. Nicht nur, daß die Millionen Bombentrichter zugeschüttet werden müssen, sondern es müssen

die sozialen Folgen des Krieges beseitigt werden. Die revolutionäre Armee muß zivile Funktionen übernehmen, Produktion und Verwaltung organisieren, die demobilisierten Marionettentruppen müssen integriert werden, die Millionen Flüchtlinge aufs Land zurückkehren. Nicht zuletzt müssen die entwürdigendsten Erscheinungen des Imperialismus, Korruption, Kriminalität und Prostitution, durch praktische Umerziehung abgeschafft und ein homogenes Verhältnis von Stadt und Land gefunden werden. Vietnam muß sich selbst ernähren können, um einen unabhängigen Weg zur Wiedervereinigung und zum Sozialismus einschlagen zu können. Diese Probleme müssen wir berücksichtigen, wenn wir wirklich etwas aus Vietnam lernen wollen. Da wir nicht ähnliche gesellschaftliche Bedingungen und Probleme haben, können wir auch nicht vietnamesische Politik, Strategie oder Organisation kopieren. Das Lehrstück Vietnam besteht gerade in der Konkretheit – so schreibt Giap: „Wenn wir auch die Erfahrung der Sowjetunion und Volkschinas aufarbeiten, hielt sich unsere Partei doch immer an die konkrete Realität des Revolutionskrieges in Vietnam, so daß wir unsererseits die Theorie über Revolutionskrieg und -armee weiterentwickelten und vervollständigten“. Das Vertrauen auf die eigene Kraft in Theorie und Praxis ermöglichte auch die Flexibilität in der Wahl der Kampfmittel: politisch, ökonomisch, militärisch und diplomatisch. So haben uns die Vietnamesen im Pariser Friedensabkommen vorgeführt, was ein *revolutionärer Kompromiß* sein kann: Ein Vertrag, der keine Fessel der Revolution bedeutet, sondern ihren Sieg erleichtert. In der vietnamesischen Strategie hat auch die Weltöffentlichkeit, die publizistische Front, ihren Platz. Trotz der pausenlosen Hetze über den angeblichen „Viet-

cong-Terror“ sind in der ganzen Welt antiimperialistische Bewegungen entstanden, die den Kampf des vietnamesischen Volkes unterstützten. In den kapitalistischen Metropolen ist die terroristische Unterdrückung der vietnamesischen Revolution für unzählige Menschen eine Erfahrung geworden, die ihnen die Augen über den Charakter des Imperialismus und die Notwendigkeit seiner Abschaffung geöffnet hat. Auch insofern hat das Lehrstück Vietnam seine internationale Bedeutung. In unseren konkreten Klassenkämpfen müssen wir es weiterschreiben.

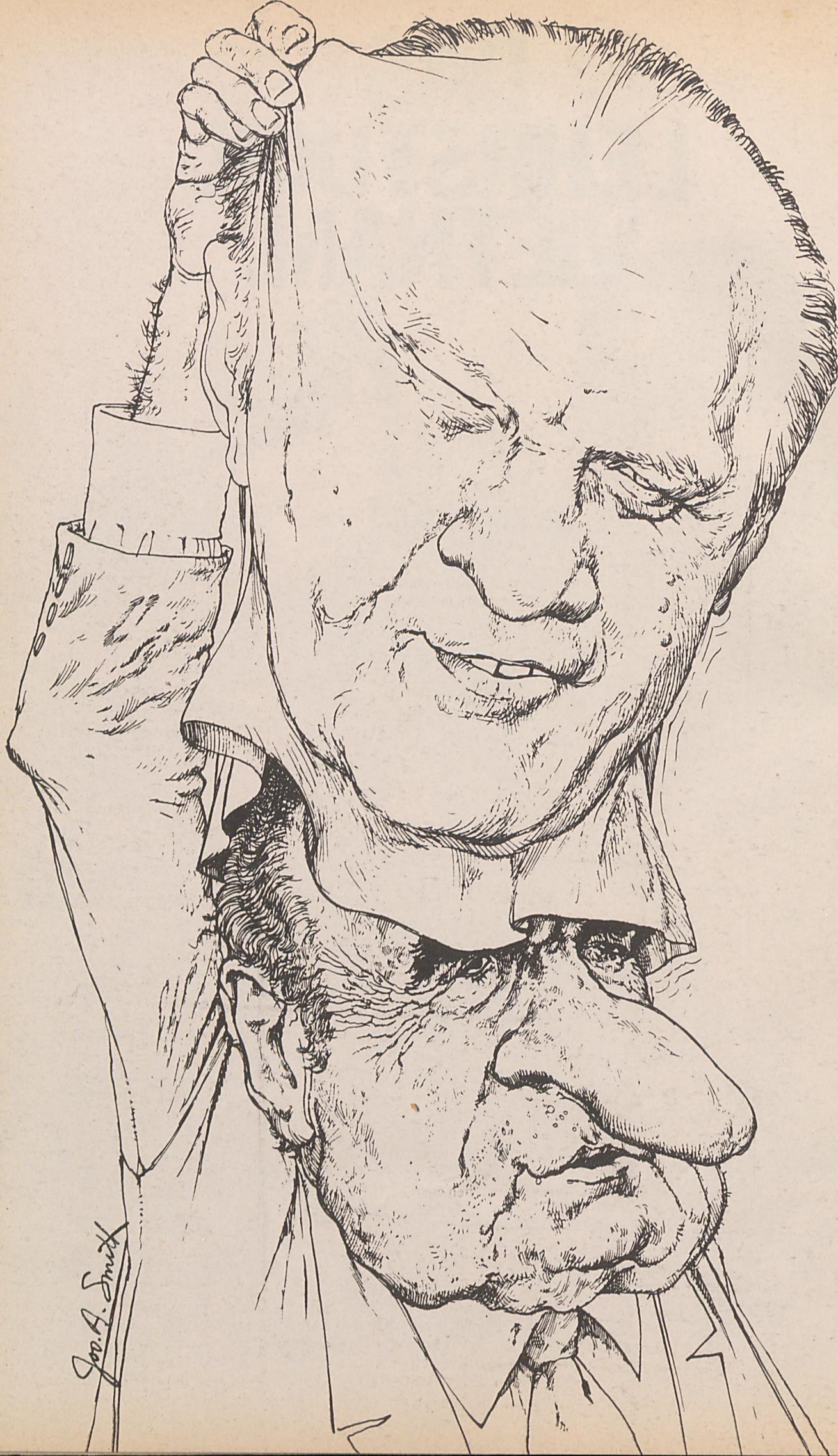
Detlef Claussen

Beitrag zur Vietnam-Veranstaltung am 12. Juni 1975 an der Uni Hannover.



Die Zeichnung auf den Seiten 14 und 15 dieses Heftes ist dem Buch entnommen.

72 Seiten, 14,80 DM, 24,5x34 cm
Karin Kramer Verlag
1 Berlin 44, Postfach 106



Joe A. Smith

DIE NIXON-DOKTRIN IST TOT - ES LEBE DIE NIXON-DOKTRIN.

Vietnam ist der Beweis für die Tatsache, daß ein Volk, das dem kapitalistischen System ein Ende setzen will, oder daß ein abhängiges Land, das seinen benachteiligten Status gegenüber den industrialisierten Mächten verändern will, im Endeffekt immer auf bewaffneten, gewaltsamen Widerstand stößt.

Nach der militärischen Niederlage der USA in Vietnam, Kambodscha und Laos stellt sich die Frage nach dem "was kommt jetzt?" Mit dem Schlagwort von der „Neuformulierung der amerikanischen Außenpolitik“ versucht man uns weiszumachen, der amerikanische Imperialismus und seine Verbündeten steuern nun eine Politik des „Friedens“ an. Wenn damit gemeint wäre, daß die unterdrückten Völker der halbkolonialen Länder ihren eigenen Weg – frei und unabhängig von jeglicher ausländischer Intervention oder Erpressung wählen können, sei diese nun militärisch, politisch oder ökonomisch, dann würde dies bedeuten, daß der Imperialismus schon aufgehört habe zu existieren.

In Wirklichkeit beabsichtigt die sogenannte neue Strategie nichts anderes als die Restaurierung der amerikanischen Souveränitätspositionen der fünfziger Jahre, die mit der Zeit brüchig und durchlässig wurden und schließlich zum Teil sogar verloren gingen. Unter diesem Gesichtspunkt intendiert die Nixon-Kissinger-Doktrin weder eine Machtumverteilung noch einen Rückzug von den vorgeschobenen Positionen des Imperialismus. Alte Positionen wiederherzustellen, zu befestigen und auszudehnen, zu sind die Ziele der Strategen im Pentagon. Die grundlegende Orientierung der amerikanischen Außenpolitik bleibt unverändert. Allerdings haben die Krise der amerikanischen Macht und die Niederlagen eine Revision der strategischen und taktischen Mittel notwendig gemacht.

Unerklärlich war schon der französische Kolonialmacht das „Phänomen“, wie sie es nennen, daß eine im Vergleich schlecht bewaffnete Guerillabewegung eine militärisch überlegene Macht, die dem Vietcong zeitweise sogar zahlenmäßig überlegen, immer jedoch besser ausgerüstet und bezahlt war, schließlich aus dem ganzen südvietnamesischen Territorium vertreiben konnte. Der wesentliche Faktor war die Unterstützung, die der FNL von der überwältigenden Mehr-

heit der Bevölkerung gegeben wurde.

Erinnern wir uns: Als offensichtlich wurde, daß die amerikanische Politik gegenüber den nationalen und sozial-revolutionären Bewegungen der halb-kolonialen Länder mit den Mitteln der militärischen und ökonomischen Unterstützung anti-kommunistischer Regimes nicht ausreichen würde, um die Erosion der kapitalistischen Zonen der Welt aufzuhalten, da erdachten amerikanische Regierungskreise eine Drei-Stufen-Strategie zur Eindämmung der Revolution. Diese neue Strategie wurde in Vietnam am Anfang der Kennedy-Administration eingeleitet; sie unterstellte, daß sowjetische oder chinesische Unterstützung für die Befreiungsbewegungen im Wege der nuklearen Erpressung auf ein Minimum reduziert werden kann. Später geschah dies durch die Einleitung der Politik der friedlichen Koexistenz und durch Ausnutzung des chinesisch-sowjetischen Konflikts.

Die erste Stufe dieser Counter-Insurgency-Taktik gegen die Befreiungsbewegungen beschränkte sich auf militärische Hilfsprogramme. Dieses Stadium hatte die amerikanische Einmischung in Vietnam bereits während der französischen Kolonialzeit erreicht.

Die zweite Stufe war der „Gegen-Aufstand“, der im Falle des Versagens der ersten Stufe inszeniert werden sollte. Ihr Beginn fällt in das Jahr 1961: amerikanische Militärberater und amerikanisches Geld wurden seither in immer größerem Umfang zur Vernichtung des Vietcong eingesetzt. Zusätzlich sollten Propaganda- und Umsiedelungsprogramme die Befreiungsbewegung von der übrigen Bevölkerung isolieren.

Das Fehlschlagen der zweiten Stufe sollte den sogenannten „begrenzten Krieg“ einleiten, wobei die amerikanischen Strategen eine Situation vom Typ Korea anvisierten, in der ein offener Konflikt zwischen amerikanischen Truppen und den Streitkräften einer oder mehrerer Nationen des sozialistischen Lagers einkalkuliert wurde. Als die USA 1965 mit ihrem Programm der „Gegenerhebung“ in der Sackgasse waren, und statt dessen die FNL den größten Teil Südvietnams befreit hatte, leiteten sie die Ausweitung des Krieges – unter dem Vorwand ein, daß Nordvietnamesen mit Truppen und Ausrüstungen Süd-Vietnam „infiltrierten“. Damals versuchten sie al-

ler Welt einzureden, daß der Vietcong eine verschwindend kleine Minderheit sei und seine Existenz lediglich „fremder Hilfe“, nämlich den Waffen aus sowjetischen, chinesischen und tschechoslowakischen Fabriken verdanke.

Das militärische Unternehmen der USA in Vietnam (Laos und Kambodscha) ist gescheitert. Es stellt die Wirksamkeit der amerikanischen Militärmaschinerie in den Augen der Weltöffentlichkeit ebenso in Frage wie die Doktrin des „begrenzten Krieges“, auf die sich während zweier Jahrzehnte die konterrevolutionäre Interventionen stützten. In Wirklichkeit war Vietnam längst zu einem internationalen Konflikt geworden – stellvertretend und beispielgebend für den Kampf aller Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker. In Vietnam wollten die USA den Beweis antreten, daß sie in der Lage seien, mit Hilfe eines hochgezüchteten Militärapparates letztlich jede Befreiungsbewegung, selbst die bestorganisierte, jeden Volksaufstand, kurz – jeden Versuch, sich von den Zwängen des kapitalistischen Zwangsapparates zu befreien, zu zerschlagen.

Spätestens mit der Nixon-Doktrin von Guam wurde dieser Krieg auch auf offiziell diplomatischer Ebene internationalisiert, indem die USA ihre Verbündeten entweder direkt in die Kampfhandlungen mit einbezogen oder aber zwecks finanzieller, politisch-propagandistischer, ökonomischer und infrastruktureller Hilfeleistung zur Kasse zitierten.

Die unmittelbare Folge der Niederlage in Indochina besteht für die USA in der verschärften Sichtbarmachung latent vorhandener Schwächen, sowohl hinsichtlich ihrer Fähigkeit, sich militärisch offen in die inneren Angelegenheiten anderer Nationen einzumischen, aber auch hinsichtlich der inneramerikanischen ökonomischen und politischen Krise.

Für uns stellt sich nun die Frage, wie wir die USA nach der Niederlage in Vietnam einschätzen müssen. Stimmt es, daß sie mit Vietnam, Laos und Kambodscha und den Ländern, die in Südostasien dem vietnamesischen Beispiel folgen werden, im Grunde nichts verloren haben? Durchaus nicht – Wie reagiert ein Weltpolitist, dessen Image schwerstens angekratzt ist? Er schießt. Die Mayaguez-Affaire war nur die erste Kompensation für die Niederlage. Inzwischen startete Präsident

WIR WOLLEN ALLES

Die Zeitung ist ein Kampfblatt.
Ein Blatt für alle, die am dauernden
Klassenkampf beteiligt sind.
Ein Ausdruck des täglichen Kleinkriegs
der Unterdrückten gegen die Unterdrücker.
Ein Ausdruck der Diskussion darüber.
Ein Ausdruck unserer Arbeit,
unserer Fehler.

Preis 1 DM

Ford einen Alleingang gegen den erklärten Willen der Mehrheit seiner NATO-Verbündeten in Spanien, um die absehbaren Verluste der portugiesischen Stützpunkte wettzumachen. Inzwischen erproben die USA neue Interventionsformen gegen Befreiungsbewegungen, Interventionen, bei denen sie selbst unsichtbar bleiben. Das Beispiel Angola, wo sie via Kongo qua FNLA gegen die Befreiungsbewegungen vorgehen, sei nur als Beispiel genannt.

Wie stellt sich nun die Lage im Indischen Ozean dar? „Die USA wollen ihre strategische Verteidigung in Pazifisch-Asien auf eine (neue) Linie zurückziehen, die von Süd-Korea über die Inseln Japan, Taiwan, Philippinen, Indonesien bis Australien und Neuseeland reicht“, heißt es. Und man verweist darauf, „daß Stützpunkte im Ausland heute nicht mehr die Bedeutung haben, die sie vor 20 Jahren einmal hatten. Größere Reichweiten der Transportflugzeuge, das heute selbstverständliche Auftanken in der Luft, die Entwicklung von Aufklärungs-

und Fernmeldesatelliten wie auch die Interkontinentalraketen hätten dafür gesorgt.“ (FR 9.5.) Zugleich kündigte Senator Jackson „eine volle amerikanische Intervention“ in Korea an. Kommentar des Militärexperten der FAZ Adalbert Weinstein „Die Nixon-Doktrin ist tot, es lebe die Nixon-Doktrin“.

Tatsächlich werden als amerikanische Hauptinteressen auf dem Gebiet der US-Verteidigung Westeuropa, Israel, d.h. der Nahe Osten angegeben (FR, 9.5.75), wobei von 300 US-Stützpunkten allein 200 in Westeuropa liegen, im Indischen Ozean sind dies wesentlich Südkorea, Japan, die Philippinen und Indonesien, wo US-Strategen den Haupt rivalen in der Sowjetunion sehen. Diese sog. „neue“ Inselstrategie“ wird abgesichert durch die atomar ausgerüstete 7. Flotte im Pazifik und eine fast lückenlose Kette von Militärbündnissen, angefangen von Seato- über den Cento-Pakt bis zur NATO.

Während die USA für Korea ein neues Vietnam bereits angekündigt ha-

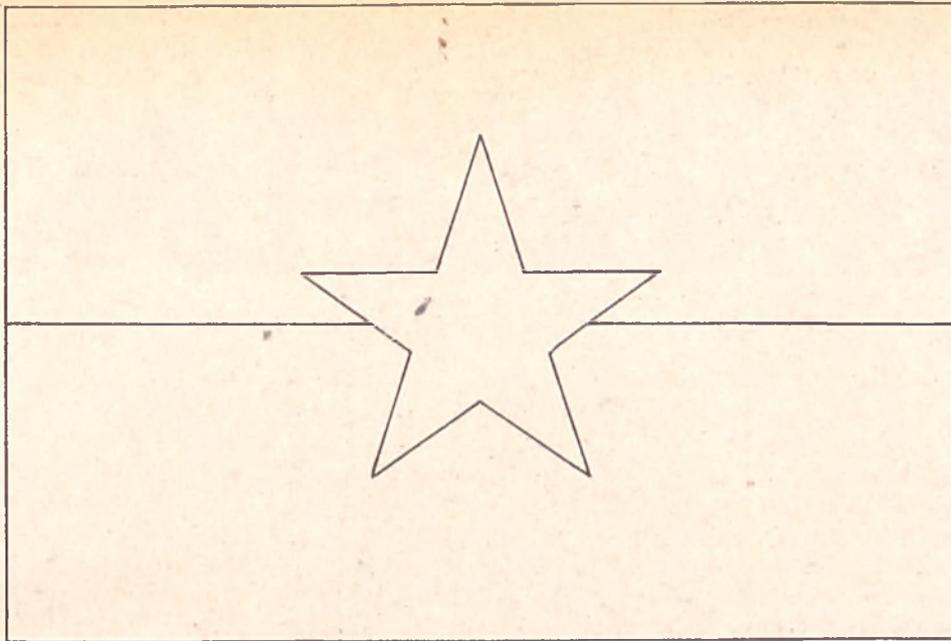
ben, für den Fall daß die Bevölkerung im Süden es wagen sollte, die nationale Unabhängigkeit und den Aufbau des Sozialismus zu fordern, findet es am Persischen Golf bereits statt. Von der europäischen Presse weitestgehend totgeschwiegen bedienen sich die USA hier wie zuvor in Indochina verbündeter Interventionstruppen aus Persien, die, von amerikanischen Militärberatern, Anti-Guerilla-Spezialeinheiten und Waffen unterstützt, die Interessen der USA vor allem in Oman als Brückenkopf zwischen dem Indischen Ozean und dem Persischen Golf und die Freiheit ihrer Superkonzerne auf der arabischen Halbinsel zu verteidigen. Entsprechend hat US-Präsident Ford, in der Absicht, die Kontinuität der amerikanischen Aggressionspolitik zu bekräftigen kürzlich erklärt, die USA hätten das Konzept des „begrenzten Krieges“ nicht aufgegeben, sie hätten vielmehr in Indochina gelernt, diese besser zu führen. Immerhin ist Henry Kissinger heute der Ansicht (so berichtet in der FAZ), daß Europa in zehn Jahren marxistisch sie – schön wär's, wenn er da mal Recht behielte ...

Die Frage stellt sich hier aber auch, in welchem Verhältnis von Konkurrenz oder Kooperation die ökonomische Offensive der Multis, die ihren businessmen-peace der Eskalation politischer Konflikte vorziehen, mit der traditionell auf Hegemonie gerichteten Außenpolitik der USA stehen. In zahlreichen Ländern, die als Hauptbasen der kapitalistischen Expansion angesehen werden wie Brasilien, Südafrika, Indonesien, Iran und einige Länder Europas, haben die multinationalen, vorwiegend in den USA beheimateten Konzerne solche Machtpositionen erreicht, daß sie meinen, diese, auch ohne daß das Pentagon in die dritte Phase des Counter-Insurgency-Programms einsteigt, zu erobern und halten zu können. Die Durchsetzung von Polizeistaats- und Militarisierungstendenzen entspricht ihren Interessen vorerst mehr.

Es scheint aber, und zwar heute mehr denn je, daß sie auch in dieser Beziehung die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben. In nahezu allen Ländern der Dritten Welt wehren sich die Befreiungsbewegungen gegen die Gewalt der Multis und der ausländischen Militärapparate, indem sie nicht nur die ausländischen Großkonzerne angreifen, sondern auch die pro-westlichen Bourgeoisien und deren Staatsapparate, die lokalen Kontrollorgane des Imperialismus. Und in allen Ländern der Erde beginnen die Menschen zu begreifen, daß dieses System, gleichgültig zu welchen „Strategien“ es greift, nicht in der Lage ist, Perspektiven für ein freies und menschenwürdiges Leben zu bieten.

Brigitte Heinrich

Beitrag zur Vietnam-Veranstaltung am 10. Juni 1975 im Volksbildungsheim in Frankfurt am Main.



Der Sieg in Vietnam ist ein entscheidender Anfang! Aufruf.

Mitte der sechziger Jahre wurde Vietnam zum Spanien unserer Epoche, zum exemplarischen politischen Konflikt nach dem zweiten Weltkrieg und auch zur Scheidemünze der politischen Lager in den USA und in Westeuropa. Heute ist das Land von Fremdherrschaft befreit – ein großer, historischer Sieg. Währenddessen ist Spanien noch immer der Franco-Diktatur unterworfen.

Und doch gab es hier in der Linken mehr ein Aufatmen als glückliche Begeisterung. Die Gründe hierfür liegen zunächst im Versanden der Vietnam-Kampagnen nach Abschluß der Pariser Waffenstillstandsabkommen Anfang 1973; das Problem schien gelöst oder zumindest verlagert. Weiter hat die schwere Niederlage des chilenischen Volkes einen Schatten auf die siegreiche Entwicklung in Südostasien geworfen. Schließlich ist die westeuropäische und die US-amerikanische Linke mit den weltpolitisch-ökonomischen Erschütterungen selbst in eine Krise geraten und von Zersplitterung, Engstirnigkeit und auch Angst gekennzeichnet. Denn sie unterliegt tausend staatlichen Schikanen und Hexenjagden im Stile McCarthys, besonders in der Bundesrepublik. So hat das richtige innenpolitische Engagement im eigenen Land den Blick für die weltweit entscheidenden Konflikte größtenteils getrübt.

Aber auch die Lage in Vietnam nach der letzten großen Offensive mit dem Namen Ho Chi Minhs ist nicht nur zum Jubeln. Zwar lehrt die siegreiche Machtübernahme durch die Volksbefreiungsarmee auch, wie human revolutionäre Änderungen von solcher Tragweite vollzogen werden können. Und ein Leben in Frieden scheint gesichert. Doch ist der Sieg über das US-Imperium und seine Statthalter in Saigon nur eine, wenngleich entscheidende Etappe der nationalen *und* sozialen Befreiung, einer Befreiung, die mit komplizierten religiösen, ethnischen und sozialen Klassenverhältnissen, besonders in Südvietnam zu rechnen hat.

Vor allem sind die Menschen, das Land und die Städte von dem grauenvollen Krieg schwer geschädigt. Die Opfer sind es auch, die unsere Freude dämpfen. Viele Kriegsverbrechen sind nicht wieder gut zu machen.

Gerade deshalb bleibt viel zu tun, um Vietnam wieder zu einem blühenden Land zu machen.

Deshalb rufen wir auf zu helfen
beim materiellen Wiederaufbau Vietnams, rufen wir auf, die soziale Befreiungsbewegung weiter mit allen Kräften zu unterstützen!

Rudi Dutschke, Erich Fried, Brigitte Heinrich

Für eine neue Vietnam-Hilfe!

PORTUGAL UND DIE EUROPÄISCHE LINKE.

Zwischen Stalinismus und Sozialdemokratie

Portugal ist im Begriff, zum Prüfstein für die gesamte Linke zu werden. Prüfstein war es bereits und bleibt es auch für die herrschenden Klassen: Am Ende einer langen Krise explodierend, hat es alte Komplizenschaften in neuen Formen und mit unerwarteten Protagonisten gesprengt und die bereits brüchig gewordenen Gleichgewichte des Kontinents ins Wanken gebracht. Je weiter es voranschreitet, desto mehr verengt es die Spielräume. Es definiert sich und erzwingt eine Neudefinition gegenüber den USA. Aber es definiert sich auch und erzwingt eine Neudefinition gegenüber der Idee des Sozialismus und der Revolution.

Und hier hat die europäische Linke ihre Prüfung zu bestehen. Sie, die stets die unglückseligen Ergebnisse der UdSSR und der Volksdemokratien bejammert, ist heute aufgerufen, sich an einer neuen Übergangserfahrung zu messen. An ihr wird sie zu beweisen haben, ob und was sie aus den sechzig Jahren seit 1917 gelernt hat, wieviel sie begriffen hat von 1968, von der neuen Phase der Arbeiterkämpfe und von der chinesischen Kulturrevolution: Waren es Keime zu einer neuen Lektion, die es heute in die Praxis eines Interpretierens und Handelns umzusetzen gilt, oder waren es nur ungefähre, annäherungsweise durchlebte Konzepte, bloße Symbole, die beim ersten wahrhaftigen Rendezvous mit der Geschichte dem alten Zangengriff – entweder Stalinismus oder Sozialdemokratie – unweigerlich zum Opfer fallen?

Dies scheint uns in der Tat bereits zu geschehen. Übergehen wir hier die Schwankungen unserer herrschenden Klassen, die Grund haben, von Portugal wenig zu begreifen und viel zu befürchten. Sprechen wir von den historischen Parteien der Linken und von den neuen Avantgarden. Sieht man von wenigen anderslautenden Äußerungen ab, so kann man wohl sagen, daß sich die italienische Sozialistische Partei (PSI) an die Linie von Mario Soares hält, daß die italienischen Kommunisten (KPI) gern dasselbe täten, es aber nicht können, und daß die neuen Avantgarden im allgemeinen, nicht ohne gewisse Verflachungen, den Entwicklungen der linken portugiesischen Gruppen folgen, vor allem der MES und Manuel Serras FSP (die MRPP scheint, soweit wir sehen, in Italien keine Anhänger zu haben). Alle drei recht unselbständig.¹⁾

KPI und PSI wiederholen tatsächlich beide den größten Fehler von Soares: Sie verkennen den Kern dessen, was man in Portugal den „Prozeß“ nennt, und sie übersehen das wesentlich Neue seines Protagonisten. Seit Beginn der Entkolonialisierung bis zum 11. März hat Soares zwei Thesen vertreten: Erstens könne und müsse Portugal sich ökonomisch derart restrukturieren, daß Raum für ein „nationales Kapital“ und für kontrolliertes Eindringen ausländischer Kapitalien bliebe; zweitens müsse man so rasch wie möglich nicht nur die Macht den Zivilisten zurückgeben, sondern auch die klassischen Formen der parlamentarischen Demokratie wiedergewinnen, garantiert durch eine legale und wieder in die Kasernen zurückgekehrte Armee sowie durch eine Gewerkschaftsbewegung und ein System lokaler, kommunaler Autonomien, die zwar neu wären für Portugal, aber traditionell im Maßstab des übrigen Europa.

Man darf nicht übersehen, daß die erste Option durchaus nicht nur von Soares vertreten wurde. Sie war die Option des gesamten Revolutionsrates, fand ihren Ausdruck im Wirtschaftsplan vom Dezember und wurde noch bis zum Januar von Cunhal persönlich theoretisch begründet. (Wir haben Grund zu der Annahme, daß sie die Lösung darstellt, die von der Sowjetunion im Rahmen ihrer Konzeption des Gleichgewichts mit den USA nach wie vor gewünscht wird.) Die spezifisch sozialistische Option indessen war die zweite, die Soares mit der Demokratischen Volkspartei (PPD)³⁾ verband und eine tiefe Kluft zwischen ihm und der Bewegung der Streitkräfte aufriß. Dies nicht allein und garnicht so sehr deshalb, weil – wie die PSI-Presse in Italien meint – sie die Autorität der Armee in Frage stellte (das sicher auch), sondern weil die Revolte der Militärs zwangsläufig über eine demokratische Restauration hinausging. Wie immer auch ihre anfängliche Ideologie beschaffen sein mochte, sie wurde im folgenden durch ein ganzes Bündel von Elementen (die Schwäche des inländischen Kapitals, die weltweite Wirtschaftskrise, die Freisetzung gesellschaftlicher Kräfte, die mit den fortgeschrittenen Strömungen der anderen Länder bald gleichzogen, auch das Bewußtsein von der Abnutzung der Parlamente und allgemeiner noch der in System und Institution fixierten Kom-

promisse) immer weiter vorangetrieben und einer inneren Spannung unterworfen, die die traditionellen Elemente des Militarismus aufbrach und zerstörte.

Gewiß hat die portugiesische Sozialistische Partei vor der Gefahr einer möglichen Militärdiktatur „à la Peru“ gewarnt, doch sie hat nicht begriffen, daß ein solcher Ausgang – wenn überhaupt – gerade durch jene Verständigung mit dem Kapital herbeigezwungen würde, die Soares betreiben zu müssen glaubte, in der Illusion, sie könne im Jahre 1974, unter den Bedingungen, in denen sein Land sich befand, die Grundlage einer garantierten Demokratie abgeben. Denn trotz seiner „zivilistischen“ Erklärungen wäre ja gerade Spínola – mit seinem Traum von der lusitanischen Gemeinschaft und mit seinen Verbindungen zu den monopolistischen Strukturen der großen Kapitalgruppen – unter diesen Bedingungen der „Peruaner“ gewesen. Wie ja auch heute nicht zufällig der am wenigsten radikale MFA-Mann, der General Fabiao, zugleich auch der traditionellste Militarist ist: derjenige, der eine effiziente Maschinerie „im Dienst der Revolution“ haben will, mit vielen Experten und Spezialeinheiten und mit wenig Demokratie, – gegen die inzwischen allenthalben (von den Kasernen bis zu den Spitzen des Revolutionsrates) angelaufene Praxis einer horizontalen Öffnung zur Gesellschaft und einer vertikalen zum eigenen Innern (geheime und direkte Wahlen, Abrufbarkeit des Mandats).

Dies zu verstehen hieße allerdings für die portugiesische Sozialistische Partei zu begreifen, daß ein sozialdemokratischer Kompromiß mittlerweile weder strukturelle Grundlagen noch gesellschaftliche Agenten und Träger hat. Es hieße für sie also, einen beträchtlichen Teil ihrer selbst zu negieren und sich neu zu erfinden, denn heute bleibt der Partei nur noch eine Alternative: entweder einen eigenständigen Beitrag zu eben dieser neuen und radikalisierten Phase zu leisten, oder der Restauration in die Falle zu gehen und sich damit selbst zu liquidieren.

Es hat nicht den Anschein, daß die italienischen Sozialisten sich darüber im Klaren sind. Einen ähnlichen Fehler, diesmal in Hinblick auf die Militärs, hat ihrerseits die italienische Kommunistische Partei begangen, und das hinderte



sie daran, sich von dem sektiererischen Schema Cunhals glaubwürdig zu distanzieren, ohne dabei in Opportunismus zu verfallen und in jenen vollendeten Schwachsinn ihrer Erklärungen anlässlich der Auflösung der portugiesischen Christdemokratie⁴). Es stimmt, daß Cunhal sich angesichts des Geschreis von Soares nach *Wahlen, Wahlen!* mit der lakonischen Antwort *Keine Wahlen* begnügt und zugleich seine Beziehungen zu den Spitzen der Regierung und des Revolutionsrates ausbaut, um den Aufbau von vertikalen, bürokratischen, engen Strukturen hartnäckig zu betreiben (was oftmals nicht mehr heißt als bloße Einsetzung kommunistischer Kader in den Apparat des alten Korporationsstaates, der selbst intakt gelassen wird). Es stimmt auch, daß es sich dabei um eine gefährliche Entscheidung handelt, die unweigerlich mit der Bewegung an der Basis zusammenstoßen muß (der aktuellste Fall ist derzeit der Konflikt zwischen der Einheitsgewerkschaft und der Arbeiterkommission in der Stahlindustrie), wie auch mit dem horizontalen Ausdruck des Wahlergebnisses (der akuteste Fall hier: das Mißverhältnis in den Gemeinden, die fast überall von jener der PCP nahestehenden Demokratischen Volksbewegung (MDP) verwaltet werden, die in den Wahlen vom 25. April kaum mehr als 4% der Stimmen erhalten hat). Wohl erblicken die italienischen Kommunisten darin den Verlust einer Beziehung zwischen Revolution, Demokratie und Konsensus, sie sehen darin eine programmatische Armut, eine Unfähigkeit, im Umkreis der Partei des Proletariats einen neuen historischen Block zusammenzuschweißen. Doch was die KPI, was ihr Generalsekretär Berlinguer nicht sieht, ist eben dies: daß der Hebel, mit dem man diese Gefahr ausschalten kann, gerade nicht der politisch ambivalente „Zivilismus“ eines Soares ist, sondern das politische Projekt der Streitkräftebewegung, deren Pluralismus ja etwas ganz anderes ist als eine Neuauflage des Parlamentarismus *all'italiana*, vielmehr die Idee eines auf mehreren Ebenen gleichzeitig verlaufenden Prozesses von Freisetzung politischer und gesellschaftlicher Kräfte des Übergangs, und zwar im Durchgang durch eine offene Dialektik verschiedener, in ihrer gesellschaftlichen Basis und Natur nicht einfach gleichzusetzender Machtgruppen. Indem die KPI gerade dies

nicht begreift, wiederholt sie den ursprünglichen Fehler der Sozialisten: Zwischen Stalinismus und Sozialdemokratie in die Zange genommen, neigt sie zur letzteren und verurteilt sich damit selbst zur Sterilität.

Dies kompensierend, entscheidet sich ein großer Teil der revolutionären Linken in Italien – ebenso wie in Portugal – offenbar für den Stalinismus. Er hat sich anlässlich der Ergebnisse im Lisaboner Stadion am 1. Mai (als Kommunistische Ordner der sozialistischen Parteispitze den Zugang zum Stadion verwehrten) auf die Seite der portugiesischen KP gestellt, und zwar mit weniger Vorbehalten als Cunhal selbst, ebenso wie es in Portugal, nicht ohne einige wichtige Ausnahmen, die FSP von Manuel Serra und die Bewegung der sozialistischen Linken taten. Der Ausgang der Wahlen hat diese Gruppen bestürzt: Es sei, so schrieb die MES, eine „bürgerliche“ Stimmabgabe gewesen, bürgerlich gleichermaßen in ihren „demokratischen“ oder „sozialistischen“ oder auch „faschistischen“ Formen, die alle unter ein und dieselbe Gefahr summiert werden. „Es ist das letzte Mal, daß man das Volk getäuscht hat“, erklärte Manuel Serra und sagte zugleich voraus, die Verfassunggebende Versammlung werde nur drei Tage dauern. Mithin werden 80% der Portugiesen als bourgeois, manipuliert oder illusionär eingestuft – manipuliert und illusionär jene Stimmen der Arbeiter und ländlichen Tagelöhner, die von der Sozialistischen Partei in den Industriegebieten und im Süden gewonnen werden konnten, in nicht geringerer und zuweilen sogar in größerer Zahl als von der KP. Keine Frage wird nach den Ursachen für eine solche Orientierung gestellt, keine nach dem Verhältnis zwischen Stimmabgabe und gesellschaftlicher Basis, keine auch nach den Gründen für die Isolierung der Kommunisten unter Wahlbedingungen, die doch so unvergleichlich viel besser als in anderen Ländern waren – schließlich hatte die PCP eine genügend starke Kontrolle über Presse und Fernsehen, um den verschiedenen Angriffen, die von rechts und nicht ohne delirante Akzente auch von der äußersten Linken auf sie losgelassen wurden, ohne weiteres begegnen zu können. In Wirklichkeit hat Cunhal nach rechts Stimmen verloren, weil er es den Sozialisten überließ, das Bedürfnis nach

Freiheit zum Ausdruck zu bringen, und zugleich verlor er auch nach links wegen der schlaffen Dürre seines Programms. Nun aber entscheidet sich gerade diese äußerste Linke für die KP, indem sie, ganz wie Cunhal, die Theorie vom „Sozialfaschismus“ verbreitet, indem sie in jeder Form von Wahlverhalten und in jeder institutionellen Vermittlung, die sich ihrem Einfluß entzieht, nicht etwa den noch unvollständigen Ausdruck eines im Volk verbreiteten Partizipationswillens sieht, sondern geradezu den Hauptfeind des revolutionären Projekts. Analog dazu akzeptiert diese Linke inzwischen auch die Gewerkschaftskonzeption der KP: die Vorstellung von einer Gewerkschaft, nicht nicht nur einheitlich *durch Gesetz* ist, sondern auch gänzlich von den Kommunisten beherrscht werden muß. Arbeiter, die keine Kommunisten sind, organisierte Sozialisten oder gar, Gott behüte, wenn es sowas geben sollte, Leute, die für die PPD³⁾ gestimmt haben: Raus mit ihnen aus der Führung der Gewerkschaft, und auf der Maifeier haben sie auch nichts zu suchen! Das sind dann allerdings, nimmt man die sozialistischen und die sozialdemokratischen Stimmen zusammen, immerhin 70% der Bevölkerung, die man nur unter Schwierigkeiten allesamt unter die Kapitalisten und Großgrundbesitzer rechnen kann. Doch man exorziert ihren politischen Ausdruck und annulliert das Problem, das durch ihre Entscheidung aufgeworfen wird, als ein pures Residuum des Antikommunismus, einer straffen Führung durch die Avantgarde zu unterstellen. Die ideologische Bedingung einer solchen Interpretation ist das Wiederaufblühen jenes alten, historisch bereits erledigten Schemas vom „Sozialfaschismus“; ihre politische Konsequenz ist ein wachsender Druck auf die Bewegung der Streitkräfte, sie möge nun endlich „den Laden dichtmachen“, d.h. die PPD verbieten, die Sozialistische Partei außer Gefecht setzen und die Hebel des Staates den Kommunisten und den ihnen am nächsten stehenden Bewegungen anvertrauen.

Es ist dies ein kompaktes und keineswegs neues Schema. Und es ist, ob's einem gefällt oder nicht, durchaus nicht das des Oktober – und schon gar nicht das der chinesischen Kulturrevolution. Es ist das Schema der Volksdemokratie, auf den Stand von 1975 gebracht.

Es nimmt dramatische Engpässe in Kauf, auch im Innern der MFA. In theoretischer Hinsicht verweist es eher auf einen Avantgardismus als auf Lenin (zu schweigen von Rosa Luxemburg, für die ein Teil dieser Linken gewisse Neigungen haben mochte, oder auch von Gramsci, für den man zuweilen eine gewisse Achtung bekundete). Es läßt die marxistische Kritik an den bürgerlich-institutionellen Institutionen umschlagen in eine Kritik an jeder Repräsentation, die nicht die der eigenen homogenen und unmittelbaren Gruppe ist; insgesamt aber verherrlicht es die Funktion des Staates. Es setzt bürgerliche Institutionen und allgemeine Wahlen umstandslos gleich, indem es den Begriff letzterer unhistorisch gerinnen läßt, als wären Wahlen, ungeachtet der jeweiligen Machtverhältnisse, immer dieselbe. Mit Interesse konstatiert man diesen Rückfall einer Linken, die doch aus einer starken libertären und „rein“ leninistischen Strömung erwachsen ist. Auch die Mechanismen der UdSSR und der Volksdemokratien werden in diesem Lichte erhellt als Prozesse, die auf der Ebene der ökonomischen Mechanismen und des Bewußtseins nachdrücklich induziert worden sind. Dies ist offenbar die Tendenz, die sich im Moment des Bruchs der alten Ordnung machtvoll aufdrängt: die Versuchung zum autoritären Staatskapitalismus, eine Verengung der politischen Dialektik, die umstandslos als proletarische Diktatur verstanden wird, und infolgedessen nicht zufällig eine Privilegierung nicht des Politischen über das Gesellschaftliche, sondern einer gewissen Idee von politischer *Avantgarde* über die prozessuale Natur der *Konstitution des Proletariats* an der Macht. Zwei Tage vor dem 1. Mai erklärte der Arbeitsminister Costa Martins, ein Sympathisant der PCP, daß Streiks als „antirevolutionär“ zu betrachten seien, – und niemand, weder die Gewerkschaftszentrale, noch die Linke, noch auch die Sozialisten protestierten. Die Reden zum 1. Mai drehten sich nur um Produktivitätssteigerung und Disziplin, und nicht anders war es am 3. Mai, – doch niemand protestierte. Gewiß hat sich die Bewegung nicht insgesamt daran gehalten, es begannen immerhin die Arbeitsniederlegungen des Flughafenpersonals und der Hotelangestellten. Aber wie lange werden sie bei verschärfter Krise andauern, wenn Gewerkschaftsspitzen und Regierung – nachdem die geforder-

ten 4000 Escudos (400 DM) Mindestlohn einmal garantiert worden sind – sich auf einen Lohnstopp einigen sollten, wozu die portugiesische KP schon jetzt bereit ist? Somit erweist sich ein großer Teil der italienischen Linken, ähnlich wie auch der portugiesischen, im Rückstand gegenüber dem Projekt der interessantesten und meiner Ansicht nach am weitesten fortgeschrittenen Komponente: der *Bewegung der Streitkräfte*. Ihr politisches Projekt gründet sich nach wie vor auf drei verschiedene Machtebenen: auf die der Streitkräfte selbst, auf die der Parteien und der formalen Versammlungsinstitutionen als

den Katalysatoren des allgemeinen Wahlergebnisses und schließlich auf die Ebene der direkten Basismacht. Die gleichzeitige Präsenz dieser drei Ebenen ist kein Zufall: Niemand zwang Costa Gomez, die Wahlen abzuhalten, und niemand zwang Otelo de Carvalho zu seiner Erklärung, die Zuweisung von Wohnungen an Bedürftige sei nicht Sache der Gewerkschaft sondern der Stadtteil-Räte (der „Einwohner-Komitees“). Auch ist diese Gleichzeitigkeit keine schmerzlose Angelegenheit. Die Legitimierung der Basismacht erfaßt sowohl die formalisierten Versammlungen als auch die

Machtstruktur der Armee, indem sie anhaltende Ungleichgewichte zwischen direkter revolutionärer Aktion, autoritärem Progressismus und Versammlungsformalismus in sie einführt. Anders verläuft die Dialektik auf der Ebene der allgemeinen Wahlen, wo die Vorherrschaft der Sozialisten eine zugleich auf Veränderung und auf umfassende Partizipation abzielende Forderung akzentuiert – ein gewiß noch konfuses und unvollständiges, aber übermächtiges Bedürfnis nach Freiheit, das in fünfzig Jahren des Faschismus herangreift und heute als kostbares Kapital zu entfalten ist. Wieder an-



ders liegen die Akzente der verschiedenen Formen von direkter Basismacht, die bestrebt sind, sich untereinander zu homogenisieren, quer durch die Reihen der Kommunisten, der Sozialisten, der extremen Linken und der Parteiloseren, aber alle gleichermaßen unter einem anderen Vorzeichen als dem der politischen Kräfte.

Die Militärs sind sich voll bewußt, daß dieses Wechselspiel der drei Ebenen eine anhaltende, alle Gleichgewichte erschütternde Dynamik herbeiführt: Sie wollen es. Diejenigen unter ihnen, die eben in dieser Dynamik die einzige wirkliche Garantie des Übergangsprozesses sehen, haben meines Erachtens recht. Sie zielen damit in der Tat auf die prozessuale Herausbildung einer proletarischen Hegemonie, die nichts anderes bedeutet als Wiederherstellung und Vereinigung des Proletariats im Durchgang durch die Erfahrung des Kampfes um die Führung, also Entwicklung des Proletariats zur wirklich herrschenden Klasse. „Eigentlich müßten wir die Nationalisierungen“, so sagte mir der Angesehenste von ihnen, „im gleichen Zuge mit dem Aufbau einer neuartigen, direkten Führungsmacht vornehmen, einer Macht, die fähig ist, die ganze Gesellschaft anzuleiten. Aber wir tun es nicht. Wir müssen zuerst verstaatlichen, aber damit sind wir schon im Begriff, einen rigiden Apparat aufzubauen, den man später nur schwer wieder zerbrechen kann.“ Ein anderer, den ich nach dem Plan für die staatlichen Eingriffe fragte, antwortete mir: „Machen wir uns da nichts vor. Ein Wirtschaftsplan hat vor allem einen Produktionshorizont, und seine Prioritäten sind die Techniken der Produktivität. Er hat noch niemals irgendwo funktioniert in Zeiten rascher gesellschaftlicher Veränderungen, nicht einmal durch den Rekurs auf Mechanismen des materiellen Anreizes. Wir wollen mit einer anderen Priorität beginnen, mit der des Proletariats, seines Heranwachsenden als Klasse und als gesellschaftlicher Block. Zu diesem Zweck müssen wir die ökonomische Maschinerie in Gang halten, so gut wir irgend können, mit oder auch gegen eine produktivistische Logik: mit einem Maximum an Elastizität und einem Minimum an Verlust von Arbeitskräften und Techniken. Die politische Macht des Großkapitals ist niedergeschlagen worden, also können wir uns diesen Guerilla-

krieg erlauben. Solange die ökonomische Maschinerie läuft, wird die Arbeiterklasse nicht zerfallen, sich nicht isolieren, sondern imstande sein, andere gesellschaftliche Schichten an sich zu binden. Sie bewahrt sich eine Möglichkeit zu siegen.“

Was in diesem Rahmen und dieser Methodologie ins Zentrum rückt, ist weniger das Schreckbild eines Übergangs zu einer Verständigung zwischen Sozialdemokratie und Kapital, wofür die Grundlagen beseitigt zu sein scheinen, als vielmehr die Frage nach dem Wesen des Übergangsprozesses selbst. Entweder fußt er auf einer als Staat konstituierten Avantgarde mit relativ starken Zwangsmechanismen, oder auf dem prozeßhaften Heranwachsen eines neuen historischen Blocks zur führenden Klasse. Der Pakt, den die MFA vorgeschlagen hat, bietet gerade dafür eine doppelte Garantie: einerseits durch die militärische Macht, um den Versuchen zur bewaffneten Restauration zu begegnen, andererseits durch den Rekurs auf allgemeine Wahlen, um den Grad an Konsensus im Lande „abzulesen“, seine Rückstände und seine Möglichkeiten zu erfassen und ein Zusammenfließen von trüben Strömungen aus unausgedrückten Unzufriedenheiten zu verhindern, Unzufriedenheiten, die angesichts der wegen der wirtschaftlichen Lage und der Radikalisierung zu erwartenden Engpässe unweigerlich auftreten werden.

So gesehen erweist sich die Hypothese der MFA nicht nur als diejenige mit der größten Sprengkraft an den Wurzeln der alten kapitalistischen und vorkapitalistischen Ordnung, sondern zugleich auch als die sicherste und wachsamste gegenüber einer Entstehung von Bedingungen, unter denen sich ein eventueller gegenrevolutionärer Versuch erneut aufbauen ließe (wofür ja das spanische Hinterland, derzeit aufmerksam und umsichtig von den USA gehätschelt, eine Basis bieten könnte). Ein solcher Versuch würde ja in der Tat, anders als in Chile, eine Spaltung der Armee und folglich einen Bürgerkrieg in Kauf nehmen müssen: einen Bürgerkrieg, der umso härter wäre, als die Grundlagen der kapitalistischen Macht in Portugal tiefer als damals in Chile getroffen worden sind. Auch im Hinblick auf solch einen Zusammenprall erhält das Problem des Konsensus, verstanden als differenzierter Ausdruck von

Momenten revolutionären Bruchs, von Lebens- und Produktionsmodellen, die es durchaus auch partiell im gesamten gesellschaftlichen Organismus zu konstruieren gilt, eine entscheidende Bedeutung.

Alles in allem ist dies wieder Gramscis Theorie der Hegemonie, neuentdeckt unter neuen historischen Bedingungen: die Hypothese einer Revolution in einer komplexen Gesellschaft des Westens. Und vorgebracht wird sie von einer neuartigen Führungsgruppe, einer scharfsichtigen und zielsicheren Gruppierung, die imstande ist, sich den Versuchen sowohl der traditionellen Macht wie ihrer autoritären Version auf der Linken zu entziehen. Es wäre lohnend für die gesamte Linke, für die historische wie für die neue, sich ernstlich damit zu beschäftigen.

Rossana Rossanda

aus II Manifesto vom 11. Mai 1975
aus dem Italienischen von Burkhard Kroeber © diskus

Anmerkungen des Übersetzers

1) Mario Soares ist der Chef der Sozialistischen Partei Portugals (PSP); Alvaro Cunhal ist Generalsekretär der portugiesischen KP (PCP); MES = „Bewegung der sozialistischen Linken“, FSP = „Sozialistische Volksfront“, MRPP = „Bewegung für den Wiederaufbau der Partei des Proletariats“: drei portugiesische Gruppen links von der PCP (die dritte wurde vor kurzem von der Regierung verboten). Mit den neuen italienischen Avantgarden meint die Autorin hier vor allem die Gruppen *Avanguardia operaia* und *Lotta continua* (wohl aber auch Teile der neuen Partei *PDUP per il comunismo*, der sie selber angehört).

2) Am 11. März 1975 haben reaktionäre portugiesische Militärs ihren zweiten Putschversuch unternommen. Als er nach wenigen Stunden niedergeschlagen worden war, floh der bisherige Staatspräsident Spínola.

3) Diese Partei, gegründet erst nach der Entmachtung der Faschisten, steht rechts von der Sozialistischen Partei Soares' und beruft sich, was die Inhalte ihrer Politik angeht, auf das Godesberger Programm der SPD. In Ermangelung einer organisierten Christdemokratie ist sie der Favorit des internationalen Kapitals und seiner Strategen.

4) Als die portugiesische Regierung, unterstützt von der radikalen Linken und von der portugiesischen KP, gegen die neugegründete christdemokratische Partei vorging und sie nicht zu den Wahlen zuließ, stieß sie auf die Kritik der italienischen KP. Man dürfe die Christdemokraten nicht verbieten und auflösen, so KPI-Generalsekretär Berlinguer, denn man müsse mit ihnen (nach italienischem Vorbild) einen „historischen Kompromiß“ anstreben. Als die Portugiesen dagegenhielten, er gebe in Portugal keine einflußreiche Christdemokratie, entfuhr es dem verdutzten KPI-Chef: „Schade!“



MFA, POVO
POVO, MFA

